

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 22. April 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

# Rüftet zur Maifeier!

## Der große Unbekannte.

In den jüngst erschienenen, von uns bereits mehrfach erwähnten Memoiren des 1907 verstorbenen ehemaligen Chefs der Reichsanleihe, des Herrn Christoph v. Tiedemann, wird erzählt, ein „vielgenannter sozialdemokratischer Agitator“ habe seinerzeit der Reichsanleihe „wertvolle Berichte aus dem sozialdemokratischen Lager“ geliefert. 1878 sei dieser Mann gleich nach dem Attentat Hödel's gegen Kaiser Wilhelm I. bei dem Chef der Reichsanleihe erschienen und habe Mitteilungen gemacht, aus denen Herr v. Tiedemann „den Eindruck gewonnen“ habe, daß „direkt gegen den Bestand der Monarchie gerichtete Angriffe“ bevorstünden.

Es dürfte nicht unangebracht sein, diese Mitteilung des Herrn v. Tiedemann genauer auf ihren historischen Wert zu prüfen. In diesem Zweck müssen wir auf die Ereignisse des Jahres 1878 zurückgehen.

Am 11. Mai feuerte der Idiot Hödel aus einem Revolver schlechtesten Kalibers zu Berlin Unter den Linden einen Schuß gegen den vorüberfahrenden alten Kaiser Wilhelm ab. Man wird nicht fehl gehen, wenn man annimmt, Hödel habe durch sein „Attentat“ sich irgendwie bemerkbar machen wollen, denn er hatte bei seiner Festnahme keinen Pfennig mehr in der Tasche. Merkwürdigerweise kam von Friedrichruh sogleich eine Depesche Bismarck's des Inhalts: „Maßregeln gegen die Sozialdemokratie!“ In dem größten Teil der bürgerlichen Presse ging darauf sofort eine wütende Hege gegen die Sozialdemokratie los, der man die direkte oder indirekte „moralische“ Mitschuld an dem Attentat aufbürden wollte. Hödel war allerdings einmal mit der Sozialdemokratie in Berührung gekommen; er war aber energisch „abgewimmelt“ worden und hatte dann gegen bares Geld bei den Nationalliberalen angebliche Enthüllungen über die Sozialdemokratie angebracht. Dann wollte er sich in Berlin bei der Sozialdemokratie wieder anschießeln, wurde jedoch derb abgewiesen und hatte sich alsdann an die Christlichsozialen des Herrn Stöcker herangemacht.

Die Hödel-Affäre genigte dem „Herkules des Jahrhunderts“, eiligt ein monströses „Gesetz zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen“ auszuarbeiten zu lassen. Der Reichstag lehnte aber das Gesetz mit überwältigender Mehrheit ab. Hödel wurde später verurteilt und hingerichtet. Virchow richtete an die Behörden das Gesuch, ihm den Kopf Hödel's zu überlassen, um festzustellen, ob er ein Idiot gewesen sei. Das Gesuch wurde bezeichnenderweise abgelehnt, aber der Verleumdungsfeldzug gegen die Sozialdemokratie wegen ihrer angeblichen Mitschuld an dem Attentat dauerte fort, wenn auch die „Fruchtifizierung“ vorläufig mißglückt war.

Nach dem Attentat ist also, wie Herr v. Tiedemann erzählt, der „vielgenannte sozialdemokratische Agitator“ auf der Reichsanleihe erschienen. Wenn Herr v. Tiedemann aus dessen Mitteilungen damals die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß weitere „direkt gegen die Monarchie gerichtete Angriffe“ bevorstünden, so ermahnt ihn, als einem hohen Beamten dieser Monarchie, die Pflicht, der Sache auf den Grund zu gehen, die Stelle, von der die weiteren Angriffe drohten, ausfindig zu machen und ihnen womöglich vorzubeugen. Der „vielgenannte Agitator“ mußte auch in diesem Falle den Beräter spielen, wenn er nicht als Mitschuldiger angesehen sein wollte. Sollte er keine bestimmten Angaben machen, so mußte man sich seiner als eines Verräters hochverräterischer Komplote versichern — alles dies vom Gesichtspunkt der amtlichen Verpflichtungen des Herrn v. Tiedemann aus gedacht. Es scheint aber nichts dergleichen geschehen zu sein!

Am 2. Juni folgte das Attentat von Nobiling. Nach den Angaben des Herrn v. Tiedemann hätten die beiden Attentate in Zusammenhang gestanden. Aber damit lagt er sich selbst einer von seinem Standpunkte aus unverzeihlichen Fahrlässigkeit an, denn er hätte doch dem angeblichen Komplote nachspüren müssen.

Nach dem Nobiling'schen Attentat, bei dem der alte Kaiser schwer verwundet wurde, erreichte die Sozialistenhege ihren Höhepunkt. Die Sozialdemokratie wurde in einer niederträchtigen, verlogenen Presse der direkten Anstiftung des Attentats beschuldigt. Nobiling, ein verbummelter Mensch, hatte mit der Sozialdemokratie niemals etwas zu tun gehabt; er war nur einmal in Dresden in einer Versammlung als Redner gegen die Sozialdemokratie aufgetreten und hatte im Sinne der nationalliberalen Partei gesprochen. Will man ihn politisch klassifizieren, so muß man ihn den Nationalliberalen zählen. Wenn man diese Tatsache erwähnt, so stellt die nationalliberale Presse sich dumm, weil ihr kein anderer Ausweg bleibt.

Bismarck „fruchtigerte“ das zweite Attentat aber nicht nur gegen die Sozialdemokratie. Dafür liegt ein

interessantes Zeugnis vor. Herr v. Bennigsen schrieb am 15. September 1878 an seine Frau, er fürchte, Bismarck wolle mit dem Sozialistengesetz die Nationalliberalen „an die Wand drücken“. Dazu erzählt er: „Als Bismarck in Friedrichruh die Nachricht von dem Nobiling'schen Attentat erhielt, soll er in Gegenwart eines zum Besuch anwesenden höheren Beamten ausgerufen haben: „Jetzt habe ich die Kerle!“ und zur Erläuterung für den etwas verwundert aussehenden Beamten hinzugefügt haben: „Ich meine nämlich die Nationalliberalen“.

Soweit Herr v. Bennigsen. Aber die Nationalliberalen gingen in die Falle. Der Reichstag wurde aufgelöst, unter dem Druck der Sozialistenhege ein neuer gewählt und ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie durchgedrückt mit der Begründung, die Sozialdemokratie sei für die Attentate verantwortlich, wofür man auch nicht den Schatten eines Beweises beibringen konnte. Durch den Telegraphen wurde eine angebliche Darstellung eines angeblich mit Nobiling vorgenommenen Verhörs verbreitet, in dem Nobiling sich als Sozialist bekannt haben sollte. Diese Depesche trug viel dazu bei, die But des „guten Bürgerturns“ gegen die Sozialdemokratie zu steigern. Allein es war kein wahres Wort an der Sache. Durch das Sozialistengesetz wurde aber auch die nationalliberale Partei gespalten und damit für Bismarck's agrarische Schutzpolitik freie Bahn geschaffen.

Daß zwischen dem Hödel'schen und dem Nobiling'schen Attentat ein Zusammenhang bestanden habe, davon ist nicht die geringste Spur ersichtlich; es ist auch ganz undenkbar.

Der Gewährsmann des Herrn v. Tiedemann ist demnach allem Anschein nach ein Schwindler gewesen, der den Herrn Chef der Reichsanleihe und den „Herkules des Jahrhunderts“ gründlich angelogen und dafür seinen Judaslohn eingestrichen hat. Wäre er wirklich ein hervorragendes Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen, so hätte sein Verrat auf die Dauer schwerlich verborgen bleiben können. Wahrscheinlich gehörte er der Sozialdemokratie gar nicht an. Bismarck hat einmal selbst von solchen Individuen gesagt: „Die Agenten lügen und übertreiben unverantwortlich!“

Darum hätten er und Tiedemann aber auch so geschweigt sein und nicht alles glauben sollen.

Die Behauptung, daß die Sozialdemokratie die Urheberin der Attentate von 1878 gewesen sei, wird heute von niemand mehr ernst genommen, der nur einigermaßen logisch denken kann. Nur der schwäbische Professor Gottlob Egelhaaf, eine Leuchte der nationalliberalen Partei, hat in diesen Tagen in seiner „Geschichte der neuesten Zeit“ nochmals behauptet, die beiden Attentate seien aus der „Verhegung der sozialdemokratischen Massen“ entstanden, doch wird dieser „Historiker“ nur noch von nationalliberalen Mannesleuten ernst genommen.

Tiedemann hat, als er seine Memoiren niederschrieb, offenbar daran gedacht, daß die Geschichte ein hartes Urteil fällen könnte über den Staatsmann und seine „Handlanger“, die eine so einschneidende Maßregel, wie das Sozialistengesetz, nur mit der völligen freierundenen Behauptung von der Mitschuld der Sozialdemokratie an den beiden Attentaten begründen konnten. Zur Rechtfertigung, die selbstverständlich mißlingen muß, läßt er seinen „großen Unbekannten“ auftreten. Aber wenn dieser Zeuge einen Wert haben sollte, so mußte er genannt werden. Die Geschichtsforschung glaubt an den großen Unbekannten noch weniger, als der Strafrichter, vor dem er in tausend Fällen angerufen wird.

Herr v. Tiedemann hat der großen historischen Blamage, die man mit dem Sozialistengesetz erfahren hat, durch seine ungefähre Einführung des „großen Unbekannten“ noch eine kleinere angefügt.

Der „große Unbekannte“ taucht übrigens später nochmals auf. Zu Anfang der achtziger Jahre machte in Berlin ein Wachtmeister der Kriminalpolizei den Versuch, einen treuen und zuverlässigen Parteigenossen zu bestechen, damit er der Polizei Berichte liefern solle. Der Wachtmeister wurde in eine Falle gelockt und belauscht. Auch er sprach von einem „vielgenannten Agitator“, der angeblich der Polizei Spionendienste leistete. Doch wurde auch hier kein Name genannt. Die Affäre wurde damals an die Öffentlichkeit gebracht und machte viel Aufsehen.

Auch in diesem Falle muß der „vielgenannte Agitator“ wohl ein Schwindler gewesen sein, wenn er überhaupt existiert hat.

## Der Etat der Gewaltpolitik.

Einen Tag später als der Reichstag nahm am Mittwoch das preussische Abgeordnetenhaus seine Beratungen wieder auf und setzte die zweite Etappe beim Etat der Anstiehlungskommission fort. In der Generaldebatte übte der Pole Dr. Seyda scharfe Kritik an der Finanzpolitik Preußens und konnte seine Ausführungen durch eine große Reihe von rigo-

rosen Fällen gegen polnische Staatsbürger belegen. In geradezu lächerlicher Weise hat man selbst einer polnischen Frau, die für sich und ihre Kinder eine Sommervilla bauen wollte, auf Grund des Anstiehlungsgesetzes die Genehmigung verweigert. War die polnische Kritik in diesem Jahre, dem ersten nach der beachtlichen Entschuldigungsverträge, um so schärfer, so war die freisinnige Kritik um so jämmerlicher, wenn man überhaupt das noch eine Kritik nennen kann. Bezeichnend war schon der Mann, den die Freisinnigen zu ihrem ersten Redner bestimmt hatten. Herr Wolff-Lissa ist nämlich durch ein Kompromiß mit seinen konservativen Wählern eben so wie der zweite freisinnige Redner Herr Aconjohn als deutscher Kandidat gegen einen Polen gewählt worden. Man konnte deshalb von ihm mit dem besten Willen nicht erwarten, daß er die verfassungswidrige Politik Preußens scharf bekämpfen würde. Aber auch die geringsten Erwartungen enttäuschte Herr Wolff, denn er sagte gegen die Polenpolitik der Regierung nicht ein einziges Wort, sondern er trat in streng katolischer Weise für die Erhaltung des deutschen Mittelstandes ein. Nachdem ein anderer Wolff, der sich im Gegensatz zum Lissaer Wolff konservativ nennt, gegen die Herabsetzung der Güterpreise gewettert hatte, kam unser Genosse Eitel zum Wort. Er ließ die 22 Jahre preussischer Germanisierungspolitik Revue passieren und schilderte Mißerfolg auf Mißerfolg. Fast 400 Millionen Mark hat Preußen für diese Zwecke verschwendet und sieht trotzdem gegenwärtig vor einem glänzenden Fiasko. Jeder die Ausbreitung der Polen sogar über den Oden hinaus, noch die Zunahme der polnischen Stimmen hat die Zwangspolitik verhindert, noch die Anstiehlung eines zahlreichen deutschen Kleinbauerntums erreichen können. Dafür hat sie 400 Grundbesitzer für teures Geld ihre Güter abgekauft. Ausführlich verweilte unser Redner bei der großen Protestkundgebung deutscher Ansiedler in Osnabrück, auf der der Bund der Landwirte und sein anwesender Direktor Dr. Köhde eine so kräftige Abgabe erhielten. Die Verschwendung von 400 Millionen Mark für diese einseitig agrarischen Zwecke brandmarkte unser Redner um so schärfer, als Preußen sich seinen Verpflichtungen gegen das Reich entziehen und die Bierleinmilliarde gestundeter Ratrikularbeiträge nicht bezahlen will. Die naive Furcht des Fürsten Bälow vor einem polnischen Aufstand führte Ströbel an der Schilderung der ökonomischen Verhältnisse des Ostens gründlich ad absurdum. Die skandalöse Entschuldigungsverträge gibt uns ein schönes Vorbild, wie wir es einmal machen können, aber dann nicht für eine Handvoll preussischer Junker, sondern im Interesse der breiten Massen des Volkes. Den Interessen der wenigen an der Anstiehlungspolitik interessierten Kreise stellte Ströbel entgegen die Interessen der so jämmerlich entlohnten Unterbeamten und Staatsarbeiter, für die kein Geld da war, während es hier in Massen zum Fenster hinausgeworfen wird. Aus all diesen Gründen des sozialen Fortschrittes und der nationalen Ehre lehnt deshalb unsere Fraktion den Anstiehlungsset ab. — Am Donnerstag geht die Beratung weiter.

## Die Jungtürken und der Sultan.

Die Umsfassung Konstantinopels durch die Jungtürken ist vollendet. Die Belagerungsarmee erhält fortwährend Zugang von Mannschaften der Garnison, von Militärschülern und Freiwilligen. Ein Widerstand der Garnison gegen die anrückende Armee erscheint ausgeschlossen. Ist so der Sieg der Jungtürken gewiß, so liegt es im ungewissen, wie die Jungtürken ihren Sieg benutzen wollen, und unklar bleibt vor allem ihre Stellung zum Sultan. Kein Zweifel, daß die Verhandlungen des jungtürkischen Lagers mit Abdul Hamid fortdauern und diese Tatsache allein läßt erkennen, daß die Jungtürken sich doch schwächer fühlen als es den rein militärischen Machtverhältnissen entspricht. Vor allem darf nicht vergessen werden, daß die Jungtürken zwar zu Lande über die erdrückende Uebermacht verfügen, daß aber die Haltung der Flotte auch jetzt noch zweifelhaft ist. Ein Bombardement Konstantinopels durch die Kriegsschiffe, das das Leben der Ausländer in Gefahr bringt, wäre aber wohl der Anlaß zu einer Intervention der auswärtigen Mächte, die die Jungtürken um jeden Preis vermeiden müssen. Denn ihre Revolution soll ja gerade darin ihre Rechtfertigung finden, daß die Erringung der Konstitution die Türken vor den Eingriffen des Auslandes befreite und dessen Ränken und Intrigen ein Ende machte. So sind die Jungtürken in der schwierigen Lage, nicht nur einen Sieg erringen, sondern auch einen unblutigen Sieg sich sichern zu müssen. Darum ihr Jägern, darum das Hinausschieben des Einmarsches, der jetzt wieder für Donnerstag mittag festgesetzt wird, und darum auch die Verhandlung mit Abdul Hamid. Beteiligt es, mit ihm zu einer Vereinbarung zu kommen, so drohen auch von der Flotte her den Jungtürken keine Komplikationen, und sie können sich Konstantinopels ohne Schwierigkeit bemächtigen. Von der Furcht, zu einer auswärtigen Intervention Anlaß zu geben, sind sie dann befreit, und erst einmal im Besitz der Stadt, mag es ihnen dann leichter werden, von ihrer Macht Gebrauch

**Die Inserions-Gebühr**  
betragt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gemeinlichliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg. jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengeluche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg. jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

zu machen. Gewiß wäre es den Jungtürken am liebsten gewesen, hätten sie Abdul Hamid schon durch den Anmarsch ihrer Armee so einschüchtern können, daß er in seine Abdankung eingewilligt hätte. Allein der schlaue Despot kannte die Schwäche der jungtürkischen Position zu genau, um sich fangen zu lassen. Wollen die Jungtürken ohne Widerstand siegen, so brauchen sie den Einfluß des Sultans auf die Palasttruppen und die Flotte und der Sultan will sich nur ergeben, wenn ihm Leben und Thron garantiert werden. Auch den Einfluß der auswärtigen Regierungen weiß Abdul Hamid dabei in seinen Dienst zu stellen und es ist wieder einmal eine feine Ironie der Weltgeschichte, daß die liberale englische Regierung sich bei den Jungtürken heute für die Schonung desselben Mannes verwendet, den Gladstone einst als den „Großen Mörder“ gebrandmarkt hat. Denn darin sind heute alle Regierungen einig, daß die Bestrafung von verräterischen Monarchen zu den unbedingt zu vermeidenden Präzedenzfällen gehört.

So wird es erklärlich, daß die Jungtürken im Begriffe zu sein scheinen, die Forderung der Abdankung fallen zu lassen und mit ihrem verräterischen Feinde ein neues Kompromiß zu schließen, dessen Einhaltung ihnen ihre Waffenmacht verbürgen soll. War es vor allem die für die Türkei immer bedrohlicher werdende Gestalt der auswärtigen Mächte, die den Ausbruch der türkischen Revolution herbeiführte, so sind es auch jetzt wieder Rücksichten auf das Ausland, die die Revolutionäre hindern, die vollen Konsequenzen zu ziehen und den Träger des alten Regimes endgültig zu beseitigen.

Schließlich mögen auch die immer bedenklicher lautenden Nachrichten aus der asiatischen Türkei die Jungtürken bewegen, möglichst schnell in Konstantinopel die Regierungsgewalt wieder herzustellen. Denn in Asien herrscht Anarchie, die rasch überhand nimmt und zu fürchterlichen Meuteleien führt, die die gefährdeteste ausländische Intervention jeden Moment herbeiführen kann.

#### Die Armee vor Konstantinopel.

Konstantinopel, 21. April, mittags 12 Uhr 30 Min. Die mazedonischen Truppen werden in der Umgebung der Stadt sichtbar. Der Ministerrat, der am Nachmittag zusammentritt, wird den Belagerungsstand über die Stadt verhängen.

Die Armee erhält fortgesetzt Zufluß von Mannschaften der Garnison. Da jedoch viele reaktionäre Elemente sich einzuschmuggeln versuchen, werden alle Ankommenden streng überwacht. Bisher wurden bei der Vorhut der vordringenden Truppen circa 200 verdächtige Personen, darunter einige erweisene Emisäre, verhaftet. Viele Truppen der Hauptstadt, unter ihnen drei Salonikier Schützenbataillone, zeigten brieflich oder durch Deputationen ihre Unterwerfung an. Die genannten Salonikier Bataillone erklärten, von Hodschas durch Geld verführt worden zu sein. Ein Widerstand der Garnison gegen die anrückende Armee ist nach der gegenwärtigen Lage kaum zu gewärtigen. Die Stimmung unter der Bevölkerung ist vielfachen Schwankungen ausgesetzt.

#### Die Stärke der Armee.

Alex., 21. April. Die „Aölnische Zeitung“ meldet aus Konstantinopel von heute: Estischehir an der Anatolischen Bahn ist heute von Truppen des dritten Korps besetzt worden, die über Smyrna gekommen sind, um jede Hilfeleistung für das absolute Regime aus Asien zu verhindern und nötigenfalls auf Konstantinopel vorzurücken. In der letzten Nacht sind bedeutende Verstärkungen aus Adrianopel für die Komitetruppen angekommen, die jetzt 38 Bataillone, 72 Geschütze und 15 Schwadronen ohne die Freiwilligen zählen.

#### Die Haltung der Flotte.

Konstantinopel, 21. April. Die Haltung der Besatzung einiger Kriegsschiffe ist noch nicht ganz aufgeklärt. Vorgestern soll die Besatzung des Panzerschiffes „Messudje“ vor dem Bild demonstriert und versprochen haben, sich für den Sultan zu opfern; sie wollte angeblich mit anderen nach San Stefano ziehen. „Sabah“ zufolge soll der Kommandant des Panzerschiffes „Messudje“ zur vordringenden Armee berufen worden sein. Nach heutigen Meldungen scheint der Anschlag des größten Teiles der Marine an die vordringende Armee gescheitert.

#### Anschlußerklärungen.

Konstantinopel, 21. April. Außer den Wilajets Saloniki, Nedzueh, Monastir, Adrianopel und Janina erkennen auch vier Wilajets in Kleinasien die Regierung nicht an und weisen ihre Befehle zurück. Der Korpskommandant von Saloniki hat sich an alle Korpsbereiche gewendet und sie zum Anschluß aufgefordert. Bisher ist nur von seiten des vierten Korps, Kommandos Erzincan ein formeller Anschluß erfolgt. Die übrigen Kommandos scheinen zu schwanken. Von einzelnen Truppenkommandos der übrigen Korpsbereiche sollen bereits Zustimmung oder Anschlußerklärungen vorliegen.

#### Änderung der Lage?

Konstantinopel, 20. April. Die Lage erscheint heute abend völlig verändert, so daß man die Abdankung des Sultans nicht mehr für wahrscheinlich hält. Zwischen dem Hauptquartier der mazedonischen Truppen und der Spörte fand ein lebhafter Depechenwechsel statt. In allen Telegrammen der Truppen wird die Person des Sultans mit großer Schonung behandelt. Der Scheich ul Islam erklärte Journalisten, von der Abdankung des Sultans sei niemals die Rede gewesen und alle darauf bezüglichen Gerüchte seien völlig unbegründet. Ebenso äußerten sich der Minister des Aeußern und der Handelsminister. Der Ministerrat nahm die in der bereits gemeldeten Proklamation aufgeführten Forderungen der mazedonischen Truppen an und der Kriegsminister teilte dies telegraphisch dem Hauptquartier in San Stefano mit. Wie verlautet, wird der Einmarsch in die Hauptstadt erst in einigen Tagen erfolgen, da die Truppen in besonderen Kasernen untergebracht werden sollen, um sie nicht mit der hiesigen Garnison in Verbindung zu bringen.

Der englische, der französische und der russische Votschafter wurden heute vom Sultan in längerer Audienz empfangen. Der heutige Ministerrat beschäftigte sich weiter mit der Lage in den Provinzen. In Adana ist alles ruhig, dagegen dauern die Unruhen in Tarsus, Ischlenderum und anderen Orten fort.

#### Das Kompromiß.

Konstantinopel, 21. April. Der gestern abend bereits gemeldete Umschwung in der Auffassung der maßgebenden türkischen Kreise hat zur Verständigung zwischen der Regierung und der Leitung der mazedonischen Truppen geführt. Folgendes ist die Grundlage zu dieser Verständigung: Die Abdankung des Sultans wird fallen gelassen. Der größte Teil der hiesigen Garnison wird entlassen und durch Salonikier

Truppen ersetzt. In der Hauptstadt bleiben ferner 600 Salonikier Gendarmen, die den Sicherheitsdienst übernehmen. Die Salonikier Truppen, deren Vorhut sich bereits dicht vor der Stadt befindet, werden vorläufig nicht einmarschieren. Die Regierung wird einen entsprechenden Aufmarsch der Bevölkerung erlassen. Alle Truppen werden einen neuen Eid leisten. Die Regierung übernimmt die Bürgerschaft für die Unterwerfung der gesamten Garnison, mit Ausnahme eines kleinen Teils der Hilzbefehlung. Die Kriegsflotte wird zu Manöverübungen den Hafens verlassen.

#### Kein Ultimatum?

Konstantinopel, 21. April. Dschewad Bey, der erste Sekretär des Sultans, hat gestern erklärt, der Sultan habe keinen Brief erhalten, in dem seine Abdankung verlangt worden sei. Wenn die Armee die Abdankung fordern würde, würde er sofort einwilligen. Der Sultan habe nicht nur aus den Provinzen, sondern auch aus Saloniki und aus dem Heere Ergebenheitsgramme erhalten. Der Sekretär fügte hinzu, der Sultan bewahre vollkommene Ruhe.

#### Doch Abdankung?

Konstantinopel, 21. April. Der Sultan soll dem Parlament seine Bedingungen, unter denen er abzutreten sich bereit erklärt, mitgeteilt haben. Diese sollen sein: Keine Rechenschaft über vergangene Ereignisse sowie Sicherstellung seines Lebens. — Der Thronfolger Reshad sowie alle osmanischen Prinzen haben schon seit vorgestern ihre Paläste verlassen und befinden sich im Hilidiz Kiosk.

#### Die Demission zurückgezogen.

Konstantinopel, 20. April. Der Großwesir hat heute vormittag dem Sultan schriftlich seine Demission überreicht, sie auf Bitten des Sultans jedoch wieder zurückgezogen und sich bereit erklärt, das Amt noch kurze Zeit weiter zu führen. Auch der Kommandant des Konstantinopeler Korps, Kasim Pascha, wollte heute demissionieren, hat die Demission aber ebenfalls wieder zurückgezogen. — Eine große Anzahl weiterer Abgeordneter ist am Abend nach San Stefano abgefahren, wo in der Nacht eine Beratung über die Lage stattfinden soll.

#### Anarchie in der asiatischen Türkei.

Rom, 21. April. Der „Agenzia Stefani“ wird aus Konstantinopel gemeldet: Konstantinopel zufolge haben in Antiochia und Maritima Gemehel stattgefunden. In Zeltun herrscht Revolution; die Kurden rücken auf Aleppo vor, wo die Lage sehr ernst ist. Der Wali verfügt über ein einziges Bataillon und hat nicht genügend Mannschaften, um die Ordnung in der Stadt und auf dem Lande aufrecht zu erhalten. Dem Vernehmen nach weigern sich die Offiziere des Bataillons in Aleppo, die dem Komitee für Einheit und Fortschritt angehören, den Anweisungen des Wali zu gehorchen. In Beirut herrscht wegen der Gemehel in Merzina, Adana und Alexandrette große Unruhe, doch wurde die Ordnung noch nicht gestört.

Konstantinopel, 21. April. Im Wilajet Aleppo greifen die Unruhestörungen weiter um sich; in Antakije und Virebschil kam es zu Ausschreitungen; Engländer und andere Fremde flüchteten in das englische Konsulat. Der englische Kreuzer „Diana“ hat in Alexandrette 50 Mann gelandet.

#### Die Meuteleien.

Konstantinopel, 21. April. Nach einer Meldung aus Aleppo vom 20. April sind 400 Verbrecher aus der Zidatelle von Bahos entflohen. Sie überfielen Kirchan, mordeten und plünderten und zogen dann Antiochia zu, wo das Massaker und die Plünderung seit 24 Stunden andauern. Ein englischer Kreuzer ist vor Alexandrette eingetroffen.

#### Die Kammer Sitzung.

Konstantinopel, 21. April. Die Deputiertenkammer hielt heute eine kurze geheime Sitzung ab, der etwa 100 Deputierte beizuhörten. Dem Vernehmen nach haben in der Sitzung die Deputierten, die mit der heranrückenden Armee in Berührung gekommen sind, über ihre Mission berichtet. Einige Abgeordnete sollen abermals die Verlegung des Sitzes der Kammer nach San Stefano gefordert haben, was von mehreren anderen Deputierten belächelt worden sei. Ein Beschluß sei nicht gefaßt und wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses sei die Sitzung aufgehoben worden. Nach San Stefano haben sich noch einige Deputierte begeben.

#### Die ermordeten Offiziere.

Konstantinopel, 21. April. Die Zahl der in der letzten Woche ermordeten jungtürkischen Offiziere wird jetzt auf 262 angegeben. Acht von ihnen sind vor dem Hilidiz ermordet worden.

#### Die Schuldigen.

Konstantinopel, 21. April. Nach türkischen Blättern sehen der Polizeiminister und andere Persönlichkeiten die Untersuchung über die Ereignisse der vorigen Woche fort. Die Anführer und Hauptwerkzeuge sowie der Zweck, Unterdrückung der Verfassung, seien bereits festgestellt. — Die gesamte türkische Presse, auch jene Blätter, deren Haltung in der letzten Zeit zweifelhaft war, erklärt die Verfassung für gesichert.

#### Eine Ablehnung.

Konstantinopel, 21. April. Der Sohn des Sultans, Prinz Rehmeh Kurhan eddin-Effendi, den die öffentliche Meinung als bei den letzten Ereignissen kompromittiert betrachtet, hat an einige Blätter ein Schreiben gerichtet, worin er das Gerücht für falsch erklärt, daß er sich vorige Woche unter die vor dem Hilidiz demonstrierenden Artilleristen gemischt habe und auch andere Gerüchte bestreitet.

#### Bestimmen.

Konstantinopel, 20. April. Die Abendblätter feiern die heranrückenden Truppen als Befreier und ermahnen die Bevölkerung zur Ruhe. Der Präsekt der Stadt und sieben Vorstadtpräsekten sind den Truppen zur Begleitung entgegengegangen.

### Berggesetzgebung in Eliaß-Lothringen.

Daß Gewerkschaftsbeamte als Gutachter und als anerkannte Vertreter der Arbeiter von einer Parlamentskommission bei Beratung eines Gesetzes herangezogen und um ihre Meinung befragt wurden, dürfte in Deutschland zum ersten Male durch den Landesausschuß für Eliaß-Lothringen geschehen sein. Die Regierung für Eliaß-Lothringen hat dem Landesausschuß eine Novelle zum Eliaß-Lothringener Berggesetz vorgelegt, die eine wörtliche Kopie des preussischen Berggesetzes ist, aber immerhin schon einen Fortschritt gegen das heutige, aus dem Jahre 1873 stammende Berggesetz für das Reichsland bedeutet. Auch diese Novelle wäre sicherlich noch nicht gekommen, hätten die Organisationen der Vergarbeiter nicht Eingang gefunden in dieses

dümmste Berggesetz Deutschlands, wo der Geist des Bischof-Denkler herrscht und wo die Grubenräufte de Wendel, Stumm und Köhling ihre absolutistische Macht aufgebaut haben. Durch die Gewerkschaften, hauptsächlich durch den Verband wurden erst die unglaublich traurigen und menschenunwürdigen Verhältnisse an die Öffentlichkeit gebracht, unter denen mehr als 23 000 Bergleute, davon fast die Hälfte Ausländer, schmachten. Genosse Emmel, damals Mitglied des Landesauschusses und einziger Arbeitervertreter in dieser Körperschaft, brachte vor Jahren die Klagen der Bergleute zur Kenntnis der Regierung, ohne jedoch Gehör zu finden. Für die Mehrheit dieser Bergklagen bestand keine Knappheitskasse, bis heute haben sie noch keine Kasernen erhalten, keinerlei geregelte Arbeitszeit. Das Bergesystem ist derauf, daß die Leute allgemein in dem Glauben leben, sie erhielten nicht das richtige Gewicht angefahren. Dazu kommt noch das sehr rigoros geübte „Wisches“ (Rufen).

Die kapitalistischen Autokraten antworteten auf die Beschwerden und Klagen der organisierten Arbeiter mit Maßregelungen und Verfolgung der Organisationen. Die christlichen Gewerkschaftssekretäre nannte de Wendel „Schwarze Anarchisten“ und seine Verleugung ließ er vor ihnen warnen. Auch die Geistlichkeit, die in den von der Familie de Wendel erbauten Kirchen den Berg- und Hüttenklaven „Trost und Gnade“ spendet, warnte ernstlich vor dem Beitritt zum christlichen Gewerbeverein. Das hatte den Erfolg, daß ein mehrwöchentlicher Streik im Rinnetgebiet ausbrach, der zwar mit einer Niederlage der noch schwach organisierten Arbeiter endete, aber der doch die Regierung zwang, eine Änderung des Berggesetzes vorzunehmen.

Zu der nun vorliegenden Regierungsvorlage haben die Verleser eine Reihe Verbesserungsvorschläge, die Arbeiterorganisationen noch mehr Verbesserungsanträge gestellt, welche von der Kommission, an die das Gesetz überwiesen ist, zu prüfen sind. Diese Kommission hatte nun auch zu Anfang April zwei Konferenzen nach Straßburg einberufen, und zwar eine, um die Ansichten und Gründe der Verleser zu hören, eine zweite mit den Gewerkschaftsbeamten, um von diesen die Wünsche und Meinungen der Arbeiter kennen zu lernen. Für das Rinnetgebiet waren die Gewerkschaftssekretäre erschienen Genosse Wilmann (Verband) und Karzins (Gewerbeverein), für das Kohlengebiet: Genosse Leimpeter (Verband) und Kay (Gewerbeverein). Die Verhandlungen dauerten mehrere Stunden und verliefen sehr anregend. Die hauptsächlichsten Punkte betrafen: Strafzeiten, Arbeitszeit, Wahl und Befugnisse der Arbeiterauschüsse und die — Sicherheitsmänner, von denen vorläufig noch nichts in der Vorlage steht. Zum Strafwesen beantragten die Verbandsvertreter, daß monatlich nicht über einen Tagesdurchschnittslohn gestraft werden dürfe. Sobald der Betrag der Strafe 50 Pf. übersteige, solle vorher der Arbeiterauschuß gehört werden. In der Kommission herrschte die Meinung der Unternehmer vor, daß der Arbeiterauschuß bei Festsetzung der Strafen nicht entscheiden dürfe, weil die Grubenbesitzer dadurch die Herrschaft über ihre Betriebe verlieren, während sie doch „Herr im Hause“ bleiben müssen. Dagegen fand die Forderung, eine Maximalstrafe festzusetzen, allgemeine Sympathie, nur hielten die Herren den Satz von einem Schiedslohn zu niedrig. Die Verbandsvertreter hielten an ihrer Forderung fest, erklärten jedoch, daß sie es immerhin als einen Fortschritt betrachteten, wenn durch Gesetz einmal eine Maximalstrafe für den Monat festgelegt würde, selbst wenn sie höher sei als die von ihnen geforderte.

Bei allen Forderungen herrschte unter den vier Arbeitervertretern volle Einmütigkeit, wenn auch die Petitionen der beiden Verbände in einigen Punkten von einander abwichen. Nur in der Frage der „Sicherheitsmänner“ vertrat Karzins den Standpunkt der Gewerbevereinsleitung nach ihrer Rechtsauffassung. Seine Meinung fand jedoch absolut keinen Anklang, denn niemand glaubte, daß die Sicherheitsmänner nach preussischem Muster den geringsten Wert hätten. Wie ein Kommissionsmitglied mitteilte, waren die Verleser in der Frage derselben Meinung, die Herr Hilger am 6. Januar im Palast-Hotel zu Berlin auf der Tagung der Verleser ausgesprochen hat. Die Verbandsvertreter ersuchten die Landesauschusmitglieder, falls sich der Landesausschuß nicht dazu aufbringen sollte, die Grubenkontrollen unabhängig von den Unternehmern zu machen und aus der Landeskasse zu bezahlen, die Einrichtung rundweg abzuschaffen, weil sie sonst Schauspielergelecke machten, um die Öffentlichkeit zu täuschen und die Arbeiter zu veraten. Ein Kommissionsmitglied meinte, die Grubenkontrollen hätten nur dann praktischen Wert, wenn die Gewerkschaften sie übernehmen, bezahlen und auch die Anweisungen erteilen. Am Schluß versprachen die Landesauschusmitglieder, für Eliaß-Lothringen ein „gutes Berggesetz“ zu machen und die Arbeiterwünsche „möglichst“ zu berücksichtigen. Zu wünschen wäre allerdings, daß der Landesauschuß die alten Sünden endlich gut machte.

Erfreulich ist die Vorurteilslosigkeit und sozialpolitische Einsicht, die das eliaß-lothringische Parlament, das bekanntlich auf Grund eines sehr schlechten Wahlrechts gebildet wird, hier bewiesen hat, indem es Gewerkschaftsbeamte als die berufenen Vertreter der Arbeiterschaft und als Sachverständige in Arbeiterfragen anerkannte. Wann wird Preußen für diesen Fortschritt reif sein? Wenn die Nacht der Junker fängt!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. April 1909.

### Die Konsumsteuern

#### der Gemeinden und das Erfinderrech der Angestellten.

Aus dem Reichstage (21. April). In seiner heutigen Sitzung kam der Reichstag zu drei Beschlüssen, denen auch die Sozialdemokratie ihre Zustimmung geben konnte. Zunächst wurde die Debatte über die Petition wegen der Konsumsteuern der Gemeinden zu Ende geführt. Genosse Ulrich sagte dabei nochmals in längerer Rede alle Gründe zusammen, die für die Beseitigung der Gemeindefiskalsteuern bis zum 31. Dezember 1910 sprechen. Er konnte sich dabei auf die Tatsache berufen, daß die sozialdemokratische Mehrheit der Gemeindeverwaltung in Dissenbach es sehr gut fertig gebracht habe, die Konsumsteuern Zug um Zug zu beseitigen. In der namentlichen Abstimmung trat das Haus dann mit großer Mehrheit die Beschlüsse der Petitionskommission bei, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Für diesen Beschluß trat geschlossen nur die Sozialdemokratie ein. Alle anderen Fraktionen haben sich gespalten. Damit ist der Versuch, den Endtermin für die Abschaffung über das Ende des Jahres 1910 hinauszuschieben, wohl ein für allemal zu Boden gefallen.

Als zweiter Punkt der Tagesordnung kam dann die dritte Lesung des polnischen Antrages auf Sicherung der Rechte auf Benutzung des Grundeigentums zur Erledigung. In zweiter Lesung war dieser Beschlusseinstellung, der sich gegen die Rechtsprechung der Polen richtet, in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen worden. Zu einer

Debatte kam es diesmal überhaupt nicht. Bei der Abstimmung erklärte sich die nämliche Mehrheit, bestehend außer den polnischen Antragstellern, aus Sozialdemokraten, Freisinnigen und Zentrum, für das Gesetz. Es ist allerdings kaum anzunehmen, daß der Bundesrat sich auf die Seite der Reichstagsmehrheit stellen wird. Er wird wohl nach wie vor die preussische Methode der Bestimmungsbefragung durch Eigentumsbescheidung unterstützen.

Schließlich kam noch eine von der Wirtschaftlichen Vereinigung (Antifemiten usw.) eingebrachte Resolution über die gesetzliche Regelung des Patentrechts zur Verhandlung. Die Resolution verlangt, daß die Erfindungen der technischen Angestellten und Arbeiter in geistiger und materieller Hinsicht mehr als bisher geschützt werden. In der Diskussion ergab sich allseitige Zustimmung zu dieser Resolution. Die Genosse Frank hervorhob, rührte diese Ueberstimmung her von der ganz allgemein gehaltenen Fassung der Resolution. Sowie die Redner auf Einzelheiten eingingen, zeigte es sich, daß bei der gesetzlichen Regelung der Frage zweifellos erhebliche Meinungsverschiedenheiten sich herausstellen würden, da das Unternehmerinteresse und das Angestellten- und Arbeiterinteresse mit einander kollidieren. Genosse Frank betonte, daß die Sozialdemokratie jedenfalls energisch darauf hinarbeiten werde, den Angestellten und Arbeitern die Früchte ihrer Erfindertätigkeit zu sichern. Die Resolution wurde dann einstimmig angenommen.

### Die Beamtenfreundlichkeit der Herrenhäuser.

Die Finanzkommission des preussischen Herrenhauses hat den Wohnungsgeldzuschüssen keine rückwirkende Kraft bis zum 1. April 1908 gegeben, sondern beschlossen, erst vom 1. April 1908 ab gewisse Zulagen zum Wohnungsgeld zu zahlen. Die Kommission war der Meinung, daß es nicht geboten sei, die Wohnungsgeldzuschüsse mit den Gehaltsrückstellungen zu kumulieren. Zweckmäßiger sei es gewesen, in der ganzen Frage das Reich voranzugehen zu lassen. Ein zwingender Grund, den Wohnungsgeldzuschuß vom 1. April 1908 ab rückwirkend zu gewähren, eine ausdrückliche Zulage dazu, liege nicht vor. Der Finanzminister trat dem vergeblich entgegen. Die Staatsregierung habe den Beamten in Aussicht gestellt, die Aufbesserung ihrer Dienstbezüge mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1908 ab zu gewähren. In den Dienstbezügen gehörten auch die Wohnungsgeldzuschüsse. Der Vizepräsident des Staatsministeriums habe dies besprochen, die Beamten könnten die Nachzahlung der Wohnungsgeldzuschüsse auch erwarten, man solle ihnen keine schwere Enttäuschung bereiten. Welche Klassen der Beamenschaft fänden die Aufbesserung im wesentlichen nur in den Wohnungsgeldzuschüssen.

Die geborenen Gesetzgeber Preußens betrachten die Beamten eben als Kulis, die kein Recht haben, die Einlösung von Versprechungen zu fordern, sondern sich schon für Almosen dankbar zeigen müssen.

### Das Zentrum als „Vollspartei“.

Aus Köln wird uns geschrieben: Es hat einiges Aufsehen erregt, daß das Zentrum, nachdem es schon in Düren-Jülich bei der Reichstagswahl einem Fürsten zu einem Parlamentsmandat bescholten hat, gleich darauf einen Herzog für eine Nachwahl in einem westfälischen Wahlkreis aufstellte. Selbstverständlich geschieht es nicht von ungefähr, daß das Zentrum neuerdings Wert darauf legt, Angehörige des hohen und höchsten Adels seinen Fraktionen einzuverleiben, und namentlich ist es kein Zufall, daß es gerade den Herzog von Arenberg heranzieht, einen Mann, der mehr Belgier als Deutscher und jedenfalls durch nichts bekannt ist, was als Befähigungsnachweis für das Amt eines Volksvertreters angesehen werden könnte.

Indes es ist leibten Ende Sache des Zentrums, die Auswahl seiner Parlamentskandidaten zu treffen, und nur dann haben andere das Recht, ein Wortlein mitzusprechen, wenn das Zentrum Motive vorschützt, die allzu deutlich den Stempel der Täuschung an sich tragen, wie das jetzt wieder von der ultramontanen Presse geschieht. So beruft sich die „Kölnische Volkszeitung“ auf den Fürsten Bismond, der einst zur Empfehlung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts angeführt habe, daß es „bedeutendere Kapazitäten“ in das Parlament bringe als das Dreiklassenwahlrecht, und dem Fürsten in gleicher Weise die Anteilnahme an der Politik ermögliche, wie dem Drecksler Bebel. „So handelt“ schreibt das rheinische Zentrumblatt, „das Zentrum ganz im Sinne der Schöpfer unseres heutigen Wahlrechts, wenn es, um seine Eigenschaft als Vollspartei noch hervorhebender zum Ausdruck zu bringen, neben dem Arbeiterstande angehörigen Herren Giesberts, Schiffer, Peder u. a. den Herzog von Arenberg und die Fürsten v. Löwenstein und Salm in den Reichstag gewählt hat bzw. zu wählen im Begriffe steht.“

Das Zentrum als „Vollspartei“, das Zentrum als Vollstrecker des demokratischen Gedankens, wie er im Reichstagswahlrecht gegeben ist! Das hört sich großartig an, ist aber Schwindel. Es sei zunächst daran erinnert, daß das Zentrum sich einst mit Händen und Füßen dagegen gesträubt hat, einen Arbeiter in seine Reichstagsfraktion zuzulassen. Der Arbeiter Stöpel ist 1877 in Essen als Kandidat der christlichsozialen Arbeiter unter bestiger Bekämpfung durch das Zentrum gewählt und nur mit Widerstreben in die Fraktion aufgenommen worden. Er blieb bis zu seinem Tode im Jahre 1905 der einzige Zentrumsabgeordnete, der aus der Arbeiterklasse hervorgegangen war.

Fürsten, Grafen und Barone hat das Zentrum dagegen von jeher die schwere Menge gehabt. Unter einem Antrag der ultramontanen Fraktion des Reichstages aus dem Jahre 1877, der von 79 Mitgliedern unterschrieben ist, finden wir 12 Grafen, 27 Freiherren und sonstige Adlige! Nun ist mit der Zeit das feudale Element in dem Reichstagszentrum zurückgetreten — aber wenn demnächst der Herzog von Arenberg als Zentrumsabgeordneter in den Reichstag einzieht, dann gibt es in der Zentrumskraktion immer noch 3 Fürsten, 2 Grafen, 5 Freiherren und 2 sonstige Adlige — gegen fünf Vertreter des Arbeiterhandes! Das anderthalb Dutzend Fürsten, Grafen und Barone, das dem Zentrum folgt, erhält mehr als doppelt so viel Vertreter im Reichstag als die Hunderttausende von Arbeitern, die in Stadt und Land zum Zentrum halten.

Das Zentrum mag die Gründe, die es veranlaßt haben, sich den belgischen Herzog als Reichstagskandidaten zu kapern, für sich behalten, aber es soll doch den Schwindel unterlassen, daß es ihm dabei auf die Gewinnung einer besonderen politischen „Kapazität“ angekommen sei, und es soll den noch größeren Schwindel unterlassen, als ob es sich mit seiner Herzogskandidatur habe als „Vollspartei“ betätigen und dem Gedanken des allgemeinen Wahlrechts unterordnen wollen.

Wenn das Zentrum bei der Auswahl der Parlamentsvertreter der Zusammensetzung seiner Wählerschaft Rechnung tragen wollte, dann mühte die ultramontane Reichstagsfraktion zu neun Zehnteln aus Arbeitern, kleinen Bauern, kleinen Handwerker und kleinen Beamten bestehen und nicht wie heute eine Versammlung

von Fürsten, Grafen, Baronen, Prälaten, Adolanten, Unternehmern und Angehörigen der hohen Bureaucratie sein.

### Die Schaustücke des Reichskanzlers

bringen dem unbefangenen Zuschauer immer Ueberstimmungen. In der Regel bestehen sie darin, daß plötzlich eine geradezu blendende Unkenntnis von Verhältnissen des öffentlichen Lebens zutage tritt. Unwillkürlich muß man sich fragen: Ist diese Unkenntnis echt oder nur gespielt, um den Gegner zu verblüffen und zu dem Gedanken zu bringen, daß gegen solche Darstellungen selbst Götter vergebens kämpfen. In dem neuesten inszenierten Schaustück stellt der Reichskanzler es so dar, als sei die Bewegung gegen die Tabaksteuer eine Machenschaft des Tabakvereins. Dem Denken und Fühlen des Reichskanzlers mag es entsprechen, daß er nur Großgrundbesitzer und Großkapitalisten für Menschen hält. Von dieser Ansicht ausgehend, mag er recht haben. Aber außer den Kapitalisten des Tabakvereins machen noch andere Leute Opposition gegen die Tabaksteuer. Diese Leute treffen nur in der Ablehnung des Tabaksteuervertrags mit dem Tabakverein zusammen, sonst stehen sie ihm als schroffe Gegner gegenüber. Diese Leute sind die 200 000 Tabakarbeiter.

Der Tabakverein ist ein Scharfmacher- und arbeitersindlicher Verein schlimmster Sorte. Ständen nur die Interessen der Mitglieder des Tabakvereins auf dem Spiele, dann würden die Tabakarbeiter keinen Finger rühren. Die Tabakarbeiter sehen in der Frage der Tabaksteuer ein Lebensinteresse. Wenn eine Gesetzesvorlage kommt, die, wie die Wanderlosteuer, Lohnabzüge mit 8, 18 oder gar 32 M. Steuernachschuß für 1000 Zigarren belohnt, dann ist es selbstverständlich, daß die Arbeiter gegen solche Vorlage Front machen. Ferner sagen die Arbeiter sich, daß jede neue Steuer Störungen im Geschäft zur Folge hat. Jede Störung wird aber von den Mitgliedern des Tabakvereins ausgenutzt, die Tabakarbeiter in ihrer Lebenshaltung herabzubringen. Die Tabakarbeiter und mit ihnen die Arbeiter aller Branchen bekämpfen jede Tabaksteuer, auch die vom Tabakverein empfohlene Steuer, weil sie darin eine Schädigung ihrer Interessen erblicken. Für Bälou existieren aber nur die 200 im Tabakverein organisierten Großkapitalisten. Die 200 000 Tabakarbeiter kommen für ihn nicht in Betracht. Die Morden betteln gehen oder verhungern.

### Die Grundlosigkeit des Freisinn.

In einer freisinnigen Versammlung in Königsberg i. Pr. referierte Reichstagsabgeordneter Gähling über die Finanzreform. Ganz offen trat er für die Aufhebung der freisinnigen Grundzüge ein. Die ungeordnete Finanzlage des Reiches zwinge die Freisinnigen, eine derartige Haltung einzunehmen. Programme seien nicht für die Ewigkeit geschaffen. Wenn die augenblickliche Lage es erfordere, müsse man eben Programmpunkte streichen. Es gehöre allerdings der richtige, parlamentarische Mannesmut dazu, dies den Wählern gegenüber zu vertreten, aber ein schlechter Abgeordneter, der Notwendigkeiten einsehe und zaudere, sein Programm zum Opfer zu bringen. Bälou hätte die Partei zur Mitarbeit aufgefordert, und daher gäbe es kein Zurück mehr.

Im Laufe seiner Rede leistete sich der Abgeordnete Gähling auch noch eine allerliebste Denunziation. Er erklärte, die Behauptung, der Reichskanzler hätte vor dem Kaiser wie ein Schloßhund gehandelt, sei eine ebenso starke Beleidigung des Reichskanzlers wie des Kaisers, denn es sei eine Beleidigung zu behaupten, daß der Kaiser einen wie einen Schloßhund weinenden Reichskanzler noch weiter im Amte lasse.

### Freiheit des Religionsunterrichts.

Gegen den freireligiösen Unterricht der Volksschulkinder wird neuerdings in Hesse-Rassau eine „schärfere Tonart“ beliebt. Am Sonnabend, den 17. April, wurde berichtet, daß eine Frau in Bodenheim zum zweiten Male in eine dreitägige Haftstrafe genommen wurde, weil sie sich geweigert hatte, ihre Kinder an dem katholischen Religionsunterricht teilnehmen zu lassen; heute wird wieder aus Wiesbaden berichtet, daß vom dortigen Schöffengerichte der Genosse Wacker wegen des gleichen „Deliktes“ zu 62,64 M. Strafe ev. 10 Tagen Haft verurteilt wurde. Wacker hatte als Mitglied der Wiesbadener freireligiösen Gemeinde seine Kinder in die Unterrichtsreihe der freireligiösen Gemeinde geschickt. Märglich wurde ihm eröffnet, daß er seine Kinder in den „christlichen“ Religionsunterricht zu schicken habe, weil „behördlicherseits“ der Unterricht der Kinder in der freireligiösen Gemeinde nicht mehr als „vollgültiger“ Ersatz für den christlichen Unterricht angesehen werden könne.

Wacker erhob gegen diese Entscheidung Einspruch. Er wurde vom Schöffengericht auf Grund der Kammergerichtsentscheidung vom 14. April 1892 und des berühmten Schulleitens von 1817, das für das erste Schulverhältnis 3 Kreuzer, für das nächste 4 Kreuzer, für das nächste 6 Kreuzer Strafe festsetzt, wegen 363 verdamnter Religionsstunden seiner Kinder zu 62,64 M. Strafe, ev. 10 Tagen Haft verurteilt.

### Brach im konservativen Lager.

Im konservativen Zentralverein für den Wahlkreis Charlottenburg kam es am Dienstag, den 20. April, zu kühnen Auseinandersetzungen. Der Reichstagsabgeordnete Graf v. Westarp hatte die Gründe dargelegt, weshalb die Konservativen gegen eine Aushebung der Erbschaftsteuer seien. Angeblich soll die Versammlung fast einstimmig beschlossen haben, der Reichstagsfraktion für diese Haltung zu danken. In Wirklichkeit ist das nicht wahr. Denn, wie die „Tägliche Rundschau“ feststellt, haben die Anhänger des Bundes der Landwirte ihre Parteifreunde aus der ganzen Umgebung zusammengetrommelt, mit Legitimationen versehen und in die Versammlung dirigiert. Nur auf diese Weise war es möglich, eine Mehrheit für die Billigung des Verhaltens der konservativen Reichstagsfraktion zu gewinnen.

### Vom Balkan.

#### Die Unabhängigkeit Bulgariens.

Die russische Regierung hat ihre Vertreter bei den Signatarmächten beauftragt, diesen mitzuteilen, daß ihre Meinung nach nunmehr der Augenblick gekommen sei, die Unabhängigkeit Bulgariens unverzüglich anzuerkennen. Zugleich hat der russische Jar an den bulgarischen Kollegen folgendes Glückwunschk Telegramm geschickt: „Mit dem Gefühl tiefer Freude begrüße ich Eure Majestät und das bulgarische Volk aus Anlaß des nunmehr vollzogenen Abschlusses der mit und ganz Rußland am Herzen liegenden Frage der Unabhängigkeit Bulgariens. Gott segne Sie, Ihr Haus und Ihr Volk zu einer glücklichen und segensreichen Zukunft.“

Man sieht, der freche Bruch des Völkerrechts und der internationalen Verträge, über den sich die panslawistische Presse bei Oesterreich verärgert hat, ist Bulgarien trefflich bekommen.

Rußlands Bundesgenosse, Frankreich, wird bereits heute Bulgariens die Anerkennung der Unabhängigkeit aussprechen; ihm dürfte voraussichtlich England und Italien folgen, während Deutschland und Oesterreich die Anerkennung von der Regelung der Orientbahnfrage abhängig machen wollen. —

### Oesterreich.

#### Polizeistreit.

Brag, 21. April. Heute vormittag wurden sämtliche Jagdgruppen der nationalsozialistischen Ge-

nossenschaften in Prag und seinen Vororten wegen antimilitaristischer Propaganda aufgelöst und in den Wohnungen der Parteifunktionäre Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen vorgenommen. Außerdem wurde aus dem gleichen Grunde der Jugendbund nationalsozialistischer Frauen aufgelöst.

### Ein Streit in Bosnien.

Serajewo, 21. April. In den Berg- und Hüttenwerken der Eisenindustrieaktiengesellschaft in Vares sind neunhundert Arbeiter in den Ausstand getreten. In einigen Werken ruht der Betrieb gänzlich, die Ausständigen verhalten sich ruhig.

### Frankreich.

#### Die Wahl Comperé-Morels.

Paris, 19. April. (Fig. Ver.) Im Wahlkreis Uzès ist gestern, wie bereits telegraphisch gemeldet, im zweiten Wahlgang Genosse Comperé-Morel ohne Kampf zum Deputierten gewählt worden. Er bekam fast 10000 Stimmen — bei einer Gesamtwählerzahl von 24000 — zweitausend mehr als im ersten Wahlgang. Für den Radikalen, der damals nur um 300 Stimmen hinter ihm zurückgeblieben war und welcher seine Kandidatur zurückgezogen hatte, wurden nicht ganz 700 Stimmen abgegeben. Im ersten Wahlgang hatten die Monarchisten die Parole ausgegeben, für Genossen Comperé-Morel zu stimmen — um, wie sie sagten, die unausschließliche Krise, von der sie die Reaktion erhoffen, zu beschleunigen und auch, weil die Sozialisten Anhänger der Gewissensfreiheit sind. Indes machten sie hierbei mehr aus der Not eine Tugend — denn die ehemals radikalen Landarbeiter des Herzogs von Uzès hätten auch so für unseren Genossen gestimmt, der eine unverhüllte prinzipielle sozialistische Agitation betrieben hatte. Genosse Comperé-Morel ist ein äußerst wertvoller Gewinn für die Fraktion. Der erste Propagandist des Sozialismus im ländlichen Frankreich, ist er in den agrarischen Fragen theoretisch und praktisch ungemein beschlagen. —

#### Ein Aufruf der Konföderation.

Paris, 21. April. Das Komitee des Allgemeinen Arbeiterverbandes beschäftigte sich gestern in geheimer Sitzung mit der Maffei. Angenommen wurde ein vom Generalsekretär Niel unterbreiteter Aufruf, der in ganz Frankreich durch Maueranschläge verbreitet werden soll. In diesem Aufruf wird auf das Beispiel der Postbeamten hingewiesen, diese allen Arbeitern als Vorbild hingestellt und die Maffei empfohlen.

#### Die Postbeamten für die Maffei.

Paris, 21. April. Dem „Petit Journal“ zufolge hat die allgemeine Vereinigung der Post- und Telegraphen-Angestellten beschlossen, eine Abordnung zum Minister der öffentlichen Arbeiten zu entsenden, um ihn zu ersuchen, daß der erste Mai von diesem Jahre ab als Feiertag behandelt werde. Es sei jedoch zweifelhaft, ob die Postangestellten im Falle einer Weigerung am 1. Mai streiken.

### Streikunruhen.

Paris, 21. April. In Mazamet, Departement Tarn, belagerten die ausländigen Wollkempfer ein Fabrikgebäude und versuchten die Abführung von Wollfäden zu verhindern. Die Kutscher der Frachtwagen, die unter Truppenbegleitung abfahren, wurden von den Streikenden mit Steinen beworfen. In Nérón sind über die Stimmung der ausländigen Knopfarbeiter äußerst besorgniserregende Nachrichten im Umlauf. Es heißt, daß die Metallarbeiter mehrerer Nachbarorte sich heute dem Auslande anschließen wollen.

### Spanien.

#### Die Korruptionsaffäre.

Madrid, 20. April. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer kam der Bericht der Kommission zur Beratung, welche mit der Untersuchung der gegen den Marineminister und andere Regierungsmitglieder bei der Kammer erhobenen Beschuldigungen betraut war. Zum Schluß wird in dem Bericht beantragt, die erhobenen Beschuldigungen zur Kenntnis des Ministerpräsidenten zu bringen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung antwortete der Marineminister auf das Ersuchen eines Abgeordneten, die Akten über die Zuerteilung der Lieferungsbestellungen für den Bau eines neuen Schiffsgeschwaders der Kammer vorzulegen, er sei dazu bereit, aber erst, nachdem er die Schriftstücke, die geheimen Charakter haben und sich auf die geheim zu haltende nationale Verteidigung des Landes beziehen, zurückgegeben habe. Darauf erhob sich großer Lärm. Die Mitglieder der Opposition schrien und schlugen mit den Fäusteln. Der Präsident konnte die Ruhe nur mit Mühe wiederherstellen. Ministerpräsident Maura unterstützte die Erklärung des Marineministers. Darauf kam es zu einer heftigen Polemik zwischen Maura, Canalejas und Morel. Maura erklärte: Die Regierung ist stolz auf ihr Werk und hat die Erörterung in der Kammer keineswegs zu scheuen. Sie wünscht sie vielmehr, denn daraus wird das Land die Ueberzeugung gewinnen, daß das Kabinett seine Pflicht voll erfüllt hat zum Besten der Interessen und der Würde der Nation. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Madrid, 21. April. Gegen den Marineminister Juan Pareas, der die bereits gemeldete Anzeige gegen die Regierung bei der Kammer erstattet hat, ist ein Haftbefehl erlassen worden.

### Persien.

#### Die Lage in Täbris.

Täbris, 20. April, abends. Seit Tagesanbruch wütet zwischen den Rationalisten unter Sattar Khan und den Truppen des Schahs in dem Vorort Chamgagan ein heftiger Kampf, bei dem die Rationalisten gegen 60 Tote und 100 Verwundete litten, während die Verluste der Schahstruppen noch unbekannt sind. Die Russen haben sich aus Furcht vor Unruhen mit ihrem Eigentum in das russische Konsulat geflüchtet. Der englische und der russische Konsul teilten dem Endschumam am Nachmittag persönlich die Nachricht von der Bewilligung des sechs-tägigen Waffenstillstandes seitens des Schahs mit. Der Waffenstillstand, der am Montag mittag abläuft, erweckt hier keine großen Hoffnungen, da bei dem Mangel von Transportmitteln und der Schwierigkeit der Verkehrswege die Heranzugung von Probiand auf große Schwierigkeiten stößt.

Teheran, 20. April. Nach den letzten von Täbris eingetroffenen Meldungen hat die Nachricht vom Abschlusse des Waffenstillstandes beruhigend auf die Bevölkerung gewirkt. Die Feindseligkeiten zwischen den Parteien haben aufgehört. Ein russischer Kaufmann und der englische Vizekonsul haben sich zu Ain ed Daulsch begeben, um mit diesem wegen der Zufuhr von Lebensmitteln zu verhandeln.

#### Ausschub des russischen Einmarsches.

Petersburg, 20. April. Infolge der durch den Waffenstillstand um Täbris eingetretenen Beruhigung ist dem Statthalter des

Kaufsaß vorgeschrieben worden, bis auf weiteres mit dem Ueberschreiten der Grenze seitens der nach Lättris bestimmten Truppen zu warten, ohne jedoch die Vorkehrungen einzustellen, die im Falle weiterer Verwickelungen notwendig sind.

## Marokko.

### Eine Niederlage des Sultan.

Paris, 21. April. Nach einer Meldung der „Agence Havas“ aus Fez vom 18. d. Mts. haben die Beni Mer der scherrischen Mahalla eine schwere Niederlage erlitten und Geschütze, Gewehre, Pferde und Herde erbeutet. Eine neue Mahalla ist gegen die Beni Mer unterwegs.

## Amerika.

### Intervention in Liberia.

London, 20. April. Wie das Reutersche Bureau erfährt, geht am Freitag ein aus drei Aufklärungschiffen bestehendes Geschwader der Vereinigten Staaten nach Monrovia an See. Dieses Geschwader hat die Kommission an Bord, welche vor einiger Zeit von den Vereinigten Staaten ernannt war, um die politischen, finanziellen und auch wirtschaftlichen Verhältnisse von Liberia zu studieren, sowie Verbesserungen in der Zivil- und Militärverwaltung dieses Staates vorzuschlagen. Die britische und die spanische Regierung stehen der Aufgabe der Kommission sympathisch gegenüber und werden ihr jede nur mögliche Unterstützung zuteil werden lassen.

## Aus der Partei.

### Aus den Organisationen.

Im zweiten und dritten mecklenburgischen Reichstagswahlkreis (Schwerin, Wismar und Parchim-Ludwigsland) wurden dieser Tage Konferenzen abgehalten. Im zweiten Kreis betrug die Einnahme 1908 718,60 M., die Ausgabe 647,91 M. und die Mitgliederzahl am Jahreschluss 1200. Aus dem dritten Kreise erfahren wir, daß die Mitgliederzahl am Schluß des vergangenen Jahres 442, die Einnahmen sich auf 209,48 M. beliefen und die Ausgaben auf 228,90 M. In der Kandidatenfrage blieb es beim alten: Starostin-Hofstod zweiter Kreis, Groß-Hamburg dritter Kreis. In den beiden Kreisen zusammen erzielte unsere Partei 1907 bei der Hauptwahl rund 15 000 Stimmen.

**Fortschritte im dunkelsten Osten.** Am Sonntag, den 18. April, tagte in Birnbaum (Posen) eine Konferenz für den Wahlkreis Samter-Dobornig. Nach den Berichten der einzelnen Orte macht die Organisation überall gute Fortschritte. Um die Agitation besser und planmäßiger betreiben zu können, beschloß die Konferenz, für den Wahlkreis die Kreisorganisation einzuführen. Als Ort wurde Birnbaum bestimmt. Ein Beweis, daß auch in den dunkelsten Ecken die Arbeiterchaft, aufgepeitscht durch die unsinnige Steuer- und Finanzpolitik, zu neuem Leben erwacht. Zum Schluß gelobten sich die Konferenzteilnehmer, namentlich für den Ausbau der geschaffenen Organisation tätig zu sein.

### Gemeindefestleg.

In Etlingen (Waden) wurden bei der Wahl zum Bürgerausschuß 7 Sozialdemokraten gewählt.

**Sandagitationserfolge.** In Hamburg wurden in den letzten Monaten durch eine Agitation unter den Mitgliedern der Gewerkschaften 6850 Mitglieder der Parteiorganisation und 904 Abonnenten auf das „Hamburger Echo“ gewonnen. Die Zahl der neuen „Echo“-Abonnenten ist um so viel geringer, als die der Beitritte zur Parteiorganisation, weil die meisten der Befragten schon Abonnenten des Parteiblattes waren. Von den Gewerkschaftsmitgliedern sind jetzt 24 989 gleich 53,3 Proz. politisch organisiert. — Das Parteisekretariat läßt einen Bericht, dem wir diese Zahlen entnehmen, hinzu. So weit es möglich gewesen ist, haben fast alle Gewerkschaften uns in dankenswerter Weise die Adressen von ihren Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

Bei den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen und dem langanhaltenden Winter können wir mit dem Resultat der Agitation sehr zufrieden sein. Eine große Zahl der Gewerkschaftsmitglieder sieht der Partei zwar noch fern, aber durch unermüdliche Agitation wird leicht ein großer Teil noch gewonnen werden können.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

**Die unangreifbare Polizei.** Wegen angeblicher Polizeibeileidigung wurde Genosse Schiffer von der „Königsberger Volkszeitung“ durch die Strafkammer zu Königsberg zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt beantragte 500 Mark. Schiffer hatte in der Zeitung geschrieben, wie ein Schutzmann einen betrunkenen Arbeiter mit dem Säbel zugerichtet hatte. In der Form war, wie selbst der Staatsanwalt anerkennen mußte, der Artikel einwandfrei. Von den 20 Zeugen wurden die Angaben des Artikels auch im wesentlichen bestätigt. Das Gericht erklärte trotzdem, daß der Artikel nicht objektiv gehalten sei. Dem Angeklagten den Schutz des § 193 zur Seite zu stellen, da er als Bürger das Recht habe, Polizeimaßnahmen zu kritisieren, lehnte das Gericht ab.

### Die Presse vor der Revisionsinstanz.

Der Arbeitersekretär Genosse Nikolaus Dierroth in Waldenburg hatte am 16. Februar v. J. in Stanzendorf eine politische Agitationsrede gehalten. Auf Grund des Berichtes, den der überwachende Gendarm erstattete, wurde Genosse Dierroth seinerzeit von der Strafkammer zu Waldenburg wegen angeblicher Beileidigung der preussischen Gerichte und Polizei sowie des überwachenden Gendarmen verurteilt. Nachdem auf seine Revision das Urteil aufgehoben worden war, hat das Landgericht Schweidnitz am 2. Februar den Angeklagten freigesprochen. Dieses Urteil war der Ansicht, daß unser Genosse sich zwar sehr über das Vereinsgesetz ausgelassen und Verwaltungshandlungen kritisiert habe, aber es habe in der ganz allgemein gehaltenen Kritik eine Beileidigung nicht gefunden. Auch eine Beileidigung des Gendarmen M. wurde nicht angenommen. Genosse D. hatte gesagt, daß die Gendarmen nicht so barch sein wie sie aussehen und oft Befehle ausführen müßten, die sie selbst nicht billigen. Darin liegt aber, sagt das Urteil, keine Beileidigung, denn es ist bekannt, daß die Gendarmen zu den Militärpersonen gehören und als solche auch Befehle ausführen müssen, die sie nicht billigen. — Die Revision des Staatsanwalts bezeichnete die Freisprechung als nicht genügend begründet; es hätte der ganze die Gendarmen betreffende Teil der Rede beurteilt werden müssen. Der Reichsanwalt wies darauf hin, daß das Urteil das auch getan und außerdem das Bewußtsein der Beileidigung verneint habe. Seinem Antrage gemäß verwarf das Reichsgericht die Revision.

## Gewerkchaftliches.

### Unternehmerdank.

Im rheinisch-westfälischen Holzgewerbe wollen die Unternehmer bekanntlich durch Lohnabzüge den Abschluß eines Tarifvertrages erzwingen. In Nöhlinghausen bei Wanne betreibt nun einer der Hauptmacher des Arbeitgeberbundes ein ausgebeutetes Vaugefäß und beschäftigt auch 25 Tischler, darunter eine ganze Anzahl, welche schon bei dem Vater des gegenwärtigen Inhabers lange Jahre beschäftigt waren und das Vermögen mit zusammenarbeiteten, über welches Herr Walter jetzt verfügt. Zwei Arbeiter feiern am 21. April ihr fünfundsanzigjähriges

„Dienstjubiläum“. Am 20. April sind den selben wie allen übrigen Beschäftigten des Betriebes die Löhne auf Beschluß des Bundes um 5 Proz. gekürzt, was circa 250 M. bei jeder Lohnzahlung ausmacht. Die Arbeiter gehören dem Gewerksverein Hirsch-Dunker an und werden nun wohl von der „Harmonie“ zwischen Kapital und Arbeit überzeugt sein, was sie dadurch bewiesen haben, daß sie mit den übrigen Arbeitern ihre Kündigung einreichten.

### Berlin und Umgegend.

#### Achtung, Klempner!

Die Klempnermeister der Berliner Klempnerinnung haben die Bauklempner Berlins ausgesperrt, weil diese sich einen Tarif nicht aufdrängen lassen wollten, der ganz bedeutende Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen enthält.

Drei Wochen dauert nun die Aussperrung und da die Klempnermeister sehen, daß den Bauklempnern mit der bisherigen Taktik nicht beigekommen ist, wird jetzt ein anderer Weg versucht.

Eine Reihe Klempnermeister und der Reichsweiser der Innung (Bureau der Röhrenmacher) suchen durch große Inserate in auswärtigen Zeitungen arbeitswillige Klempner nach Berlin zu ziehen.

Es werden 72½ Pf. Lohn versprochen. Aber was nützt den Kollegen der Lohnsatz, wenn im Alford gearbeitet, hierbei jede Lohngarantie abgelehnt wird und die Alfordpreise derartig sind, daß selbst eingearbeitete Kollegen erheblich unter ihrem Lohn bleiben.

Wir ersuchen unsere Kollegen dringend, jetzt doppelt und dreifach ihre Schuldigkeit zu tun. Niemand darf seine Pflicht vernachlässigen.

Die Kollegen und Genossen außerhalb Berlins ersuchen wir ebenfalls dringend, jeden Klempner vor Zugang nach Berlin zu warnen.

Die nach Berlin kommenden Klempner sollen Streikbrecher werden. Die Klempnermeister glauben, daß die Krise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit geeignet sind, auswärtige Klempner zum Verrat an ihren Berliner Kollegen zu verleiten. Wir erwarten von unseren auswärtigen Kollegen auf das Bestimmteste, daß sie diese Hoffnungen der Klempnermeister zerstören.

Angleich bitten wir auch alle Bauarbeiter, uns in diesem Kampfe zu unterstützen.

Die zu den neuen Bedingungen arbeitenden Bauklempner haben Arbeitsberechtigungskarten. Wir ersuchen die Bauarbeiter, jeden Klempner nach diesen Karten zu fragen.

Schließlich möchten wir noch die arbeiterfreundliche Presse in Deutschland ersuchen, die obensiehende Notiz nachzudrucken, um so dazu beizutragen, daß jeder Klempner von den schwarzen Plänen der Berliner Klempnermeister informiert wird.

### Deutscher Metallarbeiter-Verein.

#### Drittwahlverwaltung Berlin.

### Meisierbeschuß der Holzarbeiter.

Die Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes, die gestern Abend Freyers großen Saal bis auf den letzten Platz füllte, beschäftigte sich mit der bevorstehenden Meisier. Wie der Vorsitzende Glocke unter anderem ausführte, ist bereits in Verwaltungs- und kombinierter Sitzung eingehend die Angelegenheit beraten worden, ebenso wie in Werkstattsitzungen und Bezirken dazu Stellung genommen wurde. — Der Redner empfahl im Namen der Verwaltung folgende Resolution:

„Die Versammlung erklärt, daß nur durch strikte Arbeitsruhe die Feier des 1. Mai würdig gefeiert wird. Sie macht es deshalb den Vertrauensleuten zur Pflicht, trotz der Aussperrungsbeschlüsse der Unternehmer auch in diesem Jahre wieder darauf hinzuwirken, daß die Kollegen am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen.“

Diese Resolution wurde nach kurzer Debatte von der von ungefähr 2000 Vertrauensleuten besuchten Versammlung gegen vereinzelte Stimmen angenommen.

### Die Tarifbewegung der Bauanschläger.

Wie schon in der letzten Sonntagsnummer des „Vorwärts“ bekanntgegeben wurde, haben die streikenden Bauanschläger, nachdem am Freitag eine Vereinbarung mit den Arbeitgebern zustande gekommen war, beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen, was denn auch am Montag bereits geschehen ist. Am Montagabend fand in den Andreaskirchen eine allgemeine Versammlung der Bauanschläger Berlins und Umgegend statt, in der Hande über die gegenwärtige Situation und die Verhandlungen mit den Arbeitgebern berichtete. Der Arbeitgeberschutzverband hatte am 8. April im Annoncenteil bürgerlicher Blätter eine Erklärung veröffentlicht, die als Berichtigung auf den Bericht in Nr. 80 des „Vorwärts“ gelten sollte. Die Arbeitgeber wollten es nicht gewesen sein, die die Verhandlungen abgebrochen hätten und erklärten, daß die zehnprozentige Lohnherabsetzung nur dazu dienen sollte, die Arbeitnehmer zu Verhandlungen zu zwingen. Die Kommission hielt es für überflüssig, etwa gar auf dem selben Wege eine Gegenerklärung zu veröffentlichen, da sie ja oft genug ihre Vereinstätigkeit zu verhandeln kundgegeben hatte.

Am ersten Ostertag traf dann ein Schreiben der Arbeitgeber ein, worin gesagt wurde, daß, wenn es wahr wäre, daß die Kommission zu verhandeln bereit sei, möge sie einen dahingehenden schriftlichen Antrag stellen. Daraufhin hielt die Kommission am Dienstag eine Sitzung ab und antwortete den Arbeitgebern, daß sie sich ja schon immer zu verhandeln bereit erklärt habe; wenn das aber unter den Arbeitgebern gleichwohl noch nicht genügend bekannt sei, so erkläre die Kommission sich hiermit nochmals dazu bereit. Sollten auch die Arbeitgeber verhandeln, so möchten sie mitteilen, wann dies geschehen solle. — Der Redner verlas die von beiden Seiten geschickten Schreiben und berichtete dann über die Verhandlungen, die am 16. April stattgefunden haben und zu dem Ergebnis führten, daß die Arbeitgeber die Lohnabzüge zurücknahmen, daß die alten Preise vorerst weiter bezahlt werden und die Parteien zur Beratung über einen neuen Tarifvertrag zusammenzutreten, sowie daß die Aussperrung und der Streik aufgehoben werden. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Hinsichtlich der Wiedereinstellung der Streikenden erklärten die Arbeitgeber, daß nicht sogleich alle wieder eingestellt werden könnten, verpflichteten sich jedoch dazu, daß bei Bedarf an Arbeitskräften erst die Anschläger eingestellt werden sollten, die noch vom Streik oder der Aussperrung arbeitslos blieben. Dies wurde auch protokolllarisch festgelegt. — Weiterens sind, wie der Redner später mitteilte, von den 155 Streikenden nur 25 bis 30 am Montag nicht wieder eingestellt worden. Bemerkenswert ist auch, daß ein Arbeitgeber, der bei den Verhandlungen erklärt hatte, er habe während des Streiks Leute auf zweijährigen Kontrakt angenommen, die er doch nun unmöglich entlassen könne, alle seine alten Anschläger wieder eingestellt hat. — Die Arbeitgeberschutzverband erklärte sich nur unter dem Vorbehalt, daß ihre Kollegen sich der Vereinbarung zustimmten, mit dieser einverstanden. Da mit der Zurückziehung der Lohnabzüge, die ja übrigens nur von einem kleinen Teil der Arbeitgeber angeboten worden waren, der Zweck des Streiks erreicht war, gab die Versammlung der Streikenden

am Sonnabend der Vereinbarung ihre Zustimmung. Sie ist auch von der Generalversammlung der Arbeitgeber gutgeheißen worden. Somit ist der Friede, oder wenigstens ein Waffenstillstand, eingetreten. Die Arbeitgeber wünschen, daß der neue Tarifvertrag bis zum 1. Mai fertiggestellt wird; der Redner bemerkt dazu, daß es die Kommission der Arbeitnehmer an nichts fehlen lassen werde, um dem Rechnung zu tragen. Es frage sich nun, wie der neue Tarif ausfallen solle. Die Arbeitgeber hätten ja erklärt, daß sie keine Reduzierung, sondern nur eine Regulierung der Preise wollten, und das könne nur so verstanden werden, daß, wenn wirklich an einzelnen Positionen Abzüge gemacht würden, an anderen ein hinreichender Ausgleich geschaffen werden müßte. Im übrigen aber müsse, wenn dem Wunsch der Arbeitgeber entsprechend ein Tarifvertrag auf mehrere Jahre abgeschlossen werde, Rücksicht auf die ständige und durch die Steuervorlagen in Aussicht gestellte weitere Verteuerung der Lebenshaltung genommen und eine demgemäße Erhöhung des Verdienstes festgelegt werden. Der Redner sprach jedoch die Erwartung aus, daß die Arbeitgeber aus dem konsequent durchgeführten Streik wie aus dem Röhlingen ihrer eigenen Taktik gute Lehren gezogen haben und nun bereit sein werden, einen annehmbaren Tarif abzuschließen und damit den Frieden zu sichern. Selbstverständlich hat die Gesamtheit der Bauanschläger schließlich darüber zu entscheiden, ob ein durch die Verhandlungen zustande kommender Tarifvertrag Geltung erhalten soll oder nicht. — In der Diskussion erklärte man sich im allgemeinen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, betonte aber besonders, daß ein mehrjähriger Vertrag ohne Lohnerböhrungen nicht annehmbar sei, also nicht zu dauerndem Frieden führen könne. Die Versammlung erklärte sich schließlich in einer Resolution einstimmig mit dem Verhalten der Kommission einverstanden und erteilte ihr den Auftrag, die Verhandlungen mit den Arbeitgebern weiterzuführen.

Eine Arbeitsniederlegung hat unter den am Brückenbau im Hafengelände zu Spandau beschäftigten Eisenarbeitern stattgefunden. Die Arbeit wird von der Firma Juchow-Dortmund ausgeführt. Diese zahlte den Arbeitern bisher angeblich einen Stundenlohn von 42 Pf. Da die Verhältnisse hier in Spandau ziemlich teuer sind, so war es vorauszu sehen, daß die dort beschäftigten Arbeiter mit dem Lohn nicht auskommen konnten. Sie verlangten eine Lohnerhöhung von 13 Pf. pro Stunde. Der Stundenlohn von 55 Pf. ist für Spandauer Verhältnisse als durchaus gerechtfertigt anzusehen. Die Firma hat sich geweigert, die Erhöhung zu zahlen, und stellten die Arbeiter infolgedessen die Arbeit ein. Ein großer Teil der Arbeiter hat aber sofort wieder Beschäftigung beim Brückenbau an der Herstraße gefunden. Wie ein Spandauer Lokalblatt meldet, soll die Arbeit am Brückenbau im Hafengelände mit den noch vorhandenen Arbeitskräften einweilen fortgesetzt werden, bis neue Leute eingestellt sind. Die Firma Juchow reflektiert gewiß auch auf ausländische Arbeiter, Polen, Ruthenen, Galizier usw., denen sie schließlich nicht einmal 42 Pf. Stundenlohn zahlen wird. Pflicht der städtischen Bauverwaltung wird es aber sein, darauf zu achten, daß die Arbeit auch gut und gewissenhaft ausgeführt wird. Wenn dies geschieht, dann wird die Firma bald zu der Einsicht kommen, daß sie mit geübten Arbeitern bei höherem Lohn noch besser wegkommt, als mit den billigen ausländischen Arbeitern. Unsere Genossen im Spandauer Stadthause werden gut tun, wenn sie hierauf scharf ihr Augenmerk richten und rücksichtslos verlangen, daß die Firma ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllt.

### Achtung! Autscher und Lagerhalter!

Bei der Firma F. D. Rauch, Hündwaren und Hausbedarfsartikel, Andreasstr. 40, sind sämtliche Autscher und Lagerarbeiter wegen Lohn- und Arbeitsdifferenzen ausgesperrt worden. Die Firma ist für die in Frage kommenden Kollegen gesperrt.

### Deutscher Transportarbeiter-Verband.

#### Verwaltung II.

### Deutsches Reich.

#### Schwarze Listen.

In Mankenburg am Harz streiken die Steinmehlen bei der Firma Gebrüder Schönfeld. Infolge dessen hat der Landesverband der Bauarbeiter-Verbände im Herzogtum Braunschweig folgendes Schreiben an seine Mitglieder gerichtet:

Bei der Firma Gebrüder Schönfeld in Mankenburg, Harz, Mitglied des dortigen Arbeitgeberverbandes, haben die nachbenannten Steinmehlen, welche zum Teil auch Maurer sind, die Arbeit niedergelegt, weil ihre Lohnforderung nicht bewilligt wurde.

Wir bitten, die streikenden Arbeitnehmer nicht zu beschäftigen und etwa bereits Eingestellte sofort wieder zu entlassen.

#### Hochachtungsvoll

Der Vorstand des Landesverbandes der Bauarbeiter-Verbände im Herzogtum Braunschweig.  
Franz Kusmeyer, Vorsitzender.

Sodann folgen Namen, Geburtsort, -Jahr und -Ort von dreizehn Ausständigen, die so durch die Hungerpeitsche der Unternehmer wieder in ihr Joch zurückgetrieben werden sollen.

### Der Streik der Streikbrecher.

Seit dem 1. April befinden sich die Zimmerer, Maurer und Bauarbeiter von Waldrode im Aufstande. Gefordert werden von ihnen 48 Pf. gegen bisher 45 Pf. bei zehnstündiger Arbeitszeit. Die Unternehmer verjagen arbeitswillige aus Berlin heranzuziehen. Als auch daraufhin etliche derselben in Waldrode anlangen, wollten die Meister ihre Versprechungen nicht halten. Verdienen sollten die Leute nämlich Berliner Lohn. Als den Arbeitswilligen 45 Pf. angeboten wurden, verließen dieselben sofort wieder den Streikort. Zugang ist fernzuhalten.

Der Schuhmacherstreik in Mannheim ist beendet. Die Verhandlungen führten zu einem Vergleich, nach dem den Schuhmachern eine minimale Lohnerböhrung zugesichert ist. Alle Ausständigen wurden wieder untergebracht.

### Drohender Generalfreist im Vaugewerbe.

Da die Bauunternehmer in Schwarzweber eine Reduzierung des Stundenlohnes für Maurer und Zimmerer von 60 auf 50 Pf. vornehmen wollen, droht zum 1. Mai im Verbandsbezirk Schwarzweber, der 26 Ortschaften umfaßt, der Generalfreist auszubrechen.

### Ausland.

#### Die Bewegung der Eisenbahner.

Paris, 21. April. Der Verband der Lokomotivführer und Heizer der Nordbahn hielt gestern einen Kongreß ab, dem 47 Delegierte beizwohnten. Es wurde eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die der Bahngesellschaft unterbreitet werden sollen. Nach dem Kongreß wurde eine Kollekte zugunsten der Ausständigen von Rouen vorgenommen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Lage in der Türkei.

Salonik, 21. April. (B. T. B.) In Komiteekreisen wird behauptet, daß alle Bedingungen des Komitees in Konstantinopel angenommen worden seien.

Reichstag.

214. Sitzung vom Mittwoch, den 21. April, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung der Petition betr. Abänderung bzw. Aufhebung des § 13 des Zolltarifgesetzes (Verlängerung der Frist zur Aufhebung der städtischen Oktroi bis zum 31. Dezember 1917). Die Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Wölzl (nat.) beantragt, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen mit der Mahngabe, die Frist bis zum 31. Dezember 1914 zu verlängern.

Abg. Erzberger (Z.): Die Vorwürfe gegen das Zentrum sind sehr unberechtigt; alle bürgerlichen Parteien sind in dieser Frage geteilt. Das Zentrum war bereits im Jahre 1902 bei der Abstimmung über den § 13 geteilt und es hat diese geteilte Stellung auch heute. Das die Herren aus Bayern dem Antrage Wölzl zustimmen, ist verständlich, weil gerade die bayerischen Städte unter der Aufhebung des Oktroi schwer leiden würden. Immerhin meine ich, gerade weil wir die Hölle zum Schuge der Landwirtschaft brauchen, daß wir diese Inlandszölle nicht beibehalten dürfen. Auch aus Respekt vor der Gesetzgebung sollte man die beschlossene Frist jetzt nicht ändern. Interessant ist es, daß gestern gerade die Herren vom Bundesrat gegen die bestehende gesetzliche Bestimmung Sturm liefen. Ich bitte, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Ulrich (Soz.):

Der Verlauf der Debatte über die Petition und den Antrag Wölzl zeigt klar und deutlich, daß es sich um weit mehr handelt als bloß um die Verlängerung der Hinausschiebung der in dem § 13 des Zolltarifgesetzes festgelegten Frist. Es handelt sich vielmehr darum, § 13 des Zolltarifgesetzes vollständig zu beseitigen. Die Petition will die Verlängerung des Termins zur Aufhebung des städtischen Oktroi bis zum 31. Dezember 1917. Die Herren sind Gemütsmenschen; sie denken: wenn schon, denn schon! Seit 1902 sind bereits 7-8 Jahre verstrichen, nun wird der Termin nochmals um 8-9 Jahre hinausgeschoben, und dann haben sie ja Recht, den § 13 vollständig illusorisch zu machen. Aus der Art der Verhandlung geht deutlich hervor, daß es sich um die Beseitigung, nicht um die Verlängerung des § 13 handelt, und ich fürchte, daß sich dann die Möglichkeit eröffnet, daß auch andere Städte, die den Oktroi noch nicht haben, dazu übergehen, einen Teil der Gemeindefürsorge auf diesen indirekten Wege zu erheben. Dann haben die Arbeiter und Beamten die Lasten zu tragen, und die leistungsfähigen Schultern, die bei direkten Steuern entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen werden könnten, würden entlastet werden.

Interessant war mir, wie Herr Erzberger seine Fraktion verteidigte. Er meinte, nur das Zentrum sei angegriffen worden, während doch a l l e bürgerlichen Parteien in dieser Frage zuständig seien. Uns fällt es nicht ein, nur das Zentrum anzugreifen. Es ist merkwürdig, daß sich jetzt, wo es sich um Beseitigung einer gesetzlichen Bestimmung handelt, in jeder Partei Mitglieder finden, die dazu bereit sind. Schon diese Bereitwilligkeit ist höchst verdächtig und beweist, daß man den ganzen Paragrafen beseitigen möchte und nur den Moment, in welchem man 500 Millionen neue Steuern verlangt, nicht dazu für geeignet hält. Wir werden es auf keinen Fall mitmachen, Gemeindefürsorge zu ermöglichen, ihre indirekten Steuern aufrechtzuerhalten. Wir werden geschlossen für die Aufrechterhaltung des § 13 des Zolltarifgesetzes stimmen. Die bürgerlichen Parteien zeigen allerdings ein merkwürdiges Bild der Zerfahrenheit.

Läßt man sie Revue passieren, so sieht man, wie der national-liberale Herr Wölzl den Nationalliberalen Wasserfmann aus dem Sattel hebt. Dasselbe Bild bieten die Freisinnigen. Dort haben Herr Manz und Herr Gothein sich gegenseitig aus dem Sattel geholt (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Im Zentrum das selbe Spiel. Als mutiger Retter steht an erster Stelle der Senior des Zentrums, Herr Kollege Lender. Er hat gestern neue interessante Töne angeschlagen: er meinte, es handle sich hier um einen Verfassungsverstoß, um einen Gewaltakt des Reiches gegen die Einzelstaaten und Gemeinden. Die Gemeinden, meint er, haben selbst darüber zu bestimmen, ob sie den Oktroi erheben wollen oder nicht, und das Reich breche mit dem § 13 des Zolltarifgesetzes in ihr Selbstverwaltungsrecht ein. Herr Speck wiederum ist prinzipiell für die Beseitigung des Oktroi ganz

wie der Herr Kollege Manz und will nur aus denselben Gründen wie dieser ihn jetzt nicht beistimmen. Zum Standpunkt des Herrn Lender steht diese Auffassung in einem ebenso schroffen Widerspruch als zu dem des Herrn Erzberger, der den Oktroi beseitigen will. Das Zentrum zeigt also nicht wie die anderen Parteien nur zwei, sondern drei Ansichten. Es hat nicht ein doppeltes, sondern ein dreifaches Gesicht. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) — Auch bei den Konservativen sind zweierlei Ansichten, was uns um so mehr wundert, als diese Herren im Jahre 1902 geschlossen für den § 13 stimmten. Offenbar war das damals notwendig, um diejenigen, die nicht unbedingt für die Hölle waren, einigermaßen irreführen. In der Tat ist das damals auch gelungen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Pfeiffer meinte, man müßte Milde walten lassen und den Gemeinden die Frist verlängern. Aber es zeigte sich schon der Pferdeschuh, als er hinzugesetzte, man könne ja festlegen, daß der am 1. Januar erhobene Oktroi nicht erhöht und da, wo er nicht besteht, nicht eingeführt werden dürfe. Diese Gefahr liegt also vor. Wenn ich die Haltung der Herren betrachte, so komme ich zu der Meinung, daß, wenn auch die Petition und der Antrag Wölzl nicht gerade bestellte Arbeit sind, im Bundesrat doch Herren sitzen, deren Neigungen mit denen der Parteien übereinstimmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Deswegen haben wir alle Ursache, darauf zu setzen, daß mit möglichst großer Mehrheit den Herren am Bundesratsitzung klar gemacht wird, daß der Reichstag keine Lust hat, sich durch Annahme des Antrages Wölzl selbst ins Gesicht zu schlagen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Herr Wölzl meinte, selbst ein hartherziger Gläubiger über doch gern Gebuld mit einem armen Schuldner. Hier handelt sich's aber nicht um einen armen unglücklichen Schuldner, sondern einfach um die Einklassierung eines akzeptierten Wechsel. Würde dieser Wechsel nicht akzeptiert, so handelt es sich um einen dolosen Schuldner, dem man das Recht nehmen muß, Wechsel zu akzeptieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Wölzl hat auch darauf verwiesen, daß sogar bei uns Reigung bestände, den Gemeinden das System der indirekten Steuern zu überlassen. Aber da irt er gründlich. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Bei dem System der Verbrauchssteuern handelt es sich um ein System des Hungerens der Menge der städtischen Bevölkerung. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Herr Erzberger unter seinen Freunden nicht allein, als einziger weicher Rabe unter seinen sonst schwarzen Kollegen. (Heiterkeit.) Auch Herr Wasserfmann wird hoffentlich seinen Einfluß benutzen, um zu bewirken, daß nicht alle Freunde aus seiner Fraktion bei dem Antrage Wölzl einschwenken wie ein preußischer Unteroffizier, bis auf ihn, den einen Führer, der nicht mitmacht. (Zuruf des Abg. Wasserfmann.) Herr Wasserfmann rief mir zu, das traue nicht zu, die Mehrheit seiner Fraktion werde für den Uebergang zur Tagesordnung stimmen. Ich registriere das gern. Uebrigens haben wir ja namentliche Abstimmung beantragt und werden bald die Probe aufs Exempel machen können.

Der Abg. Lender steht auf dem Standpunkt, daß die Armen und Vermitteln der Bevölkerung neben der Ausbeutung durch die indirekten Steuern auch noch durch die städtischen Steuern ausgebeutet werden sollen. (Abg. Lender rief: Meine Freunde haben ein ebenso warmes Herz für die Arbeiter wie Sie!) Wenn der Zuruf des Kollegen Lender richtig ist, dann muß er Arm in Arm mit uns gegen den Antrag Wölzl losgehen.

Der Abgeordnete Erzberger hat gemeint, daß alle jene, die die heutige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung aufrechterhalten wollen, gegen den Antrag Wölzl stimmen müssen. Ich akzeptiere das auch, aber ich muß sagen, daß wir Sozialdemokraten nicht zu denen zählen, die die heutige Wirtschaftsordnung aufrecht erhalten wollen. Trotzdem aber werden wir für den § 13 stimmen. Das erklärt sich daraus, daß wir gegen das bestehende Wirtschaftssystem und für ein vernünftigeres und besseres sind.

Ich bin der Meinung, daß der § 13 unter allen Umständen aufrecht erhalten werden muß. Denn wenn er beseitigt wird, wird das Vertrauen zum Reichstag in der Masse des Volkes noch mehr schwinden, als es bisher schon der Fall ist.

Es ist die Beschränkung ausgesprochen worden, daß Wegher und Wäcker trotz Aufhebung des Oktroi mit den Preisen nicht herabgehen würden. Das halte ich für ausgeschlossen. Ich kann als Beweis für meine Meinung die Tatsache anführen, daß in Offenbach unmittelbar nach dem Wegfall des städtischen Oktroi die Wegher sofort mit dem Preise herabgingen und ausdrücklich erklärten, sie seien jetzt in der Lage, den Preis herabzusetzen. Es läßt sich leicht berechnen, daß die Herabsetzung der Brotpreise

nur um einen Pfennig pro Pfund für eine Arbeiterfamilie mit 5-6 Köpfen eine jährliche Ersparnis von über 20 M. bedeutet, also ungefähr einem durchschnittlichen Wochenarbeitslohn gleichkommt. Wenn Sie dazu noch die Reduktion der Fleischpreise rechnen, so ergibt sich für die Arbeiter ein Vorteil von mehr als 20 M. Wochenlöhnen, wogegen die Erhöhung der Kommunalsteuerzuschläge gar nicht in Betracht kommt. Die Verhältnisse sind tatsächlich derartig, daß wir mit Recht im Interesse der Armen und Vermitteln fordern müssen, daß der § 13 bestehen bleibt. Und das um so mehr, als wir angesichts der drohenden neuen Steuern einen wahren

Sturm von Petitionen aus allen Kreisen der Beamtenschaft

erhalten haben, in denen immer wieder betont wird, daß infolge des neuen Zolltarifs die Lebensmittel gestiegen und die Preise der einzelnen Lebensbedürfnisse so gewachsen sind, daß man die Beamtensubventionen schwindend bis 1908 erhöhen müsse. Wenn Sie die städtischen Oktroi nicht aufheben, so werden diese ungeheuren Schäden, die die Bevölkerung erlitten hat, noch vermehrt werden. Das kann nicht Ihre Absicht sein. Ich erwarte allerdings eine solche Haltung nur von jener Seite, die auf dem Standpunkt steht, daß indirekte Steuern überhaupt ein Unglück sind. Kein geringeres als der Mann, den Sie den Heros des vorigen Jahrhunderts nennen, Friedrich Wismar, war es, der seinerzeit bei der Frage der indirekten Besteuerung erklärte, daß er grundsätzlich für die Aufhebung aller indirekten Steuern sei. Die Masse muß beim Brot und beim Fleisch, bei allem, was sie genießt, Zoll zahlen, sie weiß nur nicht, daß sie ihn zahlt. Und auf dieser Unwissenheit basiert die ganze Herrschaft derjenigen, die da behaupten, daß es unmöglich ist, die indirekten Steuern abzuschaffen. Es ist notwendig, daß man tatsächlich weiß, was man an Steuern zahlt. (Lebh. Zustimmung d. d. Sozialdemokr.) Es handelt sich bei der Petition, über die wir hier beraten, um eine solche, die 1302 deutsche Gemeinden unterfassen. Von diesen sind 1172 bayerische, so daß das übrige Deutsche Reich im ganzen 230 Städte aufweist, die für Beibehaltung des Oktroi eintreten, und das sind durchweg Städte, die wohl in der Lage wären, wenn sie wollten, das Oktroi aufzuheben. In ganz Deutschland haben wir 125 000 Gemeinden, so daß man sagen kann, daß noch nicht 1,1 Proz. in Frage kommt. Wegen dieser 1,1 Proz. sollen wir ein Versprechen, das der Reichstag gegeben hat, brechen, sollen wir uns hinstellen wie ein Mann, der einen ausgefallenen Wechsel nicht einlösen kann, nein, nicht einlösen will. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auch von diesem Standpunkt aus sollten Sie den Antrag Wölzl ablehnen. Wir haben harte Kämpfe durchgemacht, um die Befreiung der Armen und Vermitteln zu verhindern. Wir haben den Reichszollwucher bekämpft und bekämpfen auch den Gemeindezollwucher. Deshalb haben wir alle Ursache, treu zu halten an unserem Wort. Wir dürfen die Fortsetzung der Gemeindezölle nicht gutheißen. Wir müssen unter allen Umständen gegen den Antrag Wölzl stimmen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wölzl (nat.) empfiehlt nochmals seinen Antrag.

Abg. Speck (Z.) fordert zur Vertäue Schuppels auf, der Anhänger der Schuppelpolitik sei. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Redner polemisiert sodann namentlich gegen den Abg. Gothein: Wenn Anhänger des Freisinnigen anderen Parteien Prinzipienlosigkeit vorwerfen, so wirkt das einfach komisch. Man denke an die Vorgänge beim Vereinsgesetz. (Sehr gut! im Zentrum und b. d. Sozialdemokraten.) Herr Gothein antwortete gestern zwar auf einen dahingehenden Zwischenruf, er habe sich an jenen Vorgängen nicht beteiligt. Damit erkennt er selbst die Verletzung des Vorwurfs der Prinzipienlosigkeit an, soweit er nicht ihn, sondern seine Partei trifft. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Man denke auch an die widerspruchsvolle Haltung des Freisinnigen in der Polenpolitik. Der Freisinn hier im Reichstage hat für die Ostmarkenzulage gestimmt. (Hört! hört! im Zentrum.) Der Freisinn möge also vor seiner eigenen Tür lehren! Redner erklärt nochmals, prinzipiell gegen städtische Oktroi und nur aus Opportunitätsgründen für Fristverlängerung zu sein.

Abg. Wasserfmann (nat.) erklärt sich nochmals im Namen eines großen Teiles seiner politischen Freunde für den Kommissionsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung und gegen den Antrag Wölzl. Die Aufhebung der städtischen Oktroi war 1902 für große Teile der nationalliberalen und der Zentrumspartei eine Kompensation, ohne die sie nicht für den Zolltarif gestimmt hätten. (Hört! hört!) Redner verliest dahingehende Äußerungen des Zentrumsgeschiedenen Herold. Auch in der dritten Lesung wurde neben der Witwen- und Waisenversicherung gerade der Konpensationswert der Oktroiabschaffung betont. Es wäre sozialpolitisch

Kleines feuilleton.

Kiazi Bey. Von Kiazi Bey, der neben Enver Bey der Hauptführer der jungtürkischen Bewegung ist, gibt Sefer Bey in der Revue ein interessantes, genauer Kenntnis entstammendes Charakterbild. Er nennt ihn die größte Gefahr der türkischen Revolution; denn Kiazi Bey war der erste, der an der Spitze einer kleinen Schar Getreuer von seiner Heimatstadt Nedna aus den Angriff des Jungtürkentums auf das alte Regime einleitete und damit den Stein ins Rollen brachte, der den Absolutismus in der Türkei zertrümmerte. Der kühne Offizier hat schon in früher Jugend freibüchliche Ideen in sich aufgenommen. Durch seinen französischen Lehrer, einen Offizier, lernte er in Monastir zuerst die Bedeutung der französischen Revolution kennen. Als junger Leutnant rief ihn sein Schicksal nach Thessalien; er nahm an dem Kriege gegen Griechenland teil, in der Schlacht bei Vuchinar zeichnete er sich auf den Höhen von Volo durch seine Tapferkeit aus. Der kommandierende General entsandte ihn dann nach Konstantinopel als Begleiter der griechischen Gefangenen, die dem Sultan vorgeführt werden sollten. Hier lernte der junge Leutnant zum ersten Male das Leben im Palaste kennen mit allem seinen Prunk und all seinen Lasten; er sah die Günstlinge in ihrem Treiben, sah die großen Epikure, die im Alter von 25 oder 30 Jahren Admirals- oder Generalsuniform trugen und ihre Brust mit den höchsten Orden zieren konnten. Mit schärferm Blicken musterte er diese Schar eleganter Müßiggänger und arroganter Grobküher, deren Leben aus Intrigen bestand, und sein Staunen wurde bald zur Verachtung. Der Hofmarschall drückte ihm im Namen des Sultans 200 Frank in die Hand, während man dem Sohne des Marschall Kiazim-Pascha, einem dreizehnjährigen Knaben, den man zum Adjutanten des Sultans gemacht hatte, 5000 überreichte. Die Eindrücke, die Kiazi hier empfing, sollten ihn nicht mehr verlassen und von seinem Aufenthalt in Konstantinopel trug er einen leidenschaftlichen Haß gegen diese Kamarilla davon. Der Zufall führte ihn später in seine Heimatstadt zurück; er übernahm in Nedna das Kommando über ein Jägerbataillon. In Monastir, im Generalquartier des 3. Armeekorps, lernte er die Not und den Mangel der Soldaten kennen, die Bewissenlosigkeit von Vorgesetzten, die betrügerischen Lieferanten in die Hände arbeiteten und allen Verletzungen zugänglich waren. Aus der zornigen Empörung, die er damals empfing, entstand jene leidenschaftliche Entschlossenheit und jener begeisterte Wagemut, mit dem er die Bewegung gegen den Absolutismus einleitete und die ihn wie seine Kameraden Enver Bey und Eyub-Offendy zu Führern des türkischen Volkes werden ließ. Als sich in Monastir das Aktionskomitee bildete, war die Rolle der Pariser Theoretiker ausgespielt. In den ersten Junitagen gab Kiazi-Bey das Signal zur Erhebung. Mit 200 mit Mauthergewehren ausgerüsteten Anhängern trat er den Pariser von Nedna nach Monastir an. Der Tod oder die Freiheit war die Losung dieser kleinen Schar. In dem Augenblick, da Kiazi-Bey an der Spitze seiner Getreuen gegen Monastir aufbrach, richtete er an den ersten Sekretär des Sultans, den da-

maligen Generalinspektur Hilmi-Pascha, ein kurzes, kühnes Telegramm, in dem er den sofortigen Erlaß einer Konstitution forderte. Der Zug Kiazi-Bey mit seinen 200 Mann wurde die entscheidende Tat, die das morsche Gebäude des alten Regimes zertrümmerte. Es bildeten sich sofort 20 ähnliche Gruppen, das jungtürkische Komitee nahm die von Kiazi-Bey eingeleitete Politik der Tat sofort auf und das Ende war der Erlaß der Konstitution.

Konstantinopels Belagerungen. Schwierig gibt es — auch Paris nicht ausgenommen — eine Stadt, die so oft belagert und erobert und durch Aufstände mitgenommen worden ist, wie Konstantinopel. Bekannt sind die Kämpfe zwischen den Mousen und Griechen und besonders der sieben Tage lang währende Nikausaufstand 532, bei dem 30 000 Menschen von Belisar niedergemetzelt wurden. Belagert wurde die Stadt mehrfach von den Arabern, zweimal von den Persern unter Chosroes, zweimal von den Arabern, die dem „griechischen Feuer“ weichen mußten. 923 bestürmten sie die Bulgaren, was sich vielleichte noch einmal wiederholt, 1208 eroberten und verwüsteten sie die Kreuzfahrer. 1295 beschloßen die Venezianer Konstantinopel und 1396 bedrängte es Sultan Bajezid. Noch einem anderen osmanischen Anführer 1422 wurde es 1453 endlich von Mohammed II. erobert. Seitdem war es von äußeren Feinden verschont, wenn auch 1684 und 1878 feindliche Truppen nahe heranrückten und es ernstlich bedrohten. Dagegen gab es genug Aufstände und Massaker: 1821, wo die Griechen niedergemetzelt, und 1826, da die aufrührerischen Janitscharen vernichtet wurden. 1853 und 1876 ereegten die Sostas Aufstände und vor wenigen Jahren erst waren die furchtbaren „Armenierflachten“, die noch in feischen Erinnerungen sind.

Humor und Satire.

Prophezie.

End, von Allahs Gnaden Sultan, kranker Mann am Vospornis, sah man lange mit Gebuld an, doch nun droht ein jäher Schlag.

Sicher ist bekanntlich sicher: die Geschichte demonstriert, daß ein Eid, ein königlicher, einzwelddrei gebrochen wird.

Ihr auch, wad'rer Abdul Hamid, der auf die Verfassung schwor, nehmt es nicht bedanklich damit . . . Deshalb bengt man lieber vor.

Die chirurgischen Methoden

bieten sicherste Gewahe: liegt der Schädel erst am Boden, bricht er keine Eide mehr.

Franz.

Notizen.

Die Luftschiffahrt in der Hochschule. Dieser Tage wird das erste Kolleg über Luftschiffahrt an der Göttinger

Universität gelesen werden. Die Vorlesungen hält Prof. Dr. Prandtl, der vom Kultusministerium den Auftrag erhalten hat, das gesamte Gebiet der Aeronautik (Luftschiffahrt) zu behandeln. Das erste Thema lautet: „Wissenschaftliche Grundlagen der Luftschiffahrt“. Es werden auch praktische Vorfahrungen durch kleine Modelle stattfinden, ja es sollen der Göttinger Universität sogar Modellversuchsanstalten für Luftschiffahrt und Flugmaschinen nebst einem Laboratorium zur Verfügung gestellt werden. Die Mittel hat, wie es heißt, die Göttinger Vereinigung für angewandte Physik und Mathematik sowie die Motorluftschiffahrts-Gesellschaft gespendet. Daß diese „Spende“ ihre gehörigen Jinsen trägt, dafür dürfte wohl gesorgt werden.

Ein unbekanntes Spinoza-Bildnis aus den Jugendjahren des Philosophen wird im Kaiserhof von Westermanns Monatsheften veröffentlicht. Es stellt Spinoza mit krauem, kurzem Haar und Schmurr- und Wadenbart dar. Es ist das einzige Bildnis, das den gefunden, noch nicht mit der Schminndacht behafteten Spinoza, und zwar im besten und kräftigsten Jünglingsalter zeigt. Das Portrait soll aus dem Jahre 1660 stammen.

Die Anzahl der Monde in unserem Planetensystem, die wir kennen, ist nach einer Berechnung des „Prometheus“ mit dem im vergangenen Jahre auf der Sternwarte in Greenwich entdeckten achten Jupiter-Mond auf 26 gestiegen. Der Saturn hat die meisten Monde, denn diesen Planeten umkreisen nicht weniger als zehn Trabanten. Von den acht Jupiter-Monden ist die Bahn des letztentdeckten, der für die Umkreisung seines Planeten mehrere Erd-Jahre gebraucht, noch nicht mit Sicherheit bestimmt. Der Uranus hat vier Monde, der Mars zwei und Neptun und Erde haben je einen. Venus und Merkur scheinen keine Monde zu haben. Von den jetzt bekannten 26 Monden sind 16 nach dem Jahre 1787 erst entdeckt worden, und zwar alle von englischen und amerikanischen Sternwarten.

Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten hat sich von 1790-1900 auf das Neunzehnfache vermehrt. Dieses Resultat geht aus einer Untersuchung hervor, die der Direktor des Zensusbureaus über die erste Volkszählung der Vereinigten Staaten im Jahre 1790 veröffentlicht. Die weiße Bevölkerung ist von 3 172 444 Köpfen im Jahre 1790 auf 66 809 193 im Jahre 1900 angewachsen, die Regenbevölkerung in der gleichen Zeit von 757 378 auf 8 833 904. Dabei war das männliche Geschlecht immer in der Ueberzahl. Die durchschnittliche Größe einer Familie ist von 5,8 Personen im Jahre 1790 auf 4,6 im Jahre 1900 gesunken; nach dem Verhältnis des ersten Jahres müßte es 1900 in den Vereinigten Staaten 80 1/2 Millionen Kinder gegeben haben, während nur weniger als 24 Millionen gezählt wurden. Wertwüdig ist eine Ramenstatistik. Im Jahre 1790 standen die Smiths bei weitem an der Spitze, mit 33 245 dieses Namens; dann folgten die Browns, Davis, Jones, Johnson, Clark, Williams, Miller und Wilson. Diese neun Namen stellten 4 Prozent der gesamten weißen Bevölkerung von 1790 dar.

rief bedenklich, wenn jetzt das eine der beiden großen Kompensationsobjekte beseitigt würde. (Lebhafte Zustimmung links.)

Hiermit schließt die Beratung.

Eine lange persönliche Bemerkung des Abg. Gothein (fr. Bg.) geht im tosenden Lärm der Reden und des Zentrums unter.

Abg. Böhl (natl.), der nunmehr das Wort zu einer persönlichen Bemerkung erhält, verzichtet unter sarkastischer Heiterkeit aufs Wort.

Abg. Wassermann (natl.) zur Geschäftsordnung: Es dürfte genügen, wenn nur über den Kommissionsantrag namentlich abgestimmt wird.

Abg. Singer (Soz.) zur Geschäftsordnung: Der Vorschlag des Herrn Kollegen Wassermann erscheint nicht akzeptabel.

Abg. Wassermann (natl.) schlägt nunmehr vor, zunächst über den Kommissionsantrag namentlich abzustimmen. Das Haus pflichtet dem Vorschlag bei.

In der Abstimmung wird der Kommissionsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung mit 288 gegen 61 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen.

Es folgt die dritte Lesung des Antrags Brandts (Soz.) auf Freiheit des Grunderwerbs. Der Antrag wird debattelos in einfacher Abstimmung mit den Stimmen der Polen, Sozialdemokraten, Freisinnigen, des Zentrums und einzelner Mitglieder der übrigen Parteien angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrags Lattmann und Genossen (wirtsch. Bg.), der den Reichsanwalt um eine Abänderung des Patentgesetzes ersucht, durch welche die Erfindungen der technischen Angestellten und Arbeiter diesen in geistiger und materieller Hinsicht mehr als bisher geschützt werden.

Abg. Lattmann (wirtsch. Bg.): Das Patentgesetz schützt nicht den Erfinder, sondern die Erfindung. Ein Angestellter hat daher nur dann einen Anspruch, wenn festgestellt ist, daß sein Dienstherr überhaupt keinen Anspruch auf die Erfindung besitzt.

Abg. Dorn (fr. Bg.): Es hätte kaum des Antrages bedurft, um die Regierung zu veranlassen, die Initiative zur Regelung der berührten Frage zu ergreifen. Sie ist aber außerordentlich schwierig.

Abg. Dr. Jund (natl.): Die Frage, um die es sich handelt, wird erst bei einer Reform des ganzen Patentgesetzes geregelt werden. Trotzdem werden wir auch heute schon dem Antrage zustimmen.

Abg. Kaden (B.): Auch meine politischen Freunde werden dem Antrage zustimmen, da auch wir die Zustände auf dem Gebiete „Angestellter-Erfindungen“ für überaus reformbedürftig halten.

Abg. Dr. Frank-Rammheim (Soz.): Auch meine Freunde werden dem Antrage zustimmen. Aber die einschlägige Zustimmung, die der Antrag hier findet, ist nicht ein Vorzug, sondern eine Schwäche des Antrages.

Abg. Dr. Jund (natl.): Die Frage, um die es sich handelt, wird erst bei einer Reform des ganzen Patentgesetzes geregelt werden. Trotzdem werden wir auch heute schon dem Antrage zustimmen.

Abg. Kaden (B.): Auch meine politischen Freunde werden dem Antrage zustimmen, da auch wir die Zustände auf dem Gebiete „Angestellter-Erfindungen“ für überaus reformbedürftig halten.

Abg. Dr. Frank-Rammheim (Soz.): Auch meine Freunde werden dem Antrage zustimmen. Aber die einschlägige Zustimmung, die der Antrag hier findet, ist nicht ein Vorzug, sondern eine Schwäche des Antrages.

Abg. Dr. Jund (natl.): Die Frage, um die es sich handelt, wird erst bei einer Reform des ganzen Patentgesetzes geregelt werden. Trotzdem werden wir auch heute schon dem Antrage zustimmen.

Abg. Kaden (B.): Auch meine politischen Freunde werden dem Antrage zustimmen, da auch wir die Zustände auf dem Gebiete „Angestellter-Erfindungen“ für überaus reformbedürftig halten.

Abg. Dr. Frank-Rammheim (Soz.): Auch meine Freunde werden dem Antrage zustimmen. Aber die einschlägige Zustimmung, die der Antrag hier findet, ist nicht ein Vorzug, sondern eine Schwäche des Antrages.

Abg. Dr. Jund (natl.): Die Frage, um die es sich handelt, wird erst bei einer Reform des ganzen Patentgesetzes geregelt werden. Trotzdem werden wir auch heute schon dem Antrage zustimmen.

Abg. Kaden (B.): Auch meine politischen Freunde werden dem Antrage zustimmen, da auch wir die Zustände auf dem Gebiete „Angestellter-Erfindungen“ für überaus reformbedürftig halten.

Abg. Dr. Frank-Rammheim (Soz.): Auch meine Freunde werden dem Antrage zustimmen. Aber die einschlägige Zustimmung, die der Antrag hier findet, ist nicht ein Vorzug, sondern eine Schwäche des Antrages.

Abg. Dr. Jund (natl.): Die Frage, um die es sich handelt, wird erst bei einer Reform des ganzen Patentgesetzes geregelt werden. Trotzdem werden wir auch heute schon dem Antrage zustimmen.

Die Denkschrift über die Ausführung des An siedelungsge setzes seit 1908.

Die Subkommission beantragt, den Etat un verändert zu genehmigen und die Denkschrift für erledigt zu erklären.

Abg. Dr. Sen da (Pole): Die ganze An siedelungs politik hat nur den Zweck, die Polen von der Scholle zu verdrängen und landlos zu machen, und zwar nur aus dem Grunde, weil die Polen ihre Nationalität nicht aufgeben wollen.

Abg. Wigel (natl.): Auf die verfassungsmäßigen Bedenken des Vorredners will ich nicht eingehen. Das Haus hat selbst entschieden, daß das An siedelungs ge setz der Verfassung nicht widerspricht.

Abg. Wigel (natl.): Auf die verfassungsmäßigen Bedenken des Vorredners will ich nicht eingehen. Das Haus hat selbst entschieden, daß das An siedelungs ge setz der Verfassung nicht widerspricht.

Abg. Wigel (natl.): Auf die verfassungsmäßigen Bedenken des Vorredners will ich nicht eingehen. Das Haus hat selbst entschieden, daß das An siedelungs ge setz der Verfassung nicht widerspricht.

Abg. Wigel (natl.): Auf die verfassungsmäßigen Bedenken des Vorredners will ich nicht eingehen. Das Haus hat selbst entschieden, daß das An siedelungs ge setz der Verfassung nicht widerspricht.

Abg. Wigel (natl.): Auf die verfassungsmäßigen Bedenken des Vorredners will ich nicht eingehen. Das Haus hat selbst entschieden, daß das An siedelungs ge setz der Verfassung nicht widerspricht.

Abg. Wigel (natl.): Auf die verfassungsmäßigen Bedenken des Vorredners will ich nicht eingehen. Das Haus hat selbst entschieden, daß das An siedelungs ge setz der Verfassung nicht widerspricht.

Abg. Wigel (natl.): Auf die verfassungsmäßigen Bedenken des Vorredners will ich nicht eingehen. Das Haus hat selbst entschieden, daß das An siedelungs ge setz der Verfassung nicht widerspricht.

Abg. Wigel (natl.): Auf die verfassungsmäßigen Bedenken des Vorredners will ich nicht eingehen. Das Haus hat selbst entschieden, daß das An siedelungs ge setz der Verfassung nicht widerspricht.

Abg. Wigel (natl.): Auf die verfassungsmäßigen Bedenken des Vorredners will ich nicht eingehen. Das Haus hat selbst entschieden, daß das An siedelungs ge setz der Verfassung nicht widerspricht.

Abg. Wigel (natl.): Auf die verfassungsmäßigen Bedenken des Vorredners will ich nicht eingehen. Das Haus hat selbst entschieden, daß das An siedelungs ge setz der Verfassung nicht widerspricht.

Abg. Wigel (natl.): Auf die verfassungsmäßigen Bedenken des Vorredners will ich nicht eingehen. Das Haus hat selbst entschieden, daß das An siedelungs ge setz der Verfassung nicht widerspricht.

Abg. Wigel (natl.): Auf die verfassungsmäßigen Bedenken des Vorredners will ich nicht eingehen. Das Haus hat selbst entschieden, daß das An siedelungs ge setz der Verfassung nicht widerspricht.

Abg. Wigel (natl.): Auf die verfassungsmäßigen Bedenken des Vorredners will ich nicht eingehen. Das Haus hat selbst entschieden, daß das An siedelungs ge setz der Verfassung nicht widerspricht.

Abg. Wigel (natl.): Auf die verfassungsmäßigen Bedenken des Vorredners will ich nicht eingehen. Das Haus hat selbst entschieden, daß das An siedelungs ge setz der Verfassung nicht widerspricht.

Resolution nicht im Interesse der Ostmarkenpolitik liege, die darauf hinausläufe, die Zahl der deutschen Bauern möglichst zu vermehren. Es wurde ausgesetzt, daß fünfzig keine deutsche Bauern für das Deutschtum unendlich wichtiger seien als ein Großgrundbesitzer. Das sind die wunderbaren Zustände, die in der Ostmark bestehen! Heberoll wird nach Möglichkeit das

Interesse des Großgrundbesitzes vertreten. Hunderte und Aberhunderte von Millionen sind zu seinen Gunsten aufgewendet worden! Und das geschieht, trotzdem Preußen seinen Verpflichtungen gegen das Reich nicht gerecht werden kann.

Die gestandenen Militärbudgets haben bereits die Höhe von einer Viertelmilliarde erreicht. Sie sollen überhaupt nicht mehr bezahlt werden, als das Verhältnis zum Reich Preußen Heberhöfche einbrachte, da steckte es alles freudig ein.

Die Mittelständler haben eben auch eingesehen, daß sie sich von den Konservativen zu lange haben mißbrauchen lassen. Jedenfalls steht fest, daß Sie mit Ihrer Germanisierungs politik so gut wie nichts erreicht haben, daß keine Verschönerung der Bevölkerung zugunsten des Deutschtums eingetreten ist und daß dies auch in Zukunft nicht der Fall sein wird.

Sie haben ja auch schon bereits ein Haar in der ganzen Polenpolitik gefunden. Sie werden in Zukunft mit dieser Politik wie bisher nur eklatante Mißerfolge haben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Mit der starken Vermehrung des Polen müssen Sie als mit einer Lausache rechnen, denn trotz aller künstlichen Maßnahmen haben sich die Polen nicht nur im Osten vermehrt, sondern haben auch andere weite Gebiete Preußens überflutet.

In Berlin gibt es bereits Hunderttausende von Polen, und in manchen Gemeinden des Rheinlandes machen sie 20 Proz. der Bevölkerung aus. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber etwas haben Sie doch erreicht: Sie haben den nationalen Geist unter den polnischen Massen aufgeweckt. Von 837 000 polnischen Stimmen im Jahre 1908 stieg diese Zahl auf 454 000 im Jahre 1907. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Von 1887 bis heute sind die polnischen Stimmen sogar um das Doppelte gewachsen.

Juridisch ist das auf diese Zwangs politik gegenüber den Polen. Eine solche Politik kann nicht anders bezeichnet werden als ein schmackvoller Akt der Gewalt.

Diese Politik verdirbt nicht nur gegen die einfachsten Grundsätze der Gerechtigkeit, sondern gegen ein ganzes Bündel von Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen. Sie verstößt gegen den verfassungsmäßigen Grundsatz der Rechtsgleichheit, gegen den § 1 des Freiheitsrechtegesetzes, gegen das Bürgerliche Gesetzbuch.

Man bekennt sich also zu Grundrügen einer rücksichtslosen Vergewaltigung! Und weshalb? Fürst Pilsow hat gesagt, die Ostmarkenfrage ist eine der wichtigsten Fragen der inneren Politik, von deren Lösung die Zukunft unseres deutschen Vaterlandes abhängt.

Wenn man etwas Derartiges hört, dann muß man doch den Eindruck bekommen, als ob Fürst Pilsow der Heberzeugung ist, jeden Tag sei eine polnische Revolution zu erwarten. Eine solche Auffassung aber beruht auf einer geradezu beschämenden politischen Unkenntnis.

(Anruhe rechts.) Die Zeit der politischen Insurrektionen für Polen ist vorbei. Die polnische Bourgeoisie ist nicht mehr revolutionär. Beim Ausbruch der russischen Revolution ist es zu keiner nationalen Erhebung in Rußland-Polen gekommen.

Die Klassenkämpfe haben überall, und so auch in Polen, die nationalen Erhebungen befristet. Auch in Deutschland ist die Gefahr einer nationalen-polnischen Erhebung geschwunden.

Eine Abhyllierung Polens ist ganz ausgeschlossen, es sei denn, daß Ereignisse eintreten, so gewaltig und so grundstürzender Natur, daß Sie mit Ihren bisherigen Ostmarkenpolitik dann auch nichts ausrichten können.

Wenn einmal der Sozialismus ans Ruder kommt, dann wird auch den Polen das Recht von nationaler Autonomie gewährt werden, das jeder Volksgruppe anstandslos halber zusteht. (Anruhe rechts.) Statt dessen häufen Sie Verfassungsbruch auf Verfassungsbruch und haben selbst zur Zwangsenteignung gegriffen.

Und kann es ja recht sein, denn Sie geben und damit ein schönes Vorbild, wie wir es einmal machen können. (Abg. Kreth ruft: Dann wird der Staatsanwalt schon einschreiten!) Selbst Dr. Porich hat gesagt, daß nach dem Enteignungsge setz der Staat über das Privateigentum verfügen könne, wie er wolle.

Kun, wir werden auch einst über das Privateigentum verfügen, aber dann nicht im Interesse der notleidenden Agrarier, sondern im Interesse des gesamten Volkes. Wir mühten ja eigentlich Schadenfreude empfinden über diese Gesetzesmacherei.

Hundert von Millionen verpaßert werden. Wenn es in Preußen wirklich nichts mehr zu tun gäbe, dann sollte es seine Heberhöfche an das Reich abgeben, damit nicht immer wieder die heilloslose Klasse von Hunderten von Millionen an neuen Steuern ausgeplündert wird.

Wir verlangen eine vernünftige Politik, wir lehnen deshalb alle Ausgaben für diese Germanisierungs politik ab. Wir tun das aus sozialen Gründen, aus Gründen des sozialen Fortschritts und auch aus dem Gefühl der nationalen Ehre heraus, die Ihre Gewalt politik besudet! (Lebhafte Weisheit bei den Sozialdemokraten.)

Präsident v. Kroscher: Der Ausdruck war wohl doch ein bißchen zu scharf! (Heiterkeit.) Abg. Dr. Kewoldt (fr.): Herr Ströbel hat die ganze An siedelungs politik durch eine schwarze Brille angesehen. Es ist keine Rede davon, daß die An siedelungs politik den Großgrundbesitzern zu gute kommt.

### Abgeordnetenhaus.

88. Sitzung, Mittwoch, den 21. April, nachmittags 2 Uhr.

Am Ministertische: v. Arnim. Die zweite Etatsberatung wird fortgesetzt beim Etat der An siedelungs kommission für Westpreußen und Posen. Mit zur Beratung steht die Anweisung des Ministeriums zur Ordnung des Geschäftsganges der An siedelungs kommission und

### Parlamentarisches.

Im Seniorenkongress des Reichstags hat man sich dahin verständigt, daß von nächster Woche an am Dienstag und Donnerstag keine Plenarsitzung stattfindet, damit die Kommissionen zwei volle Sitzungstage in der Woche zur Förderung ihrer Arbeiten frei haben. Zur Verhandlung im Plenum sind vorläufig in Aussicht genommen die Beratung des Antrages wegen der Beschränkung der Einfuhrscheine auf die gleiche Art des ausgeführten

Produkt. Daran soll sich die Beratung des Bankgesetzes sowie der Vorlage wegen Sicherung der Bauforderungen und die Erledigung der Vorlage betreffend das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb schließen. Vorher — vermutlich am Freitag und Sonnabend dieser Woche — kommt die zweite Beratung der Novelle zum Strafgesetzbuch und zur Zivilprozessordnung im Plenum zur Verhandlung.

Die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Interpellation wegen der Arbeiter-Pensionsklassen wird am 28. April beantwortet werden, und die vorgelegte neue Werner Uebereinkunft wegen des Arbeiterrechts soll Anfang Mai im Plenum verhandelt werden. Vor der Inangriffnahme der Finanzreform im Plenum sollen auch noch eine Anzahl Rechnungsfachen sowie die ausstehenden Wahlprüfungsberichte erledigt werden.

Die soeben herausgegebene Uebersicht über das Material, das noch seiner Erledigung durch den Reichstag harret, umfaßt fünf Gesetze, die nicht einmal die erste Lesung passiert haben, 21 Gesetze, die teilweise noch in der Kommission sind, teilweise der zweiten Lesung harren. Dazu kommen eine Menge Rechnungen, Berichte und Uebersichten. Kommissionen haben im ganzen 87 getagt. Ferner harren der Erledigung: eine Interpellation, 18 Resolutionen, 15 Wahlprüfungen, eine Anzahl von Petitionen und an 20 ultramontane, 14 konservative, 28 nationalliberale, 17 freisinnige, 18 sozialdemokratische, 7 freikonservative, 19 polnische, 19 antisemitische Initiativanträge.

Neben diesen Initiativanträgen sind von den Parteien 18 Gesetzentwürfe eingebracht worden, die ebenfalls noch nicht in Angriff genommen sind. Der größte Teil dieser Arbeiten bleibt naturgemäß unerledigt; namentlich unter den Initiativanträgen sind solche, die schon auf ein recht ehrwürdiges Alter zurückblicken können.

### Zur Reichsfinanzreform.

Der Empfang der Deputation beim Reichskanzler hat allenthalben böses Blut gemacht. In der Mittwochsitzung der Finanzkommission des Reichstages verwarf man sich allenthalben dagegen, daß die Schuld an der Verschleppung den Mitgliedern der Kommission aufgebürdet werden soll, und Südekum meinte, den Kanzler könne auch der Umstand nicht entschuldigen, daß er von dieser Sache nichts verstehe. — Mit sehr verdächtigem Eifer bestritten Unterstaatssekretär v. Soebell und der schleunigst herbeigeholte Schatzsekretär Sydow, daß an der Kommission Kritik geübt worden sei. Statt aber Auskunft über die tatsächlichen Vorkommnisse zu geben, empfahl Sydow den Abgeordneten, den offiziellen Wolffschen Bericht zu lesen: ein Ansinnen, das scharf zurückgewiesen wurde.

Der Abgeordnete Müller-Fulda machte die sensationelle Mitteilung, daß Professor von Halle — eigentlich heißt er: Ernst Levy — an einen Abgeordneten herangetreten ist und gebeten hat, ihm einige einflussreiche Männer aus seinem Wahlkreise zu nennen, die geeignet und gewillt wären, eine Bewegung zugunsten der Finanzreform zu entfalten. Allgemeine Verblüffung! Stand damit doch fest, daß die Zustimmungserklärung zur Reichsfinanzreform eine ganz plumbe Regierungsmache gewesen ist. Schatzsekretär Sydow bestritt jetzt in höchster Verlegenheit, davon Kenntnis gehabt zu haben; Professor von Halle sei berufen worden, bei der Finanzreform die volkswirtschaftlichen Arbeiten zu leisten; er sei auch der Verfasser der Denkschrift, habe aber keinen Auftrag erhalten, Agitation zu entfalten, und offenbar sei er nur im Uebereifer zu weit gegangen.

Nach dieser Episode ging die Kommission zur sachlichen Beratung über: § 24 des Branntweinsteuergesetzes sah eine Neuregelung des Kontingents alle 10 Jahre vor. Die Kommission beschloß indessen, daß das Kontingent alle fünf Jahre neu festgesetzt wird.

Die Verhandlungen dürften bis Ende der Woche dauern.

### Aus der Budgetkommission des Reichstags.

(49. Sitzung, 21. April.)

Zunächst erstattete die vor den Osterferien zum Zwecke der Reduktion des Gesetzentwurfes Oriola (die Beihilfe an Kriegsinvaliden betreffend) eingesezte Kommission ihren Bericht. Die endgültige Annahme des Entwurfes wurde noch ausgesetzt, weil der § 1 nochmals an die Redaktionskommission zurückverwiesen wurde. Bemerkenswert waren die Ausführungen des Unterstaatssekretärs Zwickel, der im Namen der Reichsregierung erklärte, daß die Annahme des Gesetzentwurfes durch die Bundesregierungen von der Deckungsfrage abhängig sei. Das heißt: wenn die Finanzreform nicht zustande komme, so werde die Regierung das Gesetz unbedingt ablehnen! Die Kommission ließ infolge dieser Ausführungen des Unterstaatssekretärs den Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Gesetzes noch offen.

Es wurden noch die Resolutionen Erzberger und Dröschers über die Änderung der Lagegelder, Umzugskosten usw. beraten. Nach der Erzbergerischen Resolution soll die Postschonung der Lagegelder allgemein durchgeführt werden. Statt der Fahrlostenvergütung sollen Freifahrtsgelde auf den Eisenbahnen getührt, für Reisen im Ausland und für Seereisen soll der tatsächlich erwachsene notwendige Aufwand entschädigt werden. Die von den Konservativen eingebrachte Resolution verlangt allgemein die Neuregelung der Materie in dem Sinne, daß nur wirklich entstandene Kosten unter Festlegung von Höchstgrenzen vergütet werden. Man einigte sich schließlich nach längerer Debatte im wesentlichen auf den konservativen Vorschlag. Die Lagegelder, ohne Fahrgeid, wurden mit 35 M. für Minister und Staatssekretäre und weiter abgestuft bis zu 4 M. für Unterbeamte als ausreichend angesehen.

## Soziales.

### Niederlage des preussischen Handelsministers im Kampfe gegen die Selbstverwaltung der Krankenkasse.

Ein helles Licht auf die in der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Abschneidung des Rechtsweges der Kassen gegen behördliche Uebergriffe wirft die jetzt veröffentlichte Entscheidung des Bezirksausschusses zugunsten der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker.

Bekanntlich hatte der preussische Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine, dem die von den Kassenkontrollleuten und dem Präsidenten der vorgenannten Kasse veranstalteten lehrreichen Wohnungsensquenzen unangenehm waren, im Jahre 1907 sich herausgenommen, den Magistrat als Aufsichtsbehörde der Kasse zu ersuchen, der Kasse die Veranstaltung solcher Wohnungsensquenzen zu unterlagen. Der Berliner Magistrat wies dies Ansinnen zurück. Das gleiche tat der Oberpräsident. Aber der Hausbesitzerverein ließ nicht locker. Er vertraute genau ebenso wie die Vergabarons auf die antisozialen Anschauungen des preussischen Handelsministeriums. Dies Vertrauen wurde belohnt. Der preussische Handelsminister gab dem Magistrat auf, dem geschilderten Ansinnen des Hausbesitzervereins zu entsprechen. Dem glaubte der Magistrat nachkommen zu müssen und unterlegte am 26. August 1908 der

Krankenkasse die Verwendung von Kassenmitteln für die Vorbereitung solcher Wohnungsensquenzen.

Diese geschilderte, vom Minister herbeigeführte Anordnung hat nunmehr der Bezirksausschuß als eine mit dem Gesetz unvereinbare, die Interessen der Kasse und ihrer Mitglieder schädigende Maßnahme auf die Klage des Kassenvorstandes außer Kraft gesetzt.

In den Urteilsgründen heißt es:

„Die Prüfung der Rechtmäßigkeit der angefochtenen Anordnung hängt wesentlich mit der Beantwortung der Frage zusammen, ob die Aufwendungen aus dem Vermögen der Kasse zu den Zwecken der sogenannten Wohnungsensquenzen und ihrer Veröffentlichung nach der Vorschrift des § 29 des Krankenversicherungsgesetzes bzw. nach dem Kassenstatut zulässig erscheinen oder nicht. Der Bezirksausschuß hat, in völliger Uebereinstimmung mit dem vorgedachten Bescheide bzw. Erlasse (der ersten Magistratsverfügung und dem Oberpräsidialerlaß) die Ueberzeugung nicht zu gewinnen vermocht, daß die hier in Rede stehenden Aufwendungen der Kasse zu einem Zwecke gemacht sind, der über den Rahmen der rechtmäßigen Befugnis der Kasse hinausgeht. Vielmehr ist anzuerkennen, daß die Veranstaltung sowohl wie die Veröffentlichung der sogenannten Wohnungsensquenzen mit den gesetzmäßigen Zwecken der Kasse in so engem Zusammenhang steht, daß die dadurch erwachsenden, im Verhältnis zu den notorisch sehr erheblichen Einkünften der Kasse nur geringfügigen Kosten eine ungesetzmäßige und oder auch nur mißbräuchliche Verwendung des Kassenvermögens nicht darstellen. Dieser Auffassung stehen nach der Ansicht des Bezirksausschusses auch die Ausführungen der in dem Ministerialerlasse vom 26. August 1908 angezogenen Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 13. April 1905 vor allem deswegen nicht entgegen, weil es sich in dem dort erörterten Falle nicht um die Frage gehandelt hat, ob eine subjektive Maßnahme des Kassenvorstandes gegen das Gesetz oder das Statut verstoßen habe, sondern vielmehr darum, ob die Aufnahme einer objektiv ungesetzmäßigen Bestimmung in das Kassenstatut zulässig sei.“

Wäre die Reichsversicherungsordnung Gesetz, so würde der Kasse verlagert gewesen sein, durch Gerichtsursurteil feststellen zu lassen, daß nicht sie, sondern die oberste Aufsichtsinstanz in Preußen gesetzwidrig gehandelt hatte. Die Reichsversicherungsordnung will den Rechtsweg nehmen und als oberste Instanz den Minister, also den Hof zum Gärtner setzen.

### Aufrechterhaltung des Ausnahmegesetzes in der Reichsversicherungsordnung.

Die ganze Kümmerlichkeit unserer Sozialgesetzgebung offenbart sich in der Art, wie ängstlich von jeder ernsthaften Verbesserung bestehender Einrichtungen in der Reichsversicherungsordnung Abstand genommen wird. Ja sogar gebührende Ausnahmsbestimmungen zungunsten der angeblich geschädigten Arbeiter werden sorgsam aufrechterhalten. So die Vorschrift in dem § 135 Abs. 1 und 2 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes, die in den §§ 976 und 977 der Vorlage getreulich wiederkehrt.

§ 976 des Bürgerlichen Gesetzbuchs macht denjenigen, der gegen ein den Schutz eines anderen bezweckendes Gesetz verstößt, für den dadurch verursachten Schaden haftbar. Der zu ersetzende Schaden umfaßt nach den näheren Vorschriften desselben Titels den dem anderen durch den Schaden verursachten Aufwand und Verlust, ferner den entgangenen, d. h. ohne die Schadenszufügung zu erzielenden Gewinn. Soweit der Geschädigte verpflichtet war, anderen Personen den Unterhalt zu gewähren, wird der Schuldige, wenn jener nicht mehr dazu instand ist, an seiner Statt verpflichtet. Dies gilt ebensowohl, wenn die schädigende Handlung eine fahrlässige als wenn sie eine vorfällige ist. Zu den Schutzgesetzen gehören auch die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften, ebenso die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs über Körperverletzung, auch fahrlässige. Daher macht sich jeder, der durch sein Verschulden, sei es auch nur fahrlässigerweise, einen anderen in seiner Gesundheit oder Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt, diesem für den vollen daraus entstehenden Schaden, einschließlich des entgangenen Gewinnes, haftbar. Sieht dem Verletzten auf Grund gesetzlicher Vorschriften gegen einen anderen ein Unterhaltungsanspruch zu, so hat der Schuldige, abgesehen von seiner Ersatzpflicht gegenüber dem Unterhaltungsberechtigten, ihm für den Teil des Schadens einzustehen, der durch den anderweitigen Anspruch nicht gedeckt ist. Wird z. B. ein Beamter von einem Privaten verarztet, verlegt, daß er dienstunfähig wird, so hat dieser ihm den Teil seines bisherigen Dienstverdienstes, der über die ihm zustehende gesetzliche Pension hinausgeht, so lange zu ersetzen, als ohne die Verletzung voraussichtlich seine Dienstfähigkeit gedauert hätte.

Anders bei den versicherten Arbeitern. Wenn sich ein Unfall durch die Unfallversicherung im Prinzip höchstens zwei Drittel der durch den Unfall verursachten Verminderung der Erwerbsfähigkeit. Ein Drittel fällt dem verletzten Arbeiter selbst zur Last. Wenn irgend einer Privatperson ein derartig gesetzlich festgelegter Teilentschädigungsanspruch zusteht, so steht ihr gegen den Schuldigen — ganz gleich, ob Vorfahr oder nur Fahrlässigkeit vorliegt — der Anspruch auf Ersatz des ausfallenden Drittels zu. Dagegen ist in den angeführten Paragraphen bestimmt, daß dem versicherten Arbeiter dieser Ergänzungsanspruch nur dann zusteht, wenn durch strafgerichtliches Urteil festgestellt ist, daß der Unfall von dem Unternehmer vorsätzlich herbeigeführt worden ist, nicht aber, wenn Fahrlässigkeit die Ursache gewesen ist. Wenn etwa der Unternehmer (und daselbe gilt für die Haftung des Betriebsleiters oder eines sonstigen Vertreters des Unternehmers) den Arbeiter mit Willen in die Maschine oder vom Dach hinuntergeworfen hat, so haftet er für den Schaden auch über das Maß des von der Berufsgenossenschaft entrichteten Betrages der Verminderung der Erwerbsfähigkeit hinaus; also für den Teil des Lohnes, den die Unfallversicherung in den Renten nicht mitbezahlt, wie auch für sonst etwa nachweisbaren Schaden (wenn der Arbeiter z. B. nebenher noch ein selbständiges Gewerbe betreibt, das er infolge der Verletzung aufgeben mußte). Ein solcher Fall ist natürlich sehr selten; er wird so gut wie niemals vorkommen. Wohl kommt es vor, und zwar häufig, daß der Unternehmer durch Verletzung der Unfallverhütungsvorschriften den Unfall herbeigeführt hat. In diesem Falle aber haftet er dem Arbeiter für den Teil des Schadens, für den die Berufsgenossenschaft nicht aufkommt, nicht, mag er selbst aus Gleichgültigkeit oder „Sparsamkeit“ sich der größtmöglichen Vernachlässigung schuldig gemacht haben.

Weiter: Wenn der durch den Unfall und Leben Gekommene Eltern hinterläßt, die er vom Arbeitsverdienst erhalten hat, so steht diesen nur ein Anspruch auf ein Fünftel seines Jahresarbeitsverdienstes zu, auch wenn er das Dreifache zu ihrem Unterhalte beigetragen hatte. Trotzdem können sie auch gegen den durch Fahrlässigkeit schuldigen Unternehmer keinen Anspruch auf Ergänzung der proportionalen Hinterbliebenenrente bis zur Höhe ihrer wirklichen Einbuße geltend machen. Ja sogar dann, wenn ihnen überhaupt kein Rentenanspruch zusteht, gilt diese ausbleibende Vorschrift. Nach §§ 10—20 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes besteht ein An-

spruch der Eltern (oder Großeltern) nur dann, wenn der Verstorbene ihren Unterhalt ganz oder überwiegend bestritten hat. Wenn er also z. B. vier Reuteil getragen hat, sie aber die übrigen fünf Reuteil selbst aufgebracht haben, so haben sie gar keinen Anspruch an die Versicherung und auch keinen an den fahrlässigen Unternehmer. Man sieht, die Interessen des Unternehmers, wenn er selbst in freivoller Leichtfertigkeit Menschenleben aufs Spiel gesetzt und geopfert hat, sind wohl gewahrt. Die Kosten trägt der verunglückte Arbeiter und seine Familie.

Aber die Wirkung dieser Bestimmungen geht weiter. Es gibt sicher keinen stärkeren Ansporn für den Unternehmer, seine Pflichten gegen die Erfordernisse der Betriebsicherheit zu erfüllen, als wenn er stets das Bewußtsein hegen muß, trotz der Versicherung, wenn ihn grobe Fahrlässigkeit trifft, haftbar gemacht zu werden. Nur steht zwar gemäß § 146 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes der Berufsgenossenschaft ein Ersatzanspruch in Höhe ihrer Aufwendungen gegen den Unternehmer zu, wenn er durch strafgerichtliches Urteil überführt ist, den Unfall vorsätzlich oder durch Außerachtlassung der Aufmerksamkeit, zu der er vermöge seines Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet ist, herbeigeführt zu haben. Aber ebendort ist auch zugleich der Berufsgenossenschaft die Befugnis erteilt, von der Verfolgung dieses Anspruches abzusehen. Es hängt also von ihrem guten Willen ab, ob der Unternehmer selbst bei schwerem Verschulden auch nur den Teil des Schadens zu ersetzen hat, für den die Berufsgenossenschaft selbst dem Verletzten oder seinen Hinterbliebenen aufzukommen hat. Auch hier bietet die Vorlage keine Verbesserung des geltenden Rechts. In den §§ 981 und 985 des Entwurfes finden wir einfach das geltende „Recht“ abgedruckt. Vor einigen Jahren wurde der nichtwürdige Anspruch eines Unternehmers bekannt: Wenn man immer zahlen müsse, dann schade es auch nichts, wenn einmal ein Unglück vorkomme. Es sind nicht diese, die so reden, aber nicht wenige, die so handeln. Die Gesetzgebung aber trägt solcher Unwissenlosigkeit in weitem Maße Rechnung. Und nach der vorgeschlagenen „Reform“ soll es auch in Zukunft so bleiben.

### Als eine Folge der Arbeitslosigkeit

kann man es bezeichnen, daß sich in Rostock um den Posten des Kassenbotens der Ortskrankenkasse, der vacant geworden war, nicht weniger als 265 Mitglieder bewarben. Da auch sämtliche Arbeitnervorstandmitglieder hieran sich beteiligt hatten, erfolgte unter 60 Bewerbungen Auslosung.

### Der Chef als Sittenrichter.

Der Generalagent Vallin richtet unter Bezugnahme auf den in Nr. 85 unter der Ueberschrift „Der Chef als Sittenrichter“ enthaltenen Bericht über eine Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht an uns eine längere Zuschrift, der wir entnehmen, daß von dem Beklagten gegen das Kaufmannsgerichtsurteil Berufung eingelegt werden soll.

## Aus der Frauenbewegung.

### Gelbe Diensthöfenvereine.

Nachdem die Sozialdemokratie angefangen hatte, die Diensthöfen zu organisieren, erwachte auch im christlichen Herzen unserer Frauen mit einem Male die „Liebe“ zu den bisher völlig übersehenen und mißachteten Hausfrauen. Von Frauenvereinigungen auf evangelischer wie auf katholischer Seite sind dann auch Beratungen über die Diensthöfenfrage gepflogen und Schritte zur Organisierung der Hausangestellten getan worden. Es haben auch gemeinsame Konferenzen unter Teilnahme von Vertretern der christlichen Gewerkschaften stattgefunden, worin man sich für die Organisierung der Diensthöfen auf konfessioneller Grundlage, also in getrennten katholischen und evangelischen Vereinen, aussprach und dabei hervorhob, daß die Organisierung der Diensthöfen im Anschluß an die Frauenorganisationen stattfinden habe.

Wie aus dem soeben erschienenen 60. Jahresbericht des Zentralausschusses für Jüdische Mission hervorgeht, hat man sich auch von dieser Seite mit der Diensthöfenfrage beschäftigt, und zwar auf der Auslosungskonferenz im November 1908. Dort stellte die Referentin Fr. v. Faber eine Anzahl Vorschläge auf, worin die Diensthöfenfrage nur dann als lösbar erklärt wird, wenn alle, denen neben der Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Hebung des Sittlich-Religiösen im Volkstoleben am Herzen liegt, zu ihrer Lösung beitragen. Interessant waren die Ausführungen des Korreferenten Pastor Durrhardts in Berlin, worüber es in dem genannten Bericht heißt:

„Den Bedenken gegen eine Organisation der Diensthöfen, als ob dadurch die Begehrtheit vermehrt und der Klassenkampf entzündet werde, glaubt er die Hoffnung entgegenzusetzen zu können, daß gerade die von uns vertretenen Organisationen die bereits begonnene sozialdemokratische Verheerung allein bekämpft und eine Reform auf friedlichem Wege bewirkt werden kann. Er habe seine anfänglichen Bedenken fallen lassen, einmal, weil ein Notstand unteigbar vorliegt und einer Abhilfe bedarf, und dann, weil auf diesem von den christlichen Gewerkschaften vorgeschlagenen Wege die Arbeit nicht für einen Stand allein, sondern beiderseitig, von Herrschaften und Diensthöfen gleichzeitig in Angriff genommen und der Charakter des Hauses gemahrt werden soll.“

Das sind, wie man sieht, genau dieselben Bestrebungen, mit denen die gelben Gewerkschaften auftreten. Arbeitnehmerorganisationen unter Obhut und mit Unterstützung der Arbeitgeber, in diesem Falle der sogenannten Herrschaften! Und die christlichen Gewerkschaften sind es, die den Herrschaften zuzustimmen nicht nur den programmäßig von ihnen geforderten Grundjah der „Interkonfessionalität“ für die Diensthöfen aufgeben, sondern sich auch herabwürdigend als Förderer der gelben Bestrebungen, die weiter nichts bedeuten als die Auslieferung der Diensthöfen an ihre Arbeitgeber.

### Leseabende.

Weissenfer, Freitag, den 23. April, im Lokale des Genossen Kockhoff, König-Chaussee 88.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Rummelsburg. In der Versammlung am Freitag, 23. April, abends 8 Uhr, bei Tempel, spricht Genosse Deffe über: „Die Frau im 19. Jahrhundert“. Da noch mehrere wichtige Sachen zu besprechen sind, wird um recht zahlreiches Erscheinen der Genossinnen gebeten. Der Vorstand.

Verband der Freirechtlichen Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vorort. Donnerstag, den 22. April, abends 9<sup>1/2</sup> Uhr: Generalversammlung, Rosenhaller Straße 11/12.

Lesen und Diskussionsabend „Wilhelm Piecknecht“. Heute abend 9 Uhr bei R. Vighorn, Danziger Straße 40b. Vortrag. Gäste willkommen.

### Witterungsübersicht vom 21. April 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer humb. mm	Wind- richtung	Wetter	Temp. u. d. Luft, °C	Stationen	Barometer humb. mm	Wind- richtung	Wetter	Temp. u. d. Luft, °C
Stettin	766 D	3 Heiter	2	10	Dachau	766 SE	—	bedeckt	—
Darmstadt	764 DSD	3 halb dd.	8	10	Berlin	768 SE	—	1 Schnee	—
Berlin	764 SE	3 Regen	5	10	—	—	—	5 wolfig	10
Frankfurt	755 SE	3 wolfig	8	10	—	—	—	wolfig	4
München	765 D	2 halb dd.	9	10	—	—	—	2 heiter	8
Wien	763 SE	3 bedeckt	9	10	—	—	—	—	—

### Wetterprognose für Donnerstag, den 22. April 1909.

Troden und vielwolfig heiter, nachts sehr kühl, am Tage wieder etwas wärmer bei mäßigen nordöstlichen Winden.

# A. WERTHEIM

G. m. b. H.

## FISCH-KONSERVEN

Ostsee-Bratheringe Dose 45 Pf.	Gabelbissen Dose 55 Pf.
Bismarck-Heringe Dose 45 Pf.	Appetit-Sild Dose 35 Pf.
Heringe in Aspic Dose 35 Pf.	Sardinen Marke Amieus Freres
Delikatessheringe 1/2 Dose 72 Pf.	Sardinen in Öl 1/2 Dose 1 Mk., 1/2 Dose 1.65
Delikatessheringe 1/2 Dose 48 Pf.	Sardinen in Öl, sans arêtes 1/2 Dose 1.25
Russische Sardinen Glas 25 Pf.	Sardinen in Tomaten 1/2 Dose 1 Mk., 1/2 Dose 70 Pf.
Anchovis Glas 25 Pf.	Sardinen 6 Dosen im Block Block 3.25
Pa. Hummern 1/2 Dose 2.15	Marquereaux-Filet Dose 85 Pf.

## KOLONIALWAREN

Gemischtes Backobst Pfund 30, 45, 60 Pf.	Patna-Reis Pfd. 25 Pf.
Französische Pflaumen Pfund 38, 45, 55, 65 Pf.	Java-Reis Pfd. 25, 30, 36 Pf.
Türk. Pflaumen Pfd. 22, 28 Pf.	Kleine Erbsen Pfd. 16 Pf.
Pflaumen entsteint Pfd. 28, 45 Pf.	Riesen-Erbsen Pfd. 17 Pf.
Kaliforn. Aprikosen 58, 68 Pf.	Glasierte Erbsen gelb Pfd. 23 Pf.
Kaliforn. Pfirsiche Pfd. 60 Pf.	Glasierte Erbsen grün Pfd. 25 Pf.
Italien. Prünellen Pfd. 55 Pf.	Spalt-Erbsen gelb Pfd. 19 Pf.
Amerik. Ringäpfel Pfd. 48 Pf.	Grüne Erbsen Pfd. 16 Pf.
Rangoon-Reis Pfd. 16 Pf.	Grosse Linsen Pfd. 25 Pf.
Bassein-Reis Pfd. 20 Pf.	Mittel Linsen Pfd. 15 Pf.
	Grosse Bohnen Pfd. 24 Pf.
	Kleine Bohnen Pfd. 15 Pf.

Deutscher Kakao Pfd. 78 Pf., 1.10 Mk.
Deutscher Kakao in Paketen Pfd. 1.30, 1.80 Mk.
Holländischer Kakao in Paketen Pfd. 1.90, 2.20 Mk.
Haushalt-Schokolade Pfd. 68, 80 Pf.
Haushalt-Kakes Pfd. 65 Pf.

## MOSELWEIN

Obermoseler 1/2 Flasche 60 Pf.	1906 <sup>er</sup> Traberer 1/2 Flasche 1.20
1907 <sup>er</sup> Mesenicher 75 Pf.	1905 <sup>er</sup> Ayler Wachstum: Winzerverein 1.45
1907 <sup>er</sup> Wolfer 1 Mk.	1906 <sup>er</sup> Piesporter Wachstum: 1.80 Bürgermeister Kunz Erben

## RHEIN- u. PFALZWEIN

1906 <sup>er</sup> Dienheimer 1/2 Flasche 75 Pf.	1905 <sup>er</sup> Rudesheimer 1/2 Flasche 1.20
1907 <sup>er</sup> Eckelsheimer 90 Pf.	1904 <sup>er</sup> Johannisberger Wachstum: Winzerverein 1.50
1904 <sup>er</sup> Gensinger 1 Mk.	1905 <sup>er</sup> Etviller Sonnenbg. Wachstum: Freiherr Langwerth von Simmern 2.20

## BORDEAUXWEIN

1904 <sup>er</sup> Larsche Beaurech 1/2 Flasche 80 Pf.	1904 <sup>er</sup> Chât. la Tour de Mons 7/8 Flasche 1.30 Grand vin Margaux
1905 <sup>er</sup> Chât. Malécot Pauillac 1.10	1904 <sup>er</sup> Chât. du Tertre 1.50
1905 <sup>er</sup> Chât. Lanessan Médoc 1.20	1900 <sup>er</sup> Chât. Citran grand vin 1.90

## FRUCHTSÄFTE mit Raffinade eingekocht

Himbeersaft 1/2 Flasche 95 Pf.	Johannisbeersaft 1/2 Flasche 90 Pf.
Himbeersaft I 1.10	Erdbeersaft 1.10
Kirschsaft 90 Pf.	Zitronensaft 1.10

Maitrank Flasche 75 Pf., 1.10
Kraftmalzbier Flasche 38 Pf., 10 Flaschen 3.60
Englisch Porter Flasche 38 Pf., 10 Flaschen 3.60

In dieser Woche, besonders preiswert:

## KONSERVEN

Brech- u. Schneidebohnen 1/2 Dose 26 Pf.
Junge Schoten extra fein 1/2 Dose 85 Pf., 1/2 Dose 48 Pf.
Junge Schoten III 1/2 Dose 45 Pf.
Schoten u. Karotten 1/2 Dose 55 Pf.
Karotten in Streifen 1/2 Dose 28 Pf.
Gemischtes Gemüse 1/2 Dose 47 Pf.
Stangen-Spargel extra stark 1/2 Dose 1.50, 1/2 Dose 80 Pf.
Bruch-Spargel extra stark 1/2 Dose 1.20, 1/2 Dose 65 Pf.
Saure Kirschen ohne Steine 1/2 Dose 90, 1/2 Dose 50 Pf.
Mirabellen I 1/2 Dose 70, 1/2 Dose 40 Pf.
Reineclauden 1/2 Dose 68 Pf.
Erdbeeren naturell 1/2 Dose 85, 1/2 Dose 48 Pf.
Aprikosen halbe Frucht ungeschält 1/2 Dose 1.10, 1/2 Dose 60 Pf.
Melangefrüchte 1/2 Dose 85, 1/2 Dose 48 Pf.
Stachelbeeren 1/2 Dose 58, 1/2 Dose 35 Pf.
Dunstfrüchte Stachel-, Johannis-, Heidelbeeren, Pflaumen o. Kerne, Kirschen mit Steinen, Birnen Glas 52 Pf.
Gemischte Marmelade Eimer ca. 5 Pfd. 1.20, Eimer ca. 10 Pfd. 2.20
Marmeladen Himbeer-, Aprikosen-, Johannisbeer-, Eimer ca. 5 Pfund 2.65
Erdbeer, Eimer ca. 5 Pfund 3 Mk., Apfel, Eimer ca. 5 Pfund 1.45, Eimer ca. 10 Pfd. 2.90
Rheinisch. Kraut mit Kristallzucker eingek., Dos. 1/2 Kil. 42 Pf., 1/2 Kil. 80 Pf.

## FLEISCHWAREN

Zervelat- und Salamiwurst Pfund 1.10
Schinkenwurst Pfund 1.20
Salamiwurst in Blasen Pfund 1.30
Schlackwurst in Fettdarm Pfund 1.20
*Leberwurst feine, Pfund 95 Pf., *Hallesche Pfund 1 Mk.
*Landleberwurst Pfund 90 Pf.
*Zwiebelwurst 45, *Rotwurst Pfd. 45, 65 Pf.
Landschinken ca. 8-12 Pfund schwer Pfd. 1.10
Fleisch-Roulade Dose ca. 2 Pfund 1.85

(\*Von der Zusendung ausgeschlossen)

## RÄUCHERWAREN

Sprottenbücklinge Kiste ca. 2 Pfund 35 Pf.
Bücklinge Kiste ca. 20 Stück 75 Pf.
Räucheraale mittelstark Pfund 1.20

## SÜDFRÜCHTE

Messina-Blutapfelsinen Dutzend 50, 55, 70 Pf.	Ananas Pfund 63 Pf.
Apfelsinen Dutzend 35, 50 Pf.	
Zitronen Dutzend 28 Pf.	
Frische Gurken Stück 35 Pf.	



Eine Konferenz der Gewerkschaftsvorstände, Delegierten und Unterkommissionen der Berliner Gewerkschaftskommission

fand am Montag im Gewerkschaftshause statt. — Die fernere Agitation im Genossenschaftswesen

betraf der erste Punkt der Tagesordnung. Genosse Siebel referierte namens der Propagandakommission. Die Hoffnungen auf eine schnellere Entwicklung des Berliner Genossenschaftswesens, welche dessen Freunde bei Einsetzung der Propagandakommission hegten, hätten sich nicht in dem gewünschten Maße erfüllt. Die Verschmelzung der damals bestehenden beiden Berliner Vereine sei zunächst erstrebt und auch erzielt worden. Von der Entwicklung selbst könne man nicht sagen, daß sie ganz befriedigend, 1908 hätten die damaligen beiden Vereine in Berlin 11 000 Mitglieder gehabt. Die Zahl sei bis zum Schluß des Jahres 1908 auf 18 500 gestiegen, d. h. etwa um 70 Proz. Im zweiten Halbjahr 1908 seien 650 000 M. umgesetzt worden, im zweiten Halbjahr 1908 aber 1 150 000 M. Das sei eine Steigerung um 500 000 M., also um etwa 80 Proz. Seien schon die absoluten Ziffern nicht durchaus befriedigend, so falle ein Vergleich, insbesondere mit der Entwicklung der Hamburger „Produktion“, noch weniger günstig aus. Das Entwicklungstempo in Berlin sei ein geringeres gewesen. Bedauerlich sei, daß in Berlin sich die Parteinstangen nicht in der Weise um die Genossenschaften kümmerten, wie es eigentlich sein sollte. Wer ganz abgesehen davon, hätte die Genossenschaftsbewegung in Berlin doch eine andere Entwicklung nehmen müssen. Es sei nicht zu verkennen, daß der Hauptgrund der nichtbefriedigenden Entwicklung in der mangelnden Mitarbeit der Gewerkschaften liegt. In vielen Gewerkschaften sei man anscheinend der Meinung, daß die Propagandakommission sehen möge, wie sie die Sache vorwärtsbringe. Bei Agitationsveranstaltungen sei nicht genügend Propaganda gemacht worden. Auf Grund allgemeiner Erfahrungen müsse konstatiert werden, daß auch viele der Gewerkschaftsfunktionäre selbst noch nicht genossenschaftlich organisiert seien. Allerdings müsse ja mit einer gewissen Einbürgerungszeit gerechnet werden. Man müsse von unseren Genossen, namentlich in den Gewerkschaften, fordern, daß sie sich über das Genossenschaftswesen mehr unterrichteten und einen Einfluß ausübten. Die Genossenschaftsbewegung sei mit ein wesentliches Mittel im Kampf um die Befreiung, neben Gewerkschaften und Partei. Weitere Ausführungen des Redners dienten dem Nachweis, daß infolge der modernen Preisregulierungsbestrebungen der Unternehmerorganisationen, der Trusts, Ringe, Syndikate usw., trotz nennenswerter Erfolge der Gewerkschaften die Lebenshaltung an sich wenig oder nicht sich gehoben habe. Wie die Arbeiterchaft betroffen werde, zeigten die Erfahrungen mit den Kohlenpreisen u. a. Es sei auch nur eine Frage der Zeit, daß in der Nahrungsmittelindustrie eine gleiche Entwicklung eintreffe. Er wolle auch auf die lebenswerte Broschüre von Nauß, „Der Weg zur Macht“, aufmerksam machen. Sie enthielte Seite 77 ein Zitat, betreffend eine amerikanische statistische Erhebung, wo dargelegt werde, daß trotz Steigerung des Reallohnes der Reallohn, d. h. die Kaufkraft des Geldes, zurückgegangen sei. Das treffe auch auf Deutschland zu. Alle Gewerkschaften hätten nun ein großes Interesse daran, auf die Kaufkraft des Geldes Einfluß zu gewinnen. Sie müßten verhindern, daß die hart erlittenen Vorteile auf der anderen Seite leicht wieder strittig gemacht werden könnten. Das könne verhindert werden, wenn man sich in großen und leistungsfähigen Genossenschaften ein weiteres ökonomisches Kampfmittel schaffe. Die Hamburger Genossenschaft „Produktion“ sei erst seit 10 Jahren in Tätigkeit und doch könne sie in ihrem letzten Tätigkeitsbericht schon feststellen, daß sie als Preisregulator eingewirkt vermöge, und nicht bloß für ihre Mitglieder, sondern überhaupt. Aber die Genossenschaften könnten nicht nur in dieser Richtung an der Erhaltung der erzielten Errungenschaften der Arbeiter mitwirken, sie gäben auch den Gewerkschaften einen tüchtigen Stützpunkt, wenn sie zur Eigenproduktion schreiten könnten und schritten. Ganz zweifellos sei auch die entstehende Nachhilfe für den allgemeinen Befreiungskampf der Arbeiterschaft von größter Bedeutung. Redner gab dann einige Anregungen für eine intensivere Agitation zugunsten der Genossenschaftsbewegung und hob hervor, daß besonderer Wert auf eine Mitwirkung der Vertrauensmänner der Gewerkschaften gelegt werde. Jede Gewerkschaft sollte gehalten werden, ihr Vertrauensmännersystem in den Dienst der Genossenschaftsbewegung zu stellen, damit ein tüchtiges drittes Glied der Arbeiterbewegung entstehe. (Zustimmung.)

Diskussion

wurde von einem Redner darauf hingewiesen, daß die Frauen vielfach die Genossenschaft, der der Mann angehöre, nicht genügend frequentierten. Darauf müsse ein besonderes Augenmerk gerichtet werden.

Arbeitersekretär Ritter ist entschieden dafür, daß zur Förderung des Genossenschaftswesens mehr getan werde. Es sei richtig, daß die Frauen dafür gewonnen werden müßten. Redner gab zugleich den Kassendirektor der Propagandakommission, 1908 verfüge sie über 1258,41 M. Davon gab die Berliner Gewerkschaftskommission 500 M., der Berliner Konsumverein 155 M. und die Konsumgenossenschaft 139,50 M. — Im März d. J. stelle die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands der Propagandakommission 500 M. zur Verfügung.

Genosse Rüdiger von der Genossenschaft ersuchte die Gewerkschaften, jetzt, nachdem die genossenschaftliche Zentralisation in Berlin perfekt geworden sei, dieser mehr Nachdruck zu verleihen.

Genosse Klotz vertritt den Standpunkt, daß eine gewisse Antimotivität durch Vorgänge auf Genossenschaftstagen genährt worden sei.

Ritter und Wulff erklärten demgegenüber, daß die Gewerkschaften, wenn ihnen mal dies oder jenes im Genossenschaftsleben nicht gefallen hätte, erst recht einen größeren Einfluß auf die Genossenschaftsbewegung zu gewinnen suchen müßten.

Es wurde beschlossen:

„Die Konferenz betont aufs neue die Notwendigkeit einer energischen Unterstützung der Genossenschaftsbewegung und verpflichtet daher die Gewerkschaften, durch ihre Vertrauensmänner und durch Versammlungen auf den Beitritt ihrer Mitglieder hinzuwirken.“

Um die Frage der Beteiligung an den Aufgaben, die der Jugendfürsorge aus den Jugendgerichten erwachsen,

handelte es sich beim zweiten Punkt der Tagesordnung. Die deutsche Zentrale für Jugendfürsorge hat sich an die Gewerkschaftskommission bezogen. Den Ausschuss mit dem Ersuchen um Mitarbeit gewandt. Die Zentrale gibt zu, daß die sonst in Berlin für den Zweck vorhandenen Vereine zu schwach sind. So berichtete Alwin Körsten, der zu der Angelegenheit das Wort nahm. Die hier in Betracht kommenden, aus der Errichtung der Jugendgerichte sich ergebenden Aufgaben seien dreierlei Art. Wenn gegen einen Jugendlichen eine Anklage erfolgt, so habe das Gericht die Pflicht, einem der von der Zentrale genannten Helfer davon Mitteilung zu machen. Der Helfer habe dann zu recherchieren, wie die Verhältnisse der Eltern der oder des Angeklagten lagen, was für eine Schulbildung er genossen habe, unter welchen Einflüssen die Tat begangen sei, ob es sich vielleicht nur um einen sogenannten Dummenjungenstreich handle usw. Darauf ist an den Jugendgerichtshof Bericht zu erstatten. Die zweite Aufgabe wäre, die Vertretung für den Angeklagten (die Angeklagte) zu über-

nehmen, wenn es der betreffende Helfer wünsche. Und die dritte Pflicht, und es wäre die schwerste, würde darin bestehen, den oder die Betreffende auch nach der Aburteilung längere Zeit im Auge zu behalten und wohlwollend oder erzieherisch auf die Person einzuwirken. — Der Ausschuss habe sich in zwei Sitzungen mit der Angelegenheit beschäftigt und Redner habe auch gemeinschaftlich mit Eugen Ernst als dem Vertreter der Berliner Partei an einer Sitzung des genannten Vereins teilgenommen. Der Ausschuss habe darauf beschlossen, in der Konferenz eine Entscheidung herbeizuführen, ob die gewünschte Hilfe zu leisten sei. Eugen Ernst habe erklärt, daß jeder nur Sympathie für eine solche Hilfsleistung hegen könne, daß aber die Partei als solche sich nicht damit befassen könne. Das wäre ja zu verstehen. Wie sieht es nun mit den Gewerkschaften. Es sei zu berücksichtigen, daß es sich bei jener sozial-humanitären Tätigkeit um eine Förderung unsererseits handle. Vielleicht könnten Gewerkschafter, die von den Gewerkschaften ausgeführt würden, solche Recherchen usw. übernehmen.

Eugen Ernst bemerkte noch zu seiner, vom Referenten wiedergegebenen Äußerung, daß, wenn auch die Partei als solche sich nicht beteiligen könnte, es natürlich ganz Sache der einzelnen Genossen sei, inwiefern sie mitwirken wollten. Ganz zweifellos sei es eine Tätigkeit von höchster Bedeutung, eine Aufgabe, die sehr erstrebenswert sei. Die Arbeiterschaft könnte sicher hier etwas Gutes leisten. Nach seiner Meinung wäre es wünschenswert, den Gewerkschaftsausschuss zu beauftragen, Mittel und Wege zur Mitwirkung zu finden.

In der weiteren Diskussion erklärte es Wulff für eine Pflicht, sich zu beteiligen, und er wünscht auch von der Partei, daß sie gemeinsam mit den Gewerkschaften sich beteilige. — Cohen schloß sich dem an. — Eugen Ernst findet in Wulffs Ausführungen eine Sophisterei. Er hätte doch gleich gesagt, daß er als Person gern dabei sein möchte, wenn es ihm die Zeit erlaubte. Seine andere Äußerung beziehe sich doch nur auf eine offizielle Beteiligung der Partei. Für die könne er nicht sprechen. Der Ausschuss werde schon Mittel und Wege finden, die befristeten.

Nachdem noch Ad. Ritter dazu gesprochen hatte, erklärte sich die Konferenz mit der praktischen Mitwirkung bei der fraglichen Fürsorgetätigkeit im Prinzip einverstanden, mit der Maßgabe, daß Vertreter der Gewerkschaften auch an den Beratungen der Zentralstelle für Jugendfürsorge teilzunehmen hätten. Mit der Vorbereitung der praktischen Durchführung wurde der Ausschuss betraut.

Zum reichsgesetzlichen Aukturladenschluß und zur Sonntagsruhe im Handelsgewerbe

äußerte sich die Konferenz auf Anregung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Hilfsfirmen. Nach einigen einleitenden Worten des Beihilfenvertreter's Urban wurde folgende Resolution angenommen:

„Nach Lage der hiesigen örtlichen Verhältnisse kann an der Durchführbarkeit des reichsgesetzlichen Aukturladenschlusses für alle Branchen des Handelsgewerbes vom Standpunkte des konsumierenden Publikums kein Zweifel sein. Einmalige Bedenken, daß der Aukturladenschluß für die Konsumenten unsichere Weiterungen haben könnte, sind u. E. durchaus unbegründet und auch überall dort, wo der Aukturladenschluß ganz oder teilweise ortsgesetzlich geregelt ist, längst widerlegt.“

Die in der Gewerbeordnung an Sonntagen zugelassene regelmäßige fünfstündige Verkaufszeit ist nach den Erfahrungen an hiesigen Orte durchaus nicht notwendig; das Publikum hat kein Interesse an der Aufrechterhaltung der gegenwärtig zulässigen Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe. Wenn an Sonntagen und Festtagen für den Kleinhandel von Milch, Backwaren, Fleisch und Eis eine zweistündige Verkaufszeit in den frühen Vormittagsstunden zugelassen wird, so ist allen berechtigten Ansprüchen der Konsumenten vollst. Genüge getan; im übrigen kann jegliche Arbeits- und Verkaufszeit im Handelsgewerbe verboten werden.“

Im Interesse der Angestellten und Arbeiter in Handelsgeschäften wünscht die Gewerkschaftskommission, daß die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches den obligatorischen Aukturladenschluß und die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe recht bald einführen.“

Dann stand noch die Maifeier

auf der Tagesordnung. Körsten führte dazu aus: Im allgemeinen sei ja hinsichtlich der Maifeier selber für dieses Jahr nichts an der Sachlage geändert, da sie begangen werden solle wie alle Jahre vorher. Alle Anträge, die weiter zur Frage gestellt waren, seien, bis auf einen, in Nürnberg abgelehnt worden. So sei auch die Frage der Gründung eines Fonds für die Maiausgesperrten nicht erledigt. Nur der Antrag 90 sei angenommen, welcher besage:

„Die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, sind verpflichtet, an die Partei- und (oder) Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzugeben.“

Dan man nicht wisse, ob der Fonds wieder auflebe, so sei es problematisch, welche Bedeutung die Summe, die jetzt eingezogen werden soll, habe. Der Beschluß sei aber anzuführen. Hierzu habe sich der Ausschuss der Gewerkschaftskommission mit dem Zentralvorstand der Wahlvereine dahin geeinigt, daß dieser Tagesverdienst von den Betreffenden abzugeben sei, aber bei seiner Organisation.

Nach kurzer Diskussion erledigte die Konferenz die Angelegenheit durch einfache Kenntnisnahme.

18. Generalversammlung des Verbandes der Zimmerer Deutschlands.

Stuttgart, 20. April 1909.

Nachmittags-Sitzung vom 19. April.

Die Diskussion über die gehörten Berichte ist sehr lebhaft. Schilling-Hamburg beschäftigt sich mit den Verschmelzungsanträgen. Er will die Gründe, die für und gegen sprechen, erörtert wissen. Wohl erkennt er die Arbeitslosenunterstützung als Hindernisgrund an, glaubt aber, daß dieses Hindernis der wirtschaftlichen Entwicklung weichen müsse. Die Lohnkämpfe der Zukunft werden die Bauarbeiter zum Zusammenschluß zwingen. Eine von ihm eingebrachte Resolution findet keine Unterstützung.

Kolbe-Königsberg und Krenser-Frankfurt wünschen die finanzielle Unterstützung des Vorstandes zur Anstellung von Lokalbeamten, damit die dort errungenen Erfolge auch für die Zukunft nicht nur aufrecht erhalten, sondern noch mehr dazu errungen werden.

Esge-Frankfurt a. M., Dag-München, Thomas-Breslau, Kosowski-Berlin sind Gegner der Verschmelzungsidee und beantragen Ablehnung der diesbezüglichen Anträge.

Kemmer-München spricht zu dem im Geschäftsbericht veröffentlichten Protokoll über eine Sitzung der Vertreter der Bauhandwerker Münchens, welche auf Veranlassung des Maurerverbandes abgehalten wurde. Diese Sitzung, einberufen vom Gewerkschaftsleiter, sollte sich mit den von den Zimmerern aufgestellten Forderungen beschäftigen und ihn (den Bauleiter) veranlassen, die Zimmererforderungen denen der Maurer anzupassen, sei also umzuändern. Dazu sei er (Kemmer) aber nicht kompetent gewesen,

für ihn seien die Beschlüsse seiner Organisation bezw. seiner Lohnkommission maßgebend und bindend gewesen. Das habe man aber in jener Sitzung als Sonderbündel Kemmers bezeichnet und durch einen Beschluß verurteilt. Kemmer weist dies energisch zurück; er sei nicht dem Gewerkschaftsleiter München, noch dem Maurerverband, sondern einzig dem Zentralverband der Zimmerer Deutschlands verantwortlich. Die Generalversammlung möge also entscheiden. Als geradezu ungeheuerlich müßte er es aber bezeichnen, daß jene Sitzung sich anmaßte, über Lohnbewegungen der Zimmerer aus den Jahren 1906 und 1907 in den Provinzstädten Straubing, Landshut und Sternberg zu Gericht zu sitzen und auch hier ihn der Sonderbündel zu bezichtigen, ohne auch nur die geringste Kenntnis von den Fällen zu haben. Man habe den Ausführungen des Maurers Schäfer einfach Glauben geschenkt, aber auch Schäfer habe als Lokalbeamter von München keine Kenntnis von den Lohnbewegungen der Zimmerer in den Provinzorten. Kemmer erklärt, daß dort gar nicht anders hätte gehandelt werden können. Wenn die Maurerorganisation in den genannten Orten mit ihren Tarifabschlüssen nicht zufrieden sei, so könne dafür nicht er verantwortlich gemacht werden.

Hierauf erfolgt die Ablehnung aller auf Verschmelzung gestellten Anträge.

Kemmer-Hamburg wendet sich gegen die Forderung auf Anstellung der Lokalbeamten durch den Hauptvorstand, er beantragt vielmehr die Heberweisung dieser Anträge an den Zentralvorstand. Es wird demgemäß beschlossen. Scheller-Nürnberg und Jura-Eimshorn wenden sich gegen die Anstellung von mehr Lokal- und Hauptbeamten, da der Verband sonst einen richtigen Beamtenstab erhalten würde.

Jansen-Düsseldorf tritt dem entgegen. Er beweist aus dem Bezirk Rheinland und Westfalen, daß dort bei etwa 25 000 Mitgliedern der Christen weit über 40 Beamte tätig sind. Darauf wird die Sitzung auf Dienstag früh vertagt.

Stuttgart, 20. April 1909.

2. Verhandlungstag (Vormittags-Sitzung).

Rally-Chemnitz wendet sich gegen den Antrag des Vorstandes auf Nichtunterstützung der Gewerkschaftsschüler. Er glaubt, mit den gewählten Vätern könnten die Schüler auskommen.

Sirunt-Steinitz ist derselben Meinung. Schader warnt davor, in demselben Ton fortzufahren wie die beiden Redner der begonnen haben. Kube-Berlin spricht für den Antrag, der den Beschlüssen einer Vorstandssitzung entspricht. Die Ungleichheit der Entschädigung führt zu allerlei Anzuträglichkeiten, deshalb hat die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sich mit dem Kasse beschäftigt, ein Schulgeld für jeden Schüler zu erheben, um aus dieser Einnahme die Schüler gleichmäßig entschädigen zu können. Redner will dem Vorstand das Recht eingeräumt wissen, sich an dieser Einrichtung zu beteiligen, wenn sie zum Abschluß gelangt.

Der folgende Vorstandsantrag gelangt mit der von Kube beantragten Erweiterung zur Annahme:

Die 18. Generalversammlung erneuert den Beschluß der Generalversammlung, alljährlich Mitglieder an den Unterrichtskursen der Generalkommission nach den bisherigen Bedingungen teilnehmen zu lassen. Zu der gleichfalls von der 17. Generalversammlung festgesetzten Entschädigung erhalten alle Teilnehmer einen Mitgliedszuschuß von 30 M. den Monat. Die sich aus Berlin und der nächsten Umgebung meldenden Teilnehmer erhalten denselben Betrag. Dem Zentralvorstande wird das Recht eingeräumt, für jeden der Teilnehmer Bücher bis zum Wert von 15 M. zu beschaffen.

Im Falle Kartigan wird dem Antrage des Vorstandes stattgegeben.

Zum Bauarbeiterschutz

liegt ein Antrag Leipzig vor, der fordert, daß eine Konferenz zur Förderung des Arbeiterschutzes stattfindet. Ferner soll mehr Agitation und Aufklärung über diesen Punkt in die Wege geleitet werden. Nach einer lebhaften Debatte, in der Bringmann als Redakteur darauf verweist, daß der „Zimmerer“ alles getan hat, um das Interesse der Mitglieder auf diesen Punkt zu lenken, wird der Antrag abgelehnt. Es wird noch erwähnt, daß die Generalkommission in Zukunft nach Berlin übersiedelt, da die Generalkommission für Bauarbeiterschutz der Generalkommission angegliedert wird. Ferner wird dem Vorstand anheimgegeben, bei Abschließung von Tarifverträgen auf zentraler Grundlage möglichst auf die Bestimmungen des Bauarbeiterschutzes Rücksicht zu nehmen. Die monatlichen Arbeitslosenstützungen sollen in Zukunft nicht mehr stattfinden.

Auf Anregung Steffen-Bremen soll die Handhabung der Bestimmungen über Gewährung der Arbeitslosenunterstützung eine straffere sein und soll der Ausschuss streng nach den statutarischen Bestimmungen entscheiden. Wer sich nicht zur Kontrolle meldet, soll keine Unterstützung haben, unbekümmert darum, ob er für die Parteibewegung oder sonst wie tätig ist.

Heid-Ludwigshafen begründet in längeren Ausführungen seine Rechtschuldenansprüche. — Von anderen Rednern wird ausgeführt, daß die Verweigerung der Arbeitslosenunterstützung wegen nicht fristlicher Befolgung der Kontrolle, wenn die Kontrolle durch Beteiligung an Wohlarbeiten usw. gebindert wurde, unbedenklich ist.

Nach Erläuterungen, die Kube über die angeforderten Ausschussbeschlüsse gibt, erfolgt die Ablehnung aller zu diesem Punkt gestellten Anträge.

Aus Industrie und Handel.

Ein verdächtiges Manöver.

Die Frage der Einfuhrscheine und die sich daraus für die Staatskassen ergebenden Schäden, hat der „Vorwärts“ wiederholt behandelt. Jetzt bedarf diese Angelegenheit besonderer Aufmerksamkeit, denn sie ist in das Stadium der Regierungspolitik, das heißt der Agrarpolitik, eingetreten. Die „Rdn. Ztg.“ brachte dieser Tage eine offiziöse Mitteilung aus Berlin, die wohl als Richtschnur für die zu erwartenden Reichstagsverhandlungen gedacht ist. Das Blatt schreibt u. a.:

Wenn immer behauptet wird, daß durch den Heberschuß der Ausfuhr an Roggen und Hafer, der den glücklicherweise sehr guten Ernten der letzten beiden Jahre zu verdanken ist, der Ertrag des Getreidekolles für den Heberschuß der Reichskasse entzogen werde, so wird dabei meist übersehen, daß dies nur insofern der Fall ist, als nicht etwa zum Ertrag der ausgeführten Roggen- und Hafermengen andere Getreidearten eingeführt werden. Es kommt hierbei z. B. in Betracht, daß der Verbrauch an Futtergerste und wohl auch Weizen in Deutschland in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat. Klar ist allerdings, daß bei guten Inlandsernten durch das Einfuhrscheiden eine Vereinträchtigung der Reichskasse möglich ist. Um dieses Unstünde abzuwehren, würde in erster Linie der Gebrauch der Getreideausfuhrscheine für die Einfuhr von Petroleum und Kaffee ausgeschlossen werden können, ein Schritt, zu dem der Bundesrat zustimmend wäre. Als gesetzliche Maßnahme könnte in Betracht kommen eine Einschränkung des Gebrauchs der Einfuhrscheine in der Weise, daß auf einen Ausfuhrschein für Brotgetreide auch nur Brotgetreide wieder eingeführt werden darf, oder daß die Scheine nur für die Getreideart gelten, für die sie ausgestellt sind.

Das charakteristische an dem offiziellen „Fahrplan“ in der Einfuhrscheidenfrage ist die Verdrehung der Tatsachen. Unwahr ist, daß der tatsächliche Verlust an Fiskus durch Heberschuß von

Roggen und Hafer in den letzten zwei Jahren wieder aufgehoben würde durch die Zunahme an Einfuhr in Futtergerste und Weizen. Weizen wurde eingeführt im Erntejahr 1905/06: 29 150 910 Doppelzentner, 1906/07: 24 200 403 Doppelzentner und 1907/08: 23 601 080 Doppelzentner. Also seit dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifes von Jahr zu Jahr weniger Weizenimport. Der Verbrauch an Futtergerste hat ebenfalls in den letzten Jahren nicht in dem behaupteten Maße zugenommen. Dazu kommt noch, daß nach den Handelsverträgen die Futtergerste bei der Einfuhr denaturiert werden muß, was durch die Zollbehörde umsonst zu erfolgen hat. Die Denaturierung nimmt viel Zeit in Anspruch, was enorme Summen Eisenbahnfrachten bedingt, die die Zollbehörde belasten. Die Einfuhr von Futtergerste als Ersatz für Hafer bereitet dem Reiche also noch besondere Kosten. Zudem werden als Ersatz für Hafer Surrogate verwendet. Die Landwirtschaft bezieht zum Verfüttern Kleie, Maisfutter, Hemo, Viktoria usw.; alles Artikel, die zollfrei eingehen. Weiteres können mit den Einfuhrscheinen die Zollobträge nicht nur für Petroleum und Kaffee, sondern auch, außer für alle Getreidearten, für exotische Nahrungsmittel, Südfrüchte, Gewürze, Gerichte, Kakaobohnen, Kaviar, Kustern, Nüssen, Schildkröten, Reis, Tee, Baumwollamenöl, Tran usw. usw. benutzt werden! Die von der Kolnerin vorgeschlagene Reform wäre demnach nur ein Schlag ins Wasser — und soll es auch nur sein. Schließlich wird in der Darlegung noch bemerkt, daß eine Beschränkung des Einfuhrscheintarifs durch den Reichstag gegeben sei. Dieser könne beschließen, daß die Einfuhrscheine nur für dieselbe Getreideart zur Einfuhr benutzt werden dürften, — aber: „dafür werde sich sicher keine Mehrheit im Reichstage finden“, denn die freisinnig vertretenen Städte des Rhens hätten die Einfuhrscheine freudig begrüßt, und deswegen würden die Freisinnigen nicht gegen die Einfuhrscheine stimmen können. Da Einfuhrscheine erst bei mindestens 10 Tonnen Ausfuhr gegeben werden, so ist es nur der Großhändler, der von dem System Vorteil hat. In den jüngst vergangenen 18 Monaten hat die Zollbehörde an die Agrarier für Hafer- und Roggenmehrausfuhr 34 Millionen Mark gezahlt! In den beiden ersten Monaten des Jahres 1909 waren es allein 17 Millionen Mark. Die Liebessgabe den Junkern zu erhalten, ist der gekennzeichneten Uebung Zweck.

**Wälinger.** Bei angeblich sehr hohen Abschreibungen sollen für das letzte Jahr wiederum 8 Proz. Dividende ausgeschüttet werden. — Kleine Bodenkörner, hohe Dividenden.

**Saatenstand in Preußen Mitte April 1909.** Wenn Vegetationsziffern 2 gut, 3 mittel und 4 gering bedeuten. Winterweizen 8,2 (im April des Vorjahres 2,7), Wintergerste 2,7 (2,5), Winterroggen 3,1 (2,7), Klee und Rüben 3,5 (2,7), Acker 2,9 (2,7), Luzerne 2,9 (2,6), Kiefern 3,2 (2,7), andere Wiesen 3,3 (3,1).

In den Bemerkungen der Statistischen Korrespondenz wird darauf hingewiesen, daß die Saaten trotz der starken Kahlfröste im Oktober und November verhältnismäßig günstig überwintert haben, daß aber die nach der Schneeschmelze im März eingetretenen starken Kahlfröste das Wachstum fast gänzlich verhindert haben. Wenn die gegenwärtige Lage auch vieles zu wünschen übrig läßt, ist doch zu erwarten, daß mit dem baldigen Eintritt der warmen Witterung und milder Niederschläge Besserung eintritt.

**Steigerung der Lebensmittelpreise im März.**

Nach den Zusammenstellungen der „Statistischen Korrespondenz“ sind im März die Großhandelspreise für eine Reihe Artikel über die Höhe im Februar hinaus gestiegen. Es kosteten z. B. im Durchschnitt nach den Marktpreisen an 50 Orten:

	Februar	März
1000 Kilogramm Weizen	218	225
Roggen	165	170
Braugerste	186	196
Futtergerste (mittel)	155	160
Hafer	168	178
Erfartoffeln	63	67
Heu	63	64

Bereits im Februar war gegenüber dem Vormonat eine Steigerung eingetreten und zwar von 11 M. bei Weizen.

Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen hat nach ihrem Geschäftsbericht im letzten Jahre einen Reingewinn von 1 891 870 M. erzielt gegen 1 602 619 M. im Vorjahre. Es sollen wiederum 5 Proz. Dividende ausgeschüttet werden.

**Gute Farbe.** Der Aufsichtsrat der Farbwerke vorm. Meister, Lucius u. Brüning bringt für 1908 eine Dividende von 27 Proz. in Vorschlag.

Der sächsisch-thüringische Färberring gesprengt. Der Kampf der vereinigten Webereibesitzer im sächsisch-thüringischen Industriegebiet gegen die dortige Färbekonzession ist, wie bereits kurz mitgeteilt, mit einem vollständigen Sieg der ersteren beendet worden. Der Färbekampf wurde in den letzten Wochen sehr scharf durchgeführt. Die ringtreuen Färbereien waren dadurch genötigt worden, die große Mehrzahl der Arbeiter zu entlassen. Die Betriebe lagen beinahe vollständig still. Dagegen waren die abtrünnigen Färbereien mit Aufträgen überhäuft. Bis abends 10 und 12 Uhr muhten die Arbeiter haften. Sonntagmorgen existierte nicht mehr. Trotz der umfangreichen Heberarbeit waren die wenigen ringuntreuen Unternehmungen nicht in der Lage, die Arbeit zu bewältigen. Durch die Vermeidung des Kampfes haben jetzt alle Betriebe wieder flott zu tun.

**Wasserstands-Nachrichten**  
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 20. 4.		am 19. 4.		Wasserstand	am 20. 4.		am 19. 4.	
	am	seit	am	seit		am	seit	am	seit
Remel, Müst	106	+23	106	+23	Soale, Großh.	178	-14	178	-14
Bregel, Unterburg	294	0	294	0	Habel, Spandau	126	-5	126	-5
Wiesche, Thon	246	+20	246	+20	Havel, Hallesche	134	+4	134	+4
Oder, Kottbus	255	+2	255	+2	Spree, Spremberg	96	+5	96	+5
Strossen	254	-3	254	-3	Beckow	170	-4	170	-4
Frankfurt	294	+1	294	+1	Weser, Minden	85	+5	85	+5
Wartze, Schrum	245	-5	245	-5	Weser, Minden	106	+9	106	+9
Landesberg	120	-2	120	-2	Rhein, Rarinsiliansan	438	0	438	0
Rege, Borsbann	104	-10	104	-10	Rhein, Rarinsiliansan	336	-8	336	-8
Elbe, Borsbann	13	-16	13	-16	Rhein, Rarinsiliansan	282	-8	282	-8
Dresden	829	+2	829	+2	Neckar, Weidbrom	110	-5	110	-5
Bard	275	+3	275	+3	Rain, Weidbrom	194	-11	194	-11
Wagdeburg					Wojel, Trier				

+) + bedeutet Hoch, - Fall - \*) Unterpegel.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

**Donnerstag, 22. April.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Die Fledermaus.  
Königl. Schauspielhaus. Mrs. Dot. Neues königliches Opernhaus. Geflohen.  
Deutsches Haus. Kammerstück. Der Arzt am Schildewege. (Anfang 8 Uhr.)  
Anfang 8 Uhr.  
Festung. Orfeda.  
Neues Schauspielhaus. Pech-Schulze.  
Welter. Der Jockeiklub.  
Berliner. Einer von unsere Leut.  
Königl. Schauspielhaus. Die fremde Frau.  
Thalia. So wohnt sie dem?  
Königliche Oper. Die verkaufte Braut.  
Residenz. Kammerschick um Amelie.  
Lustspielhaus. Im Klubessel.  
Kleines. Moral.  
Gebell. Keine Lupa.  
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Welt, in der man sich langweilt.  
Schiller-Charlottenburg. Macbeth.  
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Lumpacivagabundus.  
Lilien. Marie, die Tochter des Regiments.  
Trianon. Wiedergewitter.  
Neues Operetten-Theater. Die Dollarprinzessin.  
Berliner Operetten-Theater SW. Das Himmelskätzchen. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Bernhard Rose. Graf Essex.  
Waldspiel-Theater. Der Hund von Baskerville.  
Gebrüder Herrnsfeld. Meine Deine Tochter. Der selige Niemann.  
Apollo. Die Geschwister Wieselthal. Spezialitäten.  
Metropol. Geflohen.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Carl Haberland. Spezialitäten.  
Wahage. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Volles Caprice. Das Lied vom brauen Mann. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Rafino. Wermann. Spezialitäten.  
Wuhab Wehren. Spezialitäten.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Parodie. Siegel stellt alles. — Alles fürs Kind. Ober: Die Folgen eines Rendezvous. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Auf den Trümmern Messinas.

**Theater des Westens.**

Abends 8 Uhr:  
**Der Jockeyklub.**  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise:  
Ein Walzertraum.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Donnerstag, 22. April, Anf. 8 Uhr:  
**Lumpacivagabundus.**  
Freitag: Der Dorftramp.  
Sonabend: Lufarsenscher.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Schlagende Wetter. 8 Uhr: Der Dorftramp.

**Residenz-Theater.**

— Direktor: Richard Alexander. —  
Anfang 8 Uhr.  
**Kammerschick um Amelie.**  
Schwan in 3 Akten (4 Bildern) von Feytaut.  
Morgen u. folg. Tage: Dief. Vorstellung.  
Sonntag, den 25. April, 8 Uhr:  
Der Jock in Odr.  
**Neues Operetten-Theater.**  
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.  
Abends 8 Uhr:  
**Die Dollarprinzessin.**  
In Vorbereitung: Der Zigeunerbaron.

**Hebbel-Theater**

Königsplatz Str. 67/68. Anf. 8 Uhr.  
Zum 1. Male:  
**Arsene Lupin.**

**Gastspiel-Theater**

Köpenicker Straße 68. Anf. 8 Uhr.  
**Sensationeller Erfolg!**  
**Der Hund von Baskerville**  
von Ferd. Bonn.

**Luisen-Theater.**

Abends 8 Uhr:  
**Regimentstochter.**  
Freitag Benefiz H. Kapfenberg: Faust. 1. Teil.  
Sonabend: Regimentstochter.  
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Das Mädchen auf Irwegen. Abends 8 Uhr: Faust.  
Montag: Das Mädchen ohne Geld.

**DERNHARD ROSE THEATER**

Dr. Frankfurter Str. 132.  
Benefiz-Vorstellung für Gertrud Diegelberg.  
Zum erstmalig:  
**Graf Essex.**  
Schauspiel in 5 Akten v. Lande.  
Anfang 8 Uhr. Wochenlagpreise.  
Freitag: Kyrit-Myrit.

**Stadt-Theater Moabit.**

Gründer und vornehmster Theater-saal Moabit.  
**Alt-Moabit 48.** (Tel. II 9192.)  
Donnerstag, den 22. April:  
**Die Tochter der Hölle.**  
Lustspiel in 5 Akten von R. Anselm.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.  
Stofföffnung 7 Uhr.  
Nach der Vorstellung: **Tanz.**

**Berliner Eis-Palast**

**Ständige Eisbahn.**  
Bis 12 Uhr nachts geöffnet.  
**Konzert und Kunstlaufen.**

**Schiller-Theater.**

O. (Wallner-Theater.)  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die Welt, in der man sich langweilt.**  
Lustspiel in 3 Aufzügen von Eduard Wallner.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die Welt, in der man sich langweilt.**  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
Zum 1. Male: **Doktor Klaus.**  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Macbeth.**  
Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.  
Ende 11 Uhr.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Macbeth.**  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
**Das Opferlamm.**

**Arnold Scholz. Neue Welt Hasenheide 108-114.**

**„Das silberne Horn von Berlin“**  
**Gr. Amateur-Ringkampf-Konkurrenz.**  
**Große Spezialitäten-Vorstellung.**  
Auftritten erstklassiger Künstler.  
Anfang 7 Uhr, Sonntags 8 Uhr. Entree W. 0.30, 0.50, 1.—, 2.—.

**Brauerei Friedrichshain**

Heute, Donnerstag: **7. Tag Ringkämpfe**  
— der großen internationalen —  
**Weltmeisterschaft**  
in Leichtgewicht und Siegesprämie von 3000 M.  
Heute ringen fünf Paare:  
Pettijohn, Elms-Lothringen, gegen Muldon, England.  
Barowski, Westpreußen, gegen Sanders, Negor-Champion.  
Robert Releovich, Weltmeister, gegen Böhm, Ostpreußen.  
Petrowitsch, Polen, gegen Annoni, Italien.  
Nitschke, Berlin, gegen Stolzenwald, Rheinland.  
Vor den Ringkämpfen: **Das ausgewählte Spezialitätenprogramm.**  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf., res. Pl. 1 M., numer. Tisch 2 M.

**Urania.**

Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Auf den Trümmern Messinas.**

**Apollo Theater**

9 1/2 Uhr: Drei Schwestern  
**Wiesenthal**  
9 1/2 Uhr: Amélie de L'Enclos, Stimmphänomen.  
9 Uhr: F. A. Heinhaus, Rechenkünstl.  
8 Uhr: Das Abrige gr. Progr.  
Sonntag, 25. April, nachm. 3 1/2 Uhr, ausnahmsweise Gastspiel der drei Schwestern Wiesenthal.

**Gebrüder Herrnsfeld-Theater.**

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.  
**Schluss der Spiel-Saison:**  
**Freitag, 30. April.**  
Bis dahin täglich die mit stürmischem Beifall aufgenommene Novität:  
**Meine-Deine Tochter.**  
Komödie in 2 Akten von A. und B. Herrnsfeld  
Ferner:  
**Der selige Niemann.**  
Lustspiel in 1 Akt von Karl Tellheim.

**W. Noacks Theater**

Direktion: Rob. Will. Schumannstr. 16.  
**Yelva, die russische Waise.**  
Großes Melodrama von Th. Dell.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.  
Spreng- und Vorzugskarten gültig!  
Sonabend, den 24. April: Große Extravort.: Die Macht des Goldes.

**Casino-Theater**

Reichinger Str. 37. — Täglich 8 Uhr.  
Bis zum 30. April:  
**Ackermann.**  
W. 1. Mal auf deutschen Bühnen:  
**Das Opferlamm.**  
Sonntag 4 Uhr: **Rußland.**

**Freie Volksbühne**

Dienstag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Engelshof 15:

**General-Versammlung.**

Tagesordnung: 1. Vortrag: Herr Dr. Anselm Ruest: Der Naturalismus im Drama. 2. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. 3. Revisionsbericht. 4. Diskussion und Verschiedenes.

Zutritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Nächste Aufführungen:  
**Nachtsyl (Gorki)** im Neuen Schauspielhaus.  
**Der Fleck auf der Ehr'** Thalia-Theater.  
**Hans Huckebeln** Thalia-Theater.  
**Der Probekandidat** Herrnsfeld-Theater.  
No. der Mitgliedskarte:  
**Sonntag, den 25. April . . . 12901-12430**  
210/19 **Der Vorstand: G. Winkler.**

**Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum,**

in nächster Nähe des Schillerparks und des Schützenfests vorzüglich gelegen, billige 3-, 2- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaus, mit auch ohne Bad, Ballen pp. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-Promenade, Sienziger Straße, Mülli-Str., Holländer- und Thuner Straße.

**WINTERGARTEN**

**Baggesen De Lilo**

**Salerno**  
sowie das von Publikum und Presse glänzend beurteilte

**April-Programm.**

Reservierter Pl. 2 M. Entree 1 M. (einschl. Programm u. Garderobe).

**Palast-Theater**

Burgstraße 24, 3 Minuten vom Bahnhof Börse.  
**International Ringkampf-Konkurrenz**  
um die Siegesprämie von 4500 M. in bar. — Bis heute haben sich 20 der ersten Ringkämpfer des In- und Auslandes gemeldet.

**Metropol-Theater**

Wegen Vorbereitung **geschlossen.**  
Sonabend, den 31. April, zum 1. Male:  
**Die oberen Zehntausend.**  
Operette in 3 Akten nach einer Idee des Victorien Sardou und Julius Freund. Musik v. Gustav Kerker. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schults.

**Reichshallen-Theater**

Stettiner Sänger.  
**Der Kompagnie-Ball.**  
Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.



**Passage-Theater.**

Die maurische Schlangentänzerin  
**Yaka-Jshad**  
Gastspiel der Garland-  
**Negeroperette**  
und das grandiose  
April-Programm.  
**Der größte Variété-Erfolg**  
den je Berlin gehabt!

**Damms Volkspark-Theater**

(früher Diets)  
Landesberger Allee 76/77.  
Täglich:  
**Weistach Sächsisch. Volks-Theater**  
zum erstmalig in Berlin — vollständig neu — alles leicht — man amüsiert sich köstlich.

**Folies Caprice.**

**Insolvent.**  
Hoffe von L. Laustein.  
**In lausischer Nacht.**  
Burlische von B. Geride.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Passage-Panoptikum.**

**Prinzeß Fassie**  
die Amazonenkönigin mit ihrer wilden Garde.  
„Das blaue Weib“  
das Opfer unbarmherziger Tötation.  
Alles ohne Extra-Entree!

**Berliner Uk-Trio.**

Folk Schouor  
Stralanderstr. 1.

**Walhalla-  
Variete-Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenthaler Tor.  
Anfang 8 Uhr.  
Die großartig. April-Spezialitäten.  
Im Tunnel: Freikonzert.

Ohne Anzahlung! Portieren, Gardinen, Steppdecken, Teppiche, Uhren, Bettwäsche und kleine Waren!  
L. Matzner, Auguststr. 50.  
Nur Vorkasse erbeten.



46 eigene Fischdampfer  
**„Nordsee“**  
Von frischen Fängen unserer Dampfer empfehlen wir in Ia. Qualität per Pfund:  
II. gr. Kabeljau im Querschnitt 25 Pf.  
Seelachs im Querschnitt 25 Pf.  
Schellfisch im Querschnitt 30 Pf.  
Helgol. Schellfisch mittiger 35 Pf.  
Kl. Schellfisch zum Braten 25 Pf.  
Bratflundern . . . . . 30 Pf.  
Rotzungen Kleinmutterl. 30 Pf.  
Rotzungen Ia große Hesse 50 Pf.  
Knurrhahn . . . . . 30 Pf.  
Für die feine Tafel besonders:  
ff. Steinbutt, Heilbutt, Seezungen, Zander.  
Täglich frische Zufuhr.  
**Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“**

Größte Hochseefischerei Deutschlands.  
Hauptgeschäft: Berlin C., Stadtbahnhof Börsen, Fernsprecher Amt III Nr. 8904.  
Verkaufsstellen:  
O. Stadtbahnhof Börsen, Bogen 9-10.  
N. Spandauerstr. 131.  
S. Oranienstr. 94.  
O. Große Frankfurter Str. 85.  
O. Schilling, Bahnhof, Bog. 8/9.  
NW. Bildauer Str. 57.  
W. Potsdamer Str. 112a.  
Spandau, Breitenstr. 54.

Seefischkochbücher gratis!  
Von der Reife zurück Gertrud Rewald, Bringenstr. 63.

**Portieren-Spezialhaus**  
Uebergardinen für Fenster und Türen.  
Imposante Auswahl (einfacher und hochparter Genre).  
Pro Fenster von 3<sup>75</sup> bis 175 M.  
Ein Posten reichgestickter Plüsch-Portieren  
Pro Fenster 8<sup>75</sup> M. (Wert 1950 M.)  
Nach auswärts per Nachnahme!

**Emil Lefèvre**  
Berlin Süd. Seit 1882  
nur Oranienstraße 158.  
Habe nirgends Filialen!  
Soeben erschienen Mein neuer Pracht-Katalog für Innen-Dekorationen.  
Zusendung gratis und franko.

# Zentralverband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.  
Freitag, den 23. April, abends 6<sup>1/2</sup> Uhr:  
**General-Versammlung**  
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, großer Saal.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes und Kassierers vom 1. Quartal. 2. Stellungnahme zur Walfeste. 3. Verschiedenes. 4. Mitgliedsbuch legitimiert. — Anfang präzis. 192/12  
Der Vorstand.

# Zentralverband der Stukkateure

Filiale Berlin.  
Donnerstag, den 22. April 1909, abends 8 Uhr,  
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:  
**Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Das Ergebnis der Tarifverhandlungen in der Schlichtungskommission und wie stellen sich die Stukkateure Berlins dazu. 2. Berichterstattung vom Verbandstag. 3. Neuwahl des Ausschusses und der Ganleitung. 4. Verschiedenes.  
Meldungen zur Mitgliedschaft werden am Eingang des Saales entgegengenommen.  
173/13<sup>a</sup> Die Ortsverwaltung.

Gustav Behrens-Theater, Goltzstr. 9.  
Das glänzende sensationelle April-Programm.  
9<sup>1/2</sup> Uhr: Aufführung des lehrbaren Lustspiels „Pöppelins II“. Der Friseur als Don Juan. Operette.  
Anfang 6 Uhr.

**Sansouci**, Kottbuser Straße 6.  
Direktion Wilhelm Reimer.  
Heute Donnerstag: Neues Programm. Elite-Soiree Frühling-Kränzchen von Hoffmanns Nord. Sängern  
Zubehören Beifall im Krug zum grünen Kranz. Wiederholung in 1 Akt. Stets aktuelle Schläger! Beg. Sonnt. 6, wochent. 8 U.

**Steidl**, Singer-  
Theater, Brückenstr. Anf. 7<sup>1/2</sup> U.  
Wochentags 8<sup>1/2</sup> U. Riesenerfolg.  
**Papa Brenneke!**  
Parterre-Saal: Berliner Spatzen.  
Prima Küche. — Entree frei.

**Ordentliche General-Versammlung** der Orts-Krankenkasse der Hutmacher, Hutfournituren- und Filzwarenverfertiger in Berlin.  
Freitag, 30. April 1909, ab. 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal 1).  
Tages-Ordnung:  
1. Jahres- und Kassensbericht.  
2. Bericht der Revisoren pro 1908 und eventueller Antrag auf Erteilung der Decharge des Vorstandes und des Kassanten. 2172b  
3. Die Reichsversicherungsordnung. Referent: Karl Böhm.  
4. Kassensachen und Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
Der Vorstand.  
Eleganter Dammbau. Vorsitzender, Wile Jakobier. 30/22.  
Eintabung legitimiert.

**Orts-Krankenkasse der Gürtler.**  
Am Sonntag, den 25. d. M., vormittags 9<sup>1/2</sup> Uhr, im Märkischen Hof, Admiralstraße 180:  
Ordentliche General-Versammlung der Delegierten.  
Tages-Ordnung:  
1. Beschlusfassung über die Abnahme der Rechnung des Vorjahres. 2. Festsetzung des Gehalts für einen Bureauangestellten. 3. In getrennter Versammlung Ergänzungsmittel eines Vorstandsmitgliedes (Mitgliednehmer) 8. 30. April 3 des Statuts. 4. Verschiedenes. 2175b  
Berlin, den 21. April 1909.  
Der Vorstand.  
G. Kneiff, Vorsitzender.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Verwaltung Berlin.  
Perlmutter-, Horn- u. Steinnußarbeiter  
Donnerstag, den 22. April, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 5:  
**Branchen-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Nitsche über: „Die Bedeutung des Genossenschaftswesens für die Arbeiterklasse“. 2. Branchenangelegenheiten. 82/14

**Möbelpolierer.**  
Donnerstag, den 22. April, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über: „Arbeitslosenfrage“. Referent: Kollege R. Leopold. 2. Die Walfeste. 3. Branchenangelegenheiten. 82/14

**Jalousien-Arbeiter.**  
Sonntag, den 25. April 1909, abends 5<sup>1/2</sup> Uhr, bei Anton Becker, Weberstr. 17:  
**Branchen-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die Frau als Stammesgefährtin des Mannes. Referent: Kollege Schlemminger. 2. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen unserer Kollegen nebst Angehörigen erwartet  
Die Kommission.

**Bilderrahmenmacher.**  
Montag, den 26. April, abends 6 Uhr (gleich nach Feierabend), im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal 5):  
**Branchen-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Dr. Max Schütte über: „Die Pariser Kommune“. 2. Walfeste.  
Zahlreiches Besuch erwartet  
Die Kommission.

**Vergolder und Möbelpolierer.**  
Sonntag, den 24. April 1909:  
**Kostüm-Fest**  
Eine Nacht in Sorrent  
in der „Alhambra“, Wallner-Theater-Str. 15.  
Um 11 Uhr: Großer Festzug mit anschließenden Nationalhymnen.  
Die Ballmusik wird von der verstärkten Hauskapelle unter Mitwirkung eines Mandolinen-Orchesters ausgeführt.  
Anfang abends 8<sup>1/2</sup> Uhr.  
NB. Billetts sind bei den Vertrauensleuten und beim Komitee zu haben.  
Das Komitee.

**Augen auf!**  
Jedem Herrn, der sich elegant und billig kleiden will, empfehle ich elegante Monatsgarderobe, in feinsten Werkstätten Berlins gearbeitet, von Herrschäften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebraucht (für jede Figur passend)  
Monats-Jackett-Anzüge . . . 8, 10, 14, 18 M.  
Monats-Rock-Anzüge . . . 10, 12, 16, 20 M.  
Monats-Herren-Paletots . . 8, 10, 14, 18 M.  
Monats-Herren-Hosen . . . 2.50, 3.00 M.  
**Große Abteilung neuer Garderobe**  
Hauptgesch.: Gr. Frankfurter Str. 116 an der Andreasstraße.  
2. Geschäft: Chausseestraße 89 gegenüber der Lisonstraße.  
3. Geschäft: Brunnenstraße 179 an der Invalidenstraße.  
Garderoben jeder Art werden billigst verliehen.

**Neue Freie Volkshühne.**  
Am Dienstag, den 20. d. M., stand unser langjähriger Obmann und Mitbegründer unseres Vereins, der Tischler  
**Heinrich Kaufhold.**  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. April, nachm. 3<sup>1/2</sup> Uhr von der Leichenhalle des Gammus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstr. 129/137, aus statt. 150/3  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Einlecher  
**Wilhelm Boy**  
am 19. April verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 22. April, nachmittags 5<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in der Röhrlstraße aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
82/15 Die Ortsverwaltung.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise der Teilnahme bei der Beerdigung unserer imiggelebten Tochter Hedwig lagen wir allen Verwandten und Bekannten, den Kollegen der Deutschen Telefonwerke, dem Blausenverein „Königliche“ unseren herzlichsten Dank.  
**Hermann Friese** nebst Frau.

**Invaliden-Unterstützungskasse der Gürtler**  
zu Berlin.  
Sonntag, den 25. April 1909, vormittags 11<sup>1/2</sup> Uhr, bei Möhring, Admiralstraße 180:  
**Ordentliche General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäftsbericht. 283/18  
2. Diskussion.  
3. Verschiedenes.  
Der Vorstand.  
Max Heller.

**„Exquisit“**  
Fabrik für Möbel u. Inneneinrichtung. (Eingetragene Genossenschaft in Beschr. Haftung.)  
Sonntag, den 2. Mai 1909, vormittags 9 Uhr, in unserer Geschäfts-kammern:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates. 2. Genehmigung der Bilanz 1908. 3. Neuwahlen. 4. Statutenänderung. 105/6  
Der Vorstand.  
Walter Burthardt.

**Gemeinsame Orts-Krankenkasse für St.-Wilmerdorf und Umgegend.**  
Die Vertreter der Arbeitgeber und Kassennmitglieder werden hiermit zu der am  
Freitag, den 30. April 1909, abends 8 Uhr, im Viktoriengarten, Wilhelmstraße Nr. 114/115,  
stattfindenden  
**Ordentlichen General-Versammlung**  
ergerndt eingeladen.  
Tages-Ordnung:  
1. Berichterstattung des Protokolls der letzten Generalversammlung.  
2. Bericht des Vorstandes über das neulassene Geschäftsjahr 1908 und Abnahme der Jahresrechnung 1908 nach Bericht durch die Rechnungsprüfungs-kommission.  
3. Wahl eines Vorstandsmitgliedes (Arbeitnehmer) für die Wahlperiode bis 30.9.09.  
4. Besprechung über die neue Reichsversicherungsordnung sowie Stellungnahme und Beschlusfassung über die Beschaffung des V. allgemeinen Krankenkassenkongresses.  
5. Anstellung von Beamten durch Verträge und Regelung der Gehälter.  
6. Beschlusfassung über die eventuelle Errichtung eines Genesungsheim.  
7. Statutenänderung der §§ 13, 14, 23, 26, 42, 44, 50, 55, 65, 67.  
8. Sonstige Kassensachen.  
**Berlin-Wilmerdorf,**  
den 21. April 1909. 274/3  
Der Vorstand.  
Gustav Wegener, Hugo Freundt, Vorsitzender, Christia Her.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 19. April verstarb nach kurzem schweren Leiden unser langjähriges Mitglied, der Schneider  
**Max Schuch**  
(19. Bezirk).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr von der Halle des neuen Rixdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg aus statt. 235/1  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 19. April verstarb nach kurzem schweren Leiden unser langjähriges Mitglied, der Schneider  
**Max Schuch**  
(19. Bezirk).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr von der Halle des neuen Rixdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg aus statt. 235/1  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Statt besonderer Meldung:**  
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten teile mit, daß die Beerdigung meiner lieben Familie am Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gammus-Kirchhofes in Rixdorf stattfinden.  
Um stille Beileid bitte!  
Der trauernden Gattin und Vater  
**Paul Seibt,**  
21815  
Wedowstr. 30.

Am Dienstag, den 20. April, starb nach kurzem, schweren Leiden meine innigst geliebte Frau, Schwester, Schwägerin und Tante  
**Anna Sproß**  
geb. Schulze.  
Für die trauernden Diener-Beidenen:  
**Karl Sproß.**  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. April, nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichenhalle des Städt. Friedhofes in Friedrichs-see aus statt.

Unserem alten Freund und Genossen  
**Wilhelm Fleischhimmel**  
die herzlichsten Glückwünsche zu seinem heutigen Geburtstag.  
Seine Freunde W. W. 2.

Zur Feier der  
**Silberhochzeit**  
unseres langjährigen Freundes und Kollegen 82/16  
**Anton Rameck nebst Frau**  
die herzlichsten Glückwünsche.  
Die Angehörigen des  
Deutsch. Holzarbeiterverband.  
Zahlstelle Berlin.

Unserem Kollegen  
**Anton Rameck nebst Frau**  
die herzlichsten Glückwünsche zum 25-jährigen Jubiläum.  
Die Kollegen der Firma Koch.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 20. April verstarb unser Mitglied, der Maler  
**Julius Eichhorn**  
Dunderstraße 15.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gammus-Kirchhofes, Nieder-Schönhaufen-Kirchhof, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
223/17 Der Vorstand.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berl. Reichstagswahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 20. April verstarb unser Mitglied, der Eisenarbeiter  
**Paul Finke**  
Bantstraße 55.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. April, nachm. 4<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Friedhofes in Rixdorf aus statt. 223/16  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein innigst geliebter Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Schneider  
**Max Schuch**  
Rixdorf, Berlinerstr. 12 nach langen, schweren Leiden verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr von der Halle des Rixdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg aus statt.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 19. April verstarb nach kurzem schweren Leiden unser langjähriges Mitglied, der Schneider  
**Max Schuch**  
(19. Bezirk).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr von der Halle des neuen Rixdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg aus statt. 235/1  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 19. April verstarb nach kurzem schweren Leiden unser langjähriges Mitglied, der Schneider  
**Max Schuch**  
(19. Bezirk).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr von der Halle des neuen Rixdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg aus statt. 235/1  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Am Dienstag, den 20. April, starb nach kurzem, schweren Leiden meine innigst geliebte Frau, Schwester, Schwägerin und Tante  
**Anna Sproß**  
geb. Schulze.  
Für die trauernden Diener-Beidenen:  
**Karl Sproß.**  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. April, nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichenhalle des Städt. Friedhofes in Friedrichs-see aus statt.

**Dr. Schönemann**  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.  
Friedrichstr. 203, Ecke Schöneberg-  
Wochentags 10-2, 5-7.



Flugblattverbreitung.

Achtung! Am Sonntag, den 25. April, von 8 Uhr früh an, findet in Berlin und Umgegend eine Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus statt.

Wir bitten die Genossen und Genossinnen, besonders hier zur Stelle zu sein, damit die Verteilung prompt und schnell erledigt wird.

Mit Parteigrüß! Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am Sonntag, den 25. d. M., veranstalten folgende Gesangsvereine: „Germania“, „Myrthe“ und „Smolliis“ im „Berliner Lehrervereinshaus“ am Alexanderplatz ein Konzert, zu welchem man lebhaft bemüht ist, einen möglichst großen Bilettsverkauf hauptsächlich in Arbeiterkreisen zu erzielen.

In Alt-Geltow bei Potsdam hat der Inhaber des bisher dort einzigen freien Lokals, Herr Julius Thomann, seine Antrittskarte zurückgezogen, so daß uns nunmehr dortselbst kein einziges Lokal zur Verfügung steht. Da dieser Ort von Ausflüglern stark frequentiert wird, ersuchen wir die Vereine und speziell die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine, obiges zu beachten.

Groß-Lichtersfeld. Morgen, Freitag, abends 8 Uhr findet eine Besprechung der organisierten Parteigenossinnen bei Wahrensdorf, Wäsestraße 22, statt.

Am Sonntag, den 25. April, mittags 12 Uhr, wird eine Volksversammlung in Wahrensdorf Gesellschaftshaus, Wäsestraße 22, stattfinden mit der Tagesordnung: „Neue Volkslisten als Reichsfinanzreform.“ Die Parteigenossen werden ersucht, für den Besuch dieser Versammlung eifrig zu agitieren und sich wegen der am selben Tage vormittags auszuführenden Flugblattverbreitung den Bezirksführern zur Verfügung zu stellen.

Hoffen. Freitag, den 24. d. M., abends 8 Uhr, findet im Lokal des Herrn Kurzner unsere Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. Bericht von der Kreis- und Verbandsversammlung, Abrechnung vom ersten Quartal, Verschiedenes.

Sonnabend, abends 6 1/2 Uhr, vom Lokal Kurzner aus Handzettel- und Flugblattverbreitung. Sonntag, abends 8 Uhr, findet im Lokal des Herrn Kurzner eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: Neue Volkslisten als Reichsfinanzreform. Referent: Reichstagsabgeordneter Fritz Jubeil.

Reinickendorf-Öst. Morgen, Freitag, abends 8 Uhr, findet im Schützenhaus, Westendstr. 1/2, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der Genosse Adolf Hoffmann über: „Die Pfarrerebefolgungen, die Steuerfreiheit der Kirche und ihrer Diener“ und der preussische Landtag“ sprechen wird. Parteigenossen! Sorgt für guten Besuch dieser Versammlung.

Wittenau. Am Freitag, den 23. April, abends 7 Uhr, findet vom Lokal des Herrn A. Schulze, Hauptstraße, aus eine Handzettelverteilung statt. Im selben Lokale referiert am Sonntag, den 25. April, nachmittags 4 Uhr, in einer Volksversammlung der Genosse Karl Bermuth über „Die politische Lage“.

Berliner Nachrichten.

Was den Berliner Stadtvätern in London blüht.

Aus Anlaß des vorjährigen Besuches einer Anzahl Vertreter der Stadt London in Berlin, Charlottenburg und Potsdam haben letztere sich verpflichtet gefühlt, Abordnungen von Vertretern der genannten Städte zu einem Gegenbesuch einzuladen. Diese gegenseitigen Besuche sollen den Zweck haben, die Beziehungen zwischen England und Deutschland zu bessern. Soweit die Berliner Stadtverordnetenversammlung in Frage kommt, werden 20 Stadtverordnete an dieser Versuchsfahrt teilnehmen. Von den städtischen Behörden Londons sind bereits für den Empfang entsprechende Vorbereitungen getroffen und ist vorläufig folgendes Programm festgesetzt worden:

Die Deutschen treffen Sonntag, den 23. Mai, in Southampton mit dem Dampfer „Prinz Friedrich Wilhelm“ vom Norddeutschen Lloyd ein und nehmen in London im Royal Hotel Deutscher Quartier. Montag, den 24. Mai: Besuch der Towerbrücke und Frühstück im Great Eastern Hotel, nachmittags Besuch der Bank von England und abends Banquet in der Guildhall. Dienstag, den 25. Mai: Besuch der berühmten City of London School, der Musikakademie der City, des Zentralmarktes, des Zentralstrafgerichtshofes; nachmittags Spazierfahrt durch Westend, Besuch des Zoologischen Gartens, dann entweder Table d'hôte bei Deutscher oder Einladung von Privaten oder Gaultiers der City, Sondervorstellung in der Alhambra Music Hall. Mittwoch erfolgt entweder der Besuch des Epsom Derby, Table d'hôte bei Deutscher und Abendempfang in der Guildhall oder der Besuch der Cambridge-Universität. Donnerstag: Nationalgalerie, Lunch im Mansion House. Freitag: Ausflug nach Chingford, Lunch im Royal Forest Hotel, Fahrt durch den Epping-Forest und Abschiedsbanquet. Sonnabend: Abfahrt.

Außerdem wird nach einer Aeußerung des augenblicklich in Privatangelegenheiten hier weilenden Kammerers von London, Sir Joseph Dinesdale, es sich der König von England nicht nehmen lassen, die Berliner Gäste bei sich zu empfangen.

„Anser aller Angelegenheit.“

Wieder rüft sich der Berliner Verein für Ferienkolonien, Tausende von schwächlichen und kränklichen Kindern auszusenden, um sie kräftiger werden zu lassen und ihnen womöglich ihre Gesundheit zurückzugeben. Wieder tritt er vor die Bevölkerung Berlins hin und bittet sie, milde Gaben zu spenden, damit er die Aufgabe, die er sich gestellt hat, auch in diesem Sommer notdürftig erfüllen kann.

In der „Freisinnigen Zeitung“ wird diese Bitte unterstützt durch Ausführungen, die zu denken geben müssen. Da wird zunächst erzählt, im letzten Jahre seien dem Verein über 10 000 Kinder gemeldet worden, aber nur 5230 habe er auszusenden können. Durch Behörden, Korporationen usw. werde ein Teil der Mittel aufgebracht, im letzten Jahre zusammen 90 135 M., verschwindend gering aber sei die Einnahme aus Mitgliederbeiträgen, nur 14 815 M. im letzten Jahre, in dem die Gesamtausgabe etwa 215 000 M. betragen

habe. Darum seien die Ferienkolonien angewiesen auf den Wohlwolligkeitssinn der Bürger Berlins. „Die Weltstadt hat“, so wird zur Begründung dargelegt, „die Verpflichtung, für die Gesundheit ihrer Kinder zu sorgen; sie muß sich kräftige Bürger heranziehen, wenn sie ihre Entwicklung auf der Höhe halten will. Die Ferienkolonien sind unser aller Angelegenheit, darum greife jeder, der es mit der Zukunft unseres Volkes gut meint, in die Tasche und laufe mit seinem Scheckheft den ärmsten Kindern ein Stückchen Sommerfreude, Gesundheit und Jugendglück.“

Was das Freisinnblättchen hier vorträgt, das müßte jeden, dem wirklich die Förderung der Volksgesundheit am Herzen liegt, zu der Schlußfolgerung führen, die Entsendung schwächlicher und kränklicher Kinder in Ferienkolonien hier vor allem zu einer Angelegenheit der Gemeinde zu machen. Aber gerade das paßt dem Stadtfreisinn nicht in seinen Kram, gerade das will er unter allen Umständen verhindern und gerade deshalb begeistert er sich so sehr für die Privatwohltätigkeit. Die freisinnigen „Volksfreunde“, die es „mit der Zukunft unseres Volkes gut zu meinen“ vorgeben, wissen sehr wohl, daß die Privatwohltätigkeit bei weitem nicht ausreicht, die vorhandene Not zu beseitigen. Sie reicht ihnen aber wenigstens dazu aus, mit dem Hinweis auf sie das Verlangen nach Gemeindefürsorge als „unberechtigt“ zurückweisen zu können. Wenn man weiß, wie brutal der Berliner Stadtfreisinn seine „Prinzipien“ wahr, dann muß man die scheinbar so „warmherzigen“ Ausführungen des Freisinnblättchens wie eine dreiste Verhöhnung des Glends empfinden.

Zur Regelung des Straßenverkehrs.

Der Polizeipräsident v. Stubenrauch veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

„Ich erneuere hiermit meine Bitte an die Bevölkerung, durch entsprechendes Verhalten die Sicherheit des öffentlichen Verkehrs auf den Straßen Berlins zu erhöhen.“

Eine zweckmäßige Gestaltung des Verkehrs in den belebten Straßen ist nur dann möglich, wenn alle Beteiligten die durch den größtmöglichen Verkehr gezogenen Grenzen und Richtlinien respektieren und die mit der Regelung des Verkehrs beauftragten Exekutivbeamten in willigen Zusammenwirken unterstützen. Der ständig zunehmende Verkehr verlangt Genöhrung und Erziehung des Einzelnen zur Befolgung gewisser Grundregeln, ohne welche eine leichte Abmilderung des Verkehrs und die Sicherheit des Einzelnen in verkehrsreichen Straßen von der Polizei nie erreicht werden kann. Die wesentlichsten Grundregeln stelle ich nachfolgend zusammen und richte an die Bevölkerung Berlins die dringende Bitte, ihnen Beachtung zu schenken:

1. Der Straßenraum ist in erster Linie für den Fußverkehr bestimmt; deshalb vermeide der Fußgänger jedes überflüssige Verweilen auf demselben, überschreite ihn nur auf dem kürzesten Wege, d. h. senkrecht zur Straße und nicht in der Diagonale und auch in belebten Straßen nicht an jeder beliebigen Stelle, sondern nur an einer Straßenkreuzung.

2. Jeder Wagenführer soll im Interesse des eigenen Fortkommens für sein Gefährt nicht mehr Raum von dem Straßenraum in Anspruch nehmen als er notwendig gebraucht. Hierzu gehört, daß er scharf rechts an der Vordrängelle fährt und beim Einbiegen in eine linke Seitenstraße die Erde ausfährt, d. h. die Erde nicht in der Diagonale, sondern in voll ausgefahrenem Wagen nimmt. Kein Pferdeführer darf mit lose hängendem Zügel fahren, weil er sonst in belebten Straßen das Pferd nicht rechtzeitig zu lenken vermag.

3. Die gefährdende Geschwindigkeit der Kraftwagen muß in belebten Straßen durchweg gemäßigt werden. Ganz besonders ist ein langsames Fahren erforderlich beim Kreuzen der Straßen und beim Umbiegen um Eden. Das schnelle Fahren der leeren Automobile, die aus den Außenbezirken der Stadt in das Innere zurückkehren, wie dies ganz besonders im Westen der Stadt zu beobachten ist, muß unbedingt unterbleiben.

Jedermann aus der Bevölkerung wolle, soweit es ihn angeht, diese einfachen, im Interesse des Einzelnen wie der Gesamtheit liegenden und bei gutem Willen leicht zu befolgenden Vorschriften beherzigen. Jeden bitte ich, an seinem Teil des Streben der Polizei zu unterstützen, angesichts des wachsenden Verkehrs der Großstadt auch bessere Bedingungen für die Sicherheit des Verkehrs zu schaffen.“

Mit der Schlachtmethode auf dem Berliner städtischen Schlachthof beschäftigte sich am Dienstag das Kuratorium des städtischen Vieh- und Schlachthofes. Der Sitzung wohnte im Auftrage des Polizeipräsidenten der Departementstierarzt, Veterinär Dr. Krubi, bei. Nach einer eingehenden Beratung wurde folgender Antrag des Vorsitzenden des Kuratoriums angenommen: „In Zukunft sind in allen Fällen nicht nur Rinder und Schweine, sondern auch das Kleinvieh, als Schafe und Kälber mittels Styrmschlages vor der Schlachtung zu betäuben. Das fogen. Verkrümpeln der Schafe vor der Schlachtung ist verboten. Angesichts der mangelhaften Mängel, die nach dem auf Veranlassung des Landwirtschaftsministers erstatteten Gutachten der Technischen Deputation für das Veterinärwesen den verschiedenen im Gebrauch befindlichen Schlachtopparaten immer noch anhaften, soll in Zukunft weiterhin die Betäubung mit Hammer oder Art bewirkt werden, doch soll den Schlachtern gestattet werden, mit Zustimmung der Schlachthofdirektion auch andere Betäubungsapparate anzuwenden. Das Schächten nach jüdischen rituellen Gebrauch soll zugelassen bleiben, jedoch nur, wenn der betreffende Schlächter eine Erlaubnisurkunde von der Schlachthofverwaltung erworben hat.“ Durch diese Zustimmung soll verhindert werden, daß das Schächten zur Umgehung des Betäubungszwanges von fogen. „wildem Schächten“ ausgeübt wird, deren Tätigkeit nach den eingeholten Aeußerungen der jüdischen Kultusgemeinde religiösen Wert überhaupt nicht hat. Ein von sozialdemokratischer Seite gestellter Antrag, auch das jüdisch-rituelle Schächten zu verbieten, wurde abgelehnt. Die Beschlüsse des Kuratoriums werden nunmehr dem Magistrat und danach dem Polizeipräsidenten zur Zustimmung unterbreitet werden.

Lichtenberg gegen Berlin in Sachen der Schullasten. Der Bezirksausschuß zu Potsdam sahte über den Schullastenantrag der Stadt Lichtenberg gegen Berlin Beschluß. Lichtenberg hatte für das Rechnungsjahr 1901 von Berlin einen Zuschuß von 78 840 M. gefordert, den es im Wege des Schriftwechsels selbst auf 24 000 M. ermäßigte. Der Bezirksausschuß hat Lichtenberg auch mit dieser ermäßigten Forderung abgewiesen.

In den Geheimnissen des Wurstflecks. In der „Allgemeinen Arbeiterzeitung“ Nr. 85 vom 13. April d. J. findet man folgendes Inserat:

„Wer verkauft Sehnen oder sonstigen billigen Kram zu gew. Wurst. Off. u. O. P. 717 an die Expedition d. Nr.“

Dieses Inserat plaudert doch allzu deutlich aus der Schule. Was für „billiger Kram“ mag das sein, der hier zu Wurstzwecken gesucht wird? Es wäre wünschenswert, den Namen des Wurstmachers kennen zu lernen, der durch Inserat allen möglichen Dreck zu verkaufen sucht.

Eine gefährliche Passage. Der Schwibbogen in der Französischen Straße, an der Kreuzung mit der Rauerstraße, welcher der Deutschen Bank zur Verbindung ihrer dortigen beiden Geschäftsgebäude nach langen Verhandlungen genehmigt

wurde, ist schon mehrere Monate im Bau und wird voraussichtlich noch das ganze laufende Jahr zu seiner Fertigstellung in Anspruch nehmen. Folgendwird und höchst bedenklich sind jetzt die durch die Bauausführung dort geschaffenen Verkehrsstände. Durch den umfangreichen hölzernen Gerüstbau ist lediglich so viel Platz gelassen, daß knapp zwei Wagen nebeneinander, jeder in besonderer Durchfahrt, passieren können. Denselben Weg müssen nun aber auch Fußgänger nehmen, da die bisherigen Bürgersteige sowie selbst noch die nächsten an diese angrenzenden Teile des Fahrdammes eingezogen und mit allerlei Baumaterial bedeckt sind. Namentlich nach Einbruch der Dunkelheit können hier sehr leicht Unglücksfälle entstehen, wenn Fußgänger mitten in oder kurz vor dem schmalen Durchgang sind und die herannahenden Wagen, besonders Autos, nicht rechtzeitig genug bemerken. Wir können uns nicht entinnen, daß ähnliche Zustände, also die monatelange Beschränkung des Fußgängerverkehrs, schon anderweitig gestiftet wurde.

Verhaftet hat die Kriminalpolizei den zwanzigjährigen Handlungsgehilfen Emil Kahlbrodt aus der Solmsstraße, der eine Veranbarung eines Lehrlings geplant hatte, welche letzterer aus einem Geschäft in der Großen Frankfurter Straße nach Geschäftsschluß die Kasse allabendlich in die Wohnung des Geschäftsführers bringen mußte. Ein in den Plan eingeweihter Kellner machte der Kriminalpolizei von dem Vorhaben Mitteilung, die den K. festnahm in dem Augenblick, da der Plan zur Ausführung kommen sollte. Der Verdacht, daß der Festgenommene als Täter in Sachen des Uebefalles auf den Geldbriefträger Eulenburg in der Besseltstraße in Betracht kommen könnte, erwies sich als haltlos. Das Lesen von Schmöckern hat den jungen Mann zu seinem abenteuerlichen Plane veranlaßt.

Verlegung von Straßenbahnlinien. Die Umwandlung der Brandenburgischen Straße in Wilmersdorf in eine Prachtstraße ist vollendet. Die Straßenbahngleise sind gestern polizeilich abgenommen worden. Wie in der Hardenberg- und Wilmersdorfer Straße in Charlottenburg liegen sie zwischen Refen. Es ist jetzt möglich, die seit Monaten umgekehrten Linien 5 Gerichthof und V Wilmersdorf-Schönhauser Allee wieder von der Wilmersdorfer Straße über den Kurfürstendamm und die Brandenburgische Straße ohne Umweg zu leiten.

Die Wechselkasse arbeitet wieder einmal in den Vororten. Zwei dreifache Wauer suchen mit Hilfe der Wechselkasse die Geschäftsleute zu schädigen. Gemeinsam betreten sie den Laden, kaufen eine Kleinigkeit und geben ein Zwanzigmarkstück in Zahlung. Während des Herausgebens des Wechselgeldes sucht einer der Schwindler die Aufmerksamkeit des Verkäufers abzuwenden, um dem Komplizen Gelegenheit zu geben, das Wechselgeld mit samt dem Zwanzigmarkstück einzuflecken. Tatsächlich ist den Betrügnern ihr Manöver in einer Reihe von Fällen geglückt. Vor den Gaunern, die in den mittleren Jahren stehen und gut gekleidet sind, kann nur dringend gewarnt werden.

Der Herr Vertreter der Magdeburg-Halberstädter Privatbank. Ein gefährlicher Kautionschwindler treibt gegenwärtig sein Unwesen. Durch Annoncen sucht der Unbekannte junge Leute mit Kautions für die Magdeburg-Halberstädter Privatbank. Er läßt seine Opfer nach einem hiesigen Hotel kommen und stellt sich ihnen unter dem Namen Arthur König als bevollmächtigter Vertreter des Bankinstituts vor. Die Kautions läßt sich der Schwindler sofort auszahlen, um dann auf Zimmerwiedersehen zu verabschieden. Besonders werden Kaffierer von dem Gauner ins Garn gelockt.

„Neue deutsche freie Volksbühne.“ Unter diesem etwas langatmigen Titel, der gar leicht mit den beiden Berliner Freien Volksbühnen verwechselt werden könnte, ohne Anwartschaft darauf zu besitzen, hat sich eine Truppe von Provinztheatern zusammengetan, die im Theateraal des Stadttheaters „Sandsouci“ (Kottbuser Straße) wöchentlich eine Vorstellung zu geben gedenkt. In der ersten, am Dienstagabend, wurde nun ein Schauspiel „Heimweh“ aus der Taufe gehoben, zu dessen Waterschaft sich zwei Autoren: A. D. Erler und P. A. Werbach bekennen. Leider wurde und eine doppelte Enttäuschung bereitet. Die Verfasser meinten es ja ganz gut mit den Berlinern; aber was sie da vom Stapel ließen, scheint uns doch eine allzu weitherzige Zummutung an die Reizität zu sein. Abgesehen davon, daß wir den lebhaftesten Drang empfinden, wieder einmal verchiedene Kapitel des modernen Dramas von Jöben bis auf — Harlan's „Jahrmahl zu Pulsnitz“ zu rekapitulieren, mühten wir auch ein vier Aufzüge langes Dialogspiel über uns ergehen lassen. Von Handlung kaum eine Spur — es wäre denn, wir wollten sie darin erblicken, daß zwei jugendliche Angehörige der Familie des Oberbergrats Martin wegen Reiztheit des Hauses vertrieben werden. Dieser Professor ist so nachsweid-hampelmännisch, wie seine Ehehälfte despotisch und intrigant. Der Pflegerohn Walter, Vermögensstandes seines Zeichens, verlobt sich mit einer Dame und wird dafür vom Oberbergrat hinausgejagt. Die Tochter liebt einen „religionslosen“ Rechtsanwalt — und wird von der Mutter zu gehen geheißen. Eine ins Haus gekamene „Erbinnte“ kommt hier zufällig wieder mit ihrem Jugendgeliebten, der inzwischen Major geworden, zusammen. Beide werden sich heiraten. Die Hinausgejagten werden dasselbe tun. Schließlich einleitet aber auch der Oberbergrat. Bei den Kindern sucht er ein „Heim“, und findet es. Seine Frau reißt zu Verwandten — wahrscheinlich auf Zimmerwiedersehen. Ob auch der Hausdiener in der Akademie und das Hausmädchen bei Oberbergrat ein Paar werden, ist zu vermuten. Für Paarungen mit obligaten Nützlichkeiten coram publico haben die Verfasser sehr reichlich gesorgt. Desgleichen für unfehligen Humor und allerhand Plattheiten. Es wirkt zweifellos „tomisch“, wenn zum Beispiel die Witwe, während die Oberbergratin ihrer Tochter ernste, herzbewegliche Vorstellungen macht, hincinplagt mit der Frage: wo die — Peterkille sei. Der Oberbergrat gar gibt einer Abordnung der Studentenschaft in seiner Abschiedsrede eine Schilderung der traurigen Vorkommnisse in seiner Familie zum besten — obwohl nur andeutungsweise. Mit dieser „Aufführung“ war es also nicht. Hoffen wir besseres von der nächsten Gastspielbesetzung. Unter den Darstellern erwidete einzig Anna Kaderich einiges Vertrauen. Alles übrige war blutleere Schablone.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Die Bibliothek ist auch heute, vor Beginn der Generalversammlung, von 8—9 Uhr geöffnet. Mitgliedsbeiträge werden entgegengenommen. Ganz besonders seien aber Mitglieder und Freunde der Schule auf den 25. d. M. in den Armindallen, Kommandantenstr. 58/59, stattfindenden Wilhelm Busch-Abend aufmerksam gemacht. Der mit vorzüglichen Lichtbildern ausgestattete Vortrag über den großen deutschen Humoristen dürfte einen zahlreichen Besuch verdienen.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Die Etablierungen wurden in Sitzungen am Sonnabend und Dienstag beendet. Die gesamten Verhandlungen waren bestimmt von dem Willen der bürgerlichen Mehrheit, an dem Etablierung keine Aenderung eintreten zu lassen, die eine Erschließung neuer Einnahmequellen notwendig mache. War doch bei der Bilanzierung des Etats aus denselben Gründen nicht nach ordnungsmäßigen Kalkulationen verfahren worden. Schon vor einem Jahre hatte die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, den Magistrat aufzufordern, den Entwurf einer Wertzuwachssteuer für Lichtenberg vorzulegen. Den Beschluß hat der Magistrat einfach ignoriert. Wie bitter not die Steuer ist, um die Gemeindefinanzen in Ordnung zu bringen, beweist der jetzige Etat. Bei den Arbeiter-

ihnen hatte man, anstatt Aufbesserungen einzutreten zu lassen, sogar noch 8000 M. von dem Betrage gestrichen, den die Betriebsverwaltung nach Berechnung der bisherigen Lohnsätze forderte. Andererseits waren dagegen — in der Etatskommission — die Gehälter der beiden Bürgermeister um 1500 resp. 1000 M. erhöht worden. Sodann ist die Abschreibung bei den städtischen Werken noch unter den früheren Satz von zirka 4 Proz. (einschließlich Amortisation) herabgesetzt worden. In kritischen Ausführungen wies Genosse Düwel darauf hin, daß eine Abschreibung (einschließlich Amortisation) von kaum 2 Proz. und die Deduktion von Reparaturkosten aus Anleihen eine unverantwortliche Schuldenwirtschaft sei. Die sozialdemokratische Fraktion mache eine solche Finanzpolitik, die lediglich darum beliebt werde, um sich vor der Wertzuwachssteuer zu drücken, nicht mit. Diese Ausführungen veranlaßten den Rittersgutbesitzer Koeder zu einem Ausbruch auf das volkswirtschaftliche Gebiet. Er wurde dabei dahin gebracht, sich zu der Ansicht zu bekennen, daß die Arbeit die Quelle des Reichtums sei, worauf ihm gesagt wurde, gerade aus dieser Tatsache leite die Sozialdemokratie ihre Forderung auf Verringerung des arbeitslosen Einkommens her; hier, in der Kommune, müsse dasselbe stärker zu den Löhnen der Gemeinde herangezogen werden. Diese Exkursion in eine ihm ganz fremde Sphäre hatten anscheinend den Berliner Magistratssekretär Rott nervös gemacht. Er schloß sich in Postur und zu unseren Genossen gewendet erklärt er pathetisch: Sie können noch so geistvoll reden, mich bekehren Sie nicht! — Diese unfreiwillige Selbstkritik wirkte so komisch, daß selbst die Freunde des Herrn Rott in schallendes Gelächter ausbrachen. Rott wirkte stammelte der Herr dann noch einige Worte, plötzlich war er stumm. Dieser Stadtverordnete trägt übrigens wegen seines provozierenden Auftretens die Hauptschuld an den in letzter Zeit eingetretenen urbanen Formen der Verhandlungen mit einem starken Stich ins Persönliche. Der Herr will wahrscheinlich seine Befähigung als Richterberger Stadtrat erlangen. Glückauf! Aus den schon erwähnten Gründen wurden natürlich die auf eine vernünftige Finanzwirtschaft hinielenden Anträge abgelehnt. Selbstverständlich auch alle Forderungen für die Arbeiter. Weil unsere Genossen für diese sehr energisch eintraten, erhob Herr Koeder unter demonstrierendem Beifall der Bürgerlichen den Vorwurf, die Sozialdemokratie vertrete einseitig nur Arbeiterinteressen, während sie (die Bürgerlichen) der gesamten Bürgerschaft Interessen wahrnehmen, und dann beschloßen die Hausbesitzer, ihre Annullationsgebühren um 20000 M. zu — ermäßigen! Als einen Fortschritt können wir die Annahme eines Antrages auf Uebernahme der Desinfektionskosten auf die Gemeinde bezeichnen. Eine kleine Sensation gab es bei Beginn der Beratung des Etats der ordentlichen Verwaltung. Die Herren, die in der Etatskommission mit Eifer und Wärme die Erhöhung der Gehälter der beiden Bürgermeister gefordert und durchgesetzt hatten, überprüften das Kollegium durch eine schriftliche Mitteilung, der zufolge sie die erwünschten Anträge zurückziehen. Mit solchen Kantonisten soll man ernsthaft verhandeln. Es wäre interessant zu erfahren, was die Herren Rietzen und Dr. Unger zwischen Tür und Angel verbrochen haben, um den Unmut der bürgerlichen Herrschaften derart zu erregen, daß sie als Sühne auf die als sicher betrachtete Gehaltserhöhung verzichten müssen! Ein von unseren Genossen gestellter Antrag, für die Folge die Verhandlungen stenographisch aufnehmen zu lassen, teilte das Schicksal der anderen. Die Widwidier in unserem Parlament wollen ihre Taten und Weisheitsprüche nicht gern verewigen lassen. Und das Crissblatt entkam der Gefahr, mehr Voricht bei seiner tendenziösen Widerständigkeit abzuwalzen lassen zu müssen. In dem Bericht dieses Blattes von der Dienstagssitzung sind wiederum Personen und Objekte wie Kraut und Rüben durcheinander geworfen. Der Berichterstatter sollte sich von Herrn Rott etwas — „Belehrung“ ausbitten. Bei der Weiterverhandlung kam es aus Anlaß eines Antrages der Sozialdemokratie zu einer lebhaften Sozialistendebatte. Herr Bürgermeister Rietzen sah das Bedürfnis, Staat und Gesellschaft zu retten, indem er eindringlich zum dem Antrage der Sozialdemokratie, der die Ueberlassung einer Turnhalle an den Arbeiterturnverein verlangte, die Zustimmung zu versagen. Man dürfe der Sozialdemokratie nicht Rückschub leisten. Indirekt gefasste das durch Förderung des Turnvereins, der auch die, evtl. mit Gewalt herbeizuführende Umwälzung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung propagiere. Genosse Grauer zeigte den Herrschaften an diesem Beispiele, was es mit ihrer Behauptung: wir vertreten die Interessen der Gesamtheit! auf sich habe. Hier sei der nackte trasse Standpunkt vertreten worden: die herrschende Gesellschaft hat die Macht, denn Sachwalter sind wir; von uns wird sie ausgedrückt gegen den größten Teil der Einwohnerchaft! — Die Arbeiterturnvereine seien einfach notwendig geworden als ethischen und moralischen Gründen, weil die anderen Turnvereine zu Drusfaktionen des Servilismus herabgesunken und zu wüsten parteipolitischen Hebereien mißbraucht würden. Große Heiterkeit gab es, als ein anderer Genosse sarkastisch bemerkte, nach der Argumentation des Herrn Rietzen müßten Neben vom Schlage der seinigen verboten werden, denn er selbst könne doch nicht im Zweifel darüber sein, daß seine Antisozialistische der Sozialdemokratie viel mehr fördere als 10000 „sozialdemokratische“ Baumwellen. Herr Rietzen hatte zuvor — behauptet und Schrecken erregen wollen. Der Erfolg war das Gegenteil des Verabichtigen. Herr Stadtverordneter Rietzen bemerkte Herrn Rietzen gegenüber, er sei Beweise für seine Behauptung vollständig schuldig geblieben. Wenn der Verein sich nicht selbst als sozialdemokratisch präjudiziere und ihm parteipolitische Umtriebe zugunsten der Sozialdemokratie — Umtriebe im Interesse anderer Parteien sind natürlich ausdrücklich erlaubt — nicht nachgewiesen seien, gebiete es die Gerechtigkeit, dem Antrage stattzugeben. Denselben Standpunkt vertrat Herr Stadtverordneter Rietzen. Schließlich erfolgte in namentlicher Abstimmung mit 25 gegen 10 Stimmen die Annahme des Antrages. Bemerkte sei hier, daß Herr Rietzen in der Etatskommission mit ähnlicher Argumentation, wie gegen den Arbeiterturnverein, einen Antrag bekaempft hatte, der die Ueberweisung von 200 M. aus der Gemeindefasse an die Arbeiter-Samaritanerkolonne verlangte. Diesen Antrag durchzubringen, gelang unseren Genossen schon in der Kommission. Beschlossen wurde sodann, den Lehrern die im Vorjahre bewilligte Lehrentgeltzulage auch für das laufende Jahr zu gewähren. Bei dieser Gelegenheit machte Düwel eingehende Angaben über die Schulaffen in Uchtenberg im Vergleich mit Berlin und westlichen Vororten. Die dabei sich ergebenden enormen Unterschiede zwischen Steuerleistung und Schulaffen seien eine Folge des Umstandes, daß Uchtenbergquelle und Wohnsitz der steuerpflichtigen Familien örtlich vielfach getrennt seien, und zwar zugunsten Berlins, hauptsächlich aber der städtischen Vororte. Die angeführten Unstimmigkeiten können als eine materielle Unterlage für die besonders von Herrn Koeder vorgebrachten Klagen und Anklagen gegen die Regierung, wegen ihrer passiven und aktiv widerstrebenden Haltung in dieser Frage, betrachtet werden. Zu einer längeren Debatte kam es noch bei Beratung des Armenetats, an dem übrigens, den Wünschen der Sozialdemokratie entsprechend, einige Positionen etwas erhöht wurden. Genosse Grauer stellte die Frage der Disziplinargewalt des Armenhausinspektors zur Debatte. Nach seiner Schilderung strafe der Inspektor einen Insassen, der sich über eine ihm gewordene Behandlung beklagt hatte, durch Entziehung des Bettes. Auf Reklamation bei dem zuständigen Dezernenten ordnete dieser an, daß dem Betroffenen das Bett wiedergegeben sei. Dem Inspektor behielt es aber, sich der Anordnung nicht zu fügen, so daß eine nochmalige Befehlsverfügung notwendig war. — Grauer erklärte, so weit bürge die Disziplinargewalt des Inspektors denn doch nicht gehen. Im Verlauf der Debatte wurde durch die Mitteilung des Dezernenten folgendes als völlig einwandfrei festgestellt: Der betreffende Insasse war durch Verletzung bestraft worden. Der Dezernent reklamierte den Inspektor. Dieser ignorierte zunächst die ihm erteilte Anweisung. Erst eine neue Befehlsverfügung veranlaßte ihn, sich der Anordnung des Dezernenten zu fügen. Dann aber verlangte er Strafzusage gegen den Insassen wegen — Arbeitscheu. Der Dezernent fügte sich dem Verlangen. Bei der Verhandlung fungierte der Inspektor jedenfalls als Zeuge und der Insasse wurde richtig zu 8 Tagen Gefängnis verurteilt! Ein Genosse erklärte dazu — und diesmal lagte nicht einmal Herr Rott —

die Affäre mache zweifellos einen sehr häßlichen Eindruck. Der Gedanke, daß Rade das leitende Motiv gewesen sei, liege doch allzu nahe. Genosse Grauer gab sodann noch bekannt, daß er in einer der nächsten Sitzungen einige unwahre Behauptungen dokumentarisch richtigstellen werde. Die Beratung des Etats der Feuerwehre gab Veranlassung, das Verhältnis der Feuerwehre zur Gemeinde zur Sprache zu bringen. Der sozialdemokratische Redner gab dem Verlangen Ausdruck, daß die Stadtverordneten bei der Anstellung von besoldeten Feuerwehrlenten mitzuwirken haben. Nachmal fand die bürgerliche Mehrheit Gelegenheit, sozialdemokratische Anträge abzulehnen, und zwar beim Kapitel Steuerverwaltung. Unsere Anträge gingen dahin, die Gemeindesteuern von den fingierten Sähen von 240 und 4 M., die nach dem Vorschlag 16000 M. erbringen sollen, nicht zu erheben. Auf die Pfennige von den Steuern will man nicht verzichten. Am Schluß der Beratungen gab Genosse Grauer die Erklärung ab, daß unsere Forderung, ganz abgesehen von prinzipiellen Gründen, dem vorliegenden Etat schon wegen seines ausgesprochen arbeiterfreundlichen Charakters die Zustimmung verjage. Das kann man sagen; bei der diesmaligen Etatsberatung haben Magistrat und ein Teil der bürgerlichen moralische Niederlagen in Menge erlitten. Zu erwähnen ist noch, daß in geheimer Abstimmung zum Vortrat Herr Uhlig-Görlich erwählt und eine Verstärkung der sog. Eingemeindungskommission um 4 Stadtverordnete und 4 Magistratsmitglieder beschlossen wurde.

Im hiesigen Rathaus vom Schlage getroffen wurde vorgestern der in einem Bureau beschäftigte Bibliothekar L. Er fiel plötzlich am Schreibtische um und fiel tot zu Boden. Ein altes Herzleiden hatte sein rasches Ende herbeiführt.

**Rixdorf.**  
Ein besagender Unglücksfall, der zugleich eine Mahnung für Eltern sein sollte, ereignete sich in der Osterstraße. Dort war das dreijährige Söhnchen des Kaufmanns Hille auf dem Fahrrad beim Spiel beschäftigt, als ein Geschäftswagen um die Ecke der Straße kam und das Kind überfuhr. Der Wagen ging dem Kinde über den Leib, so daß es auf der Stelle tot war. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Ueberraden und schwer verletzt wurde der zwei Jahre alte Sohn des Handelsmanns Kotteler aus der Weserstraße. Der Kleine war in der Blumenthalstraße in einen Rollwagen hineingekommen, dessen Vorberräder über ihn hinweggingen. Das verunglückte Kind wurde nach dem Krankenhaus geschafft.

**Wilmerdorf.**  
Ein Opfer seines Berufes ist gestern der Maurer Alfred Barth geworden. B. war auf dem Neubau Konstanzer Str. 9 beschäftigt. Während er im zweiten Stockwerk dabei war, die Seitenmauer hochzurichten, stürzte er infolge eines verhängnisvollen Fehltrittes ab und schlug mit dem Kopfe auf dem Bauplatz auf. Dem Bedauernswerten wurde der Schädel gebrochen. Kurz nach seiner Einlieferung im Kreiskrankenhause Groh-Nichtersfelde starb B.

**Steglitz.**  
Zur Ermordung des Ehepaars Reichardt. Unter dem dringenden Verdacht, den Mord an dem alten Ehepaar Reichardt im Jahre 1906 verübt zu haben, sind vorgestern abend zwei Steglitzer Kaufleute verhaftet worden.

Die Tat wurde am 26. März 1906 in der Villa der Betagten Leute zu Friedenau, Frege-Edel Haupt- (früher Friedenauer Straße) verübt. Wie verlautet, hat sich der Verdacht gegen die Verhafteten als haltlos erwiesen, weshalb sie wieder auf freien Fuß gesetzt wurden.

**Zehlendorf.**  
Die Gemeindevertretung hat die Einkommensteuer von 100 auf 90 Prozent herabgesetzt, gleichzeitig aber eine Erhöhung der Grundsteuer abgelehnt. Diese beträgt nach wie vor 24 pro Tausend für bebauten und unbebauten Grundstücke.

**Trebbin (Kreis Teltow).**  
Auf zur Stadtverordnetenwahl!

Am Montag, den 26. April, vormittags von 8—10½ Uhr, findet in der dritten Abteilung die Wahl zweier Stadtverordneten statt. Es ist die Pflicht der hiesigen Arbeiterschaft, dafür zu sorgen, daß diese Mandate Besitztum der Sozialdemokratie werden. Gelingt uns dies — und das muß bei einiger Anstrengung gelingen — so verlagert die Sozialdemokratie über fünf Sitze. Am Sonntag findet im Schützenhaus eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung statt, in welcher unsere Kandidaten proklamiert werden. Im bürgerlichen Lager herrscht Totenstille. Das muß uns natürlich erst recht anspornen, rege tätig zu sein. Die Genossen, welche mit Wählern unserer Stadt zusammen arbeiten, ersuchen wir, dieselben auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen.

**Reinickendorf.**  
Ein eigenartiger Unglücksfall ereignete sich vorgestern abend gegen 8 Uhr in der Schornweberstraße Ecke Spandauer Weg. Dort entgleiste in der Auslegeweiche der Motorwagen Nr. 276 der Straßenbahnlinie 31 (Richtung Tegel) und stieß hierbei gegen eine an jener Stelle, an der Ausbesserungsarbeiten an den Gleisen vorgenommen werden, aufgestellte Fraismaschine. Diese wurde umgeworfen und fiel auf den neben der Maschine am Erdboden arbeitenden Schlosser Wilhelm Schmidt aus der Waldenstraße 6, der einen Bruch des rechten Unterschenkels und innere Verletzungen erlitt. Sch. wurde nach dem Paul Gerhardt-Stift übergeführt. Der entgleiste Straßenbahnwagen wurde durch einen vom Depot in der Ofener Straße herbeigerufenen Rettungswagen wieder in die Schienen gehoben.

**Tegel.**  
Die am Dienstag, den 27. April, stattfindende Ergänzungswahl zur Gemeindevertretung für die dritte Klasse hat es unseren Gegnern angeht. Ein Aufruf an alle Nationalen am Orte hatte den Erfolg, daß der Arbeiter- und Militärverein sowie die Sozialdemokraten unter Führung des Reichsverbandes sich vereinigten und einen Durchwahlkandidaten aufstellten. Daß die vereinigten Gesellschaft auf die Stimmen der Tegeler Arbeiterschaft rechnen, beruht wohl auf einer Verleumdung der hiesigen Verhältnisse. Die Arbeiterschaft von Tegel wird am Dienstag, den 27. April, in ihrer übergroßen Mehrzahl unseren Kandidaten Genossen Rudolf Krendse mit einer imposanten Stimmenzahl wählen. Partei-gemeinschaft! Müht die kurze Zeit bis zum Wahltage zu eifriger Agitation aus. Da uns die Abschrift der Wählerliste verweigert wurde, muß die persönliche Agitation mit doppeltem Eifer betrieben werden. Zwe daber bis zum Wahltage jeder seine Pflicht.

## Gerichts-Zeitung.

„Der Homosexuellenklub — Neue Damengemeinschaft“  
war die Ueberschrift eines Artikels in dem Sensationsblätchen „Große Glocke“. Darin wird erzählt, daß in dem Klub „Neue Damengemeinschaft“ Dinge getrieben würden, die, zwischen Männern verübt, Anklagen auf Grund des § 175 zur Folge haben würden. In dem Artikel wird weiter behauptet, daß Damen, welche, von dem harmlosen Namen angelockt, dem Verein angehören wollten, bald wieder entfernt werden, wenn sie sich nicht dazu verstehen, gewissen Reigungen zu fröhnen. Das wird in detaillierter Weise behauptet. Wegen dieses Artikels klagten 5 Mitglieder des Damenklubs gegen den Redakteur Felix Wolff wegen Beleidigung. Der Angeklagte trat den Wahrheitsbeweis an. Die Beweisaufnahme fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

In der Beweisaufnahme wurde abnorme Veranlagungen und überschwängliche Jährliehkeiten seitens Klubmitglieder bezeugt. Das Gericht erkannte auf Freisprechung des Angeklagten Wolff. Wie der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Wollner ausführte, komme es bei Beleidigungen nicht darauf an, daß jede einzelne Behauptung bis in das kleinste Detail als wahr bewiesen werde, sondern, daß dem Angeklagten der Nachweis glückt, daß die von ihm erhobenen Beschuldigungen im großen und ganzen wahr sind. Durch eine ganze Reihe von Momenten aus der Beweisaufnahme sei festgestellt worden, daß der Klub nicht nur den in den Sitzungen vorgeschriebenen Zwecken, sondern auch unlauteren Zwecken gedient habe. Es sei ferner festgestellt, daß in ganz ostentativer Weise in dem Klub gewisse Reueherungen von Homosexualität betätigt worden sind, daß ferner auch die Vorsitzende, Fräulein Olga Rehnmann, sich in einer losotienartigen Weise bewegt hat. Der Angeklagte habe volles Recht gehabt, wenn er dieses Treiben als ein schamloses bezeichnete, durch welches die edle Frauenwelt, die durch den harmlosen Namen des Klubs angelockt werde, unter Umständen an Leib und Seele vergiftet wird. Das Gericht hat den Wahrheitsbeweis als geführt angesehen und den Angeklagten deshalb freigesprochen.

## Drei Monate unschuldig in Untersuchungshaft

gefallen hat der Kaufmann Emil Franz Oskar Schulke, der gestern in Gemeinschaft mit seinen Eltern, seiner Ehefrau und einer Tante sich vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I wegen Betruges, Beiseiteschaffung von Handhüden und Vereitelung einer drohenden Zwangsvollstreckung zu verantworten hatte. Seine mitangeklagten Familienglieder waren der Beweise beschuldigt. Der einer ursprünglich sehr wohlhabenden, nun aber verarmten Familie angehörige Oskar Schulke betrieb seit 1906 mit dem Fabrikanten Karl Wensky unter der Firma Wensky u. Schulke eine Bogenfabrik, und zwar seit dem 1. Oktober 1907 auf dem seinen Eltern gehörigen Grundstück Nüdersdorfer Straße 47. Im Oktober 1907 ist Herr Wensky aus der Firma ausgeschieden. Das Geschäft ging infolge der herrschenden schlechten Konjunktur immer mehr zurück und der Angeklagte geriet immer mehr in Schulden und Zahlungs-schwierigkeiten. Um sich aus diesen herauszureißen, soll er als Bevollmächtigter seines Vaters mit der Bank für Immobilienbesitz zur Herabgabe eines Darlehens von 30000 M. in Verbindung getreten sein. Er soll die Bank zur Herabgabe dieses Betrages durch eine betrügerische „Schiedung“ mit einer auf dem Grundstücke seines Vaters ruhenden Hypothek bezogen haben. Weiter wurde ihm zur Last gelegt, daß er einen Tuchhändler, der mit ihm in Verbindung getreten war, um zirka 1400 M. und einen Lederwaren-händler um 1500 M. geschädigt habe. Pfändungen waren fruchtlos geblieben, da bei Zwangsvollstreckungen seitens der Mitangeklagten mit Erfolg intercediert wurde, zum Teil sich auch herausstellte, daß gesandete Forderungen bereits abgetreten waren. — Nach einer sehr langen Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt das Schuldig und eine Strafe von 10 Wochen bzw. zu 10 Tagen und 5 Tagen Gefängnis. Das Gericht sprach den Angeklagten nicht nur frei, sondern legte auch die Kosten der notwendigen Verteidigung der Staatskasse auf, weil die Unschuld des Angeklagten sich herausgestellt hatte.

## Haule Fische.

Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz ist am 27. Februar vom Landgericht II in Berlin die Händlerin Helene Ostentamp, geb. Feldner, zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Am 10. September v. J. fand der Polizeiarzt auf dem Stande der Angeklagten auf dem Bodenmarkte in Schöneberg fünf verdorbene Heringe auf einem Teller liegend und zehn weitere Fische dieser Art, die völlig verfault waren, in einem Kasse. Die Angeklagte ist schon wiederholt wegen ähnlicher Vergehens bestraft worden. — Ihre Revision wurde vorgestern vom Reichsgericht verworfen.

## Dienstbotenessen.

Ueber eine außerordentliche gesundheitschädigende Schweinerei wurde am Dienstag, den 20. April, in einer Verhandlung vor dem Landgericht in München II verhandelt. In dem von der besseren Gesellschaft besuchten Hotel Edelmaier in Kranzheim, Bad Tölz, wurde das Personal seit mehreren Jahren mit Hundesutter abgefressen. Die Angestellten erhielten nur Fleisch, das von den Gästen zurückkam, wobei zu beachten ist, daß in Tölz hygienisch Kranke zur Kur waren. Außerdem bekam das Personal dieses Fleisch in der Regel nur dann, wenn es stinkend geworden war. Es besteht der Verdacht, daß auch Gäste frische Fleischreste, die zurückgenommen waren, vorgekostet erhielten, doch konnte in dieser Beziehung der Beweis nicht mehr erbracht werden. — Die Besitzerin des Hotels wurde leider nur zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

## Vermischtes.

**Erdbeben im Boglande.** Gestern früh 7½ Uhr wurde, wie eine Meldung aus Greiz besagt, in dortiger Gegend ein ziemlich starker Erdstoß verspürt.

**Die Genistarre im Waisenhaus.** Wie eine Meldung aus Gelsenkirchen besagt, brach im dortigen Waisenhaus die Genistarre aus. Vier Jüglinge sind von der Krankheit befallen.

**Die Cholera in Rußland.** Nach einer Meldung aus Petersburg sind die Netza sowie die Labogalanäle für Cholera bedroht erklärt worden.

**Eine Feuerbrunst brach, einer Meldung aus Paris zufolge, in der Petroleum- und Delniederlage der Norddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft von St. Denis aus. Der Verkehr der Eisenbahnzüge ist unterbrochen. Mehrere Telegraphendrähte sind durch den Brand zerstört.**

**Ein vulkanischer Ausbruch.** Aus Mexiko wird gemeldet: Am Montag hat ein heftiger Ausbruch des Vulkans Pico de Colima stattgefunden; weite Flächen sind mit Asche und Lava bedeckt. Abends erfolgte ein heftiger Erdstoß.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Erbschaftsunde findet Ende März Nr. 3, zweiter Teil, dritter Gang, vier Tropfen, 1897, heraus. 1897 wochentlich abends von 7½ bis 9½ Uhr laut. Gestern 7 Uhr Sonnabends beginnt die Erbschaftsunde um 6 Uhr. Jeder Antrage ist ein Nachsatz und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Schriftliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Billige Fragen trage man in der Erbschaftsunde vor.

N. 6. 30. Sie müßten dem Vormundschaftsgericht mitteilen, daß Sie Ihre Vaterrechte geltend machen, und haben das volle Bestimmungsberechtigt über Ihre Tochter. Das Erbschaft in den Nachlass steht Ihrer Tochter, nicht Ihnen, zu. — C. 23. 1. Beide. 2. Es geht das Erbschaft in der Brand oder des Bräutigams. 3. Und drei bis vier Monate vorher anzu-melden, ist zweckmäßig. — V. 2. 19. Sie können Ihre Forderung gegen die Erben Ihres Vaters einbringen. Als Beweismittel ist die Eideszuschwörung zulässig. — A. 1. 75. 1. In der Ehezeitungs- und in der Familienzeitschrift müßten Sie Ihre Ansprüche geltend machen, die auf Vererbung des Kindes zu richten wären. Ohne Einhalt in die Affen ist ein weiterer Akt unmöglich. Wenden Sie sich doch an den Anwalt, der Ihre Sache vertritt. 2. Ja. — B. 2. 29. 1. Bis zum 31. Dezember 1910. 2. Ja. 3. Ja; 4. 618 Bürgerliches Gesetzbuch. — V. 6. 27. 1. Ja. 2. Anspruch auf Unter-erbschaft steht dem Sohne zu. — G. 2. 1224. In sich wären Sie zur Zahlung am 20. des Monats verpflichtet, wenn nicht der Darlehensgeber das Darlehen um ein Jahr verlängert hätte. Daß die Verlängerung ein-getreten ist, müssen Sie beweisen. — L. 6. 21. Voraussetzungen werden die von Ihnen angeführten Sachen nämlich als unpfändbar erachtet werden. — M. 15. Eine Klage auf Schadenersatz hätte wenig Aussicht auf Erfolg. — W. 2. 15. 1 und 2. Die Forderung ist eine zweifel-haft. Wir würden raten, es auf einen Prozeß ankommen zu lassen. 3. Wegen jeder Forderung, die vollstreckbar ist, kann Verfallung des Offenbarungselbes verlangt werden. 4. Ja. — T. 1. 1.